

SPARTAKIST 4

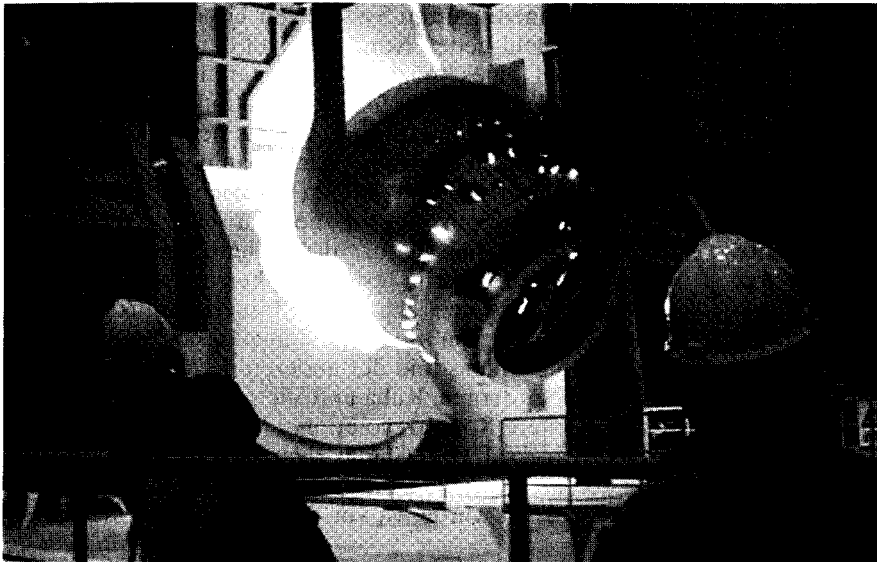
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 169

WINTER 2007/2008

€ 0,50

Sozialdemokratie treibt im Namen von „Demokratie“ und „Arbeiterrechten“ Konterrevolution voran Verteidigt China gegen Imperialismus und innere Konterrevolution!



Siemens Metals & Mining



Sean Gallup/Action Press

Shanghai, 18. April 2004: Arbeiter nehmen Konverter für staatlichen Baostahl-Giganten in Betrieb (links). Kanzlerin Merkel empfängt Dalai Lama, Ikone für kapitalistische Konterrevolution (rechts)

Merkels Empfang des Dalai Lama markiert einen vorläufigen Höhepunkt in der andauernden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie und ihrer Ideologen gegen den

China einschlägt, sondern auch wie eng das einst unter Jacques Chirac und Gerhard Schröder auf Distanz zu den USA gegangene Europa sich wieder Washington annähert. Die neue Nähe schmeckt Peking nicht. Die Zeitung ‚Global Times‘ erschien mit der missbilligenden Schlagzeile: ‚England, Frankreich und Deutschland wetteifern darum, sich den USA einzuschmeicheln.‘ Tatsächlich begann die EU Ende November massiven Druck auszuüben, damit die chinesische Währung, der Yuan, aufgewertet wird, und der Vorsitzende der Eurogruppe, Jean-Claude Juncker, droht kaum verhüllt mit einem Handelskrieg gegen China: ‚Protektionismus liegt in der Luft‘, warnte Juncker (*Handelsblatt*, 29. November 2007). Währenddessen rüsten die

Für proletarisch-politische Revolution!

deformierten Arbeiterstaat China. Nach Merkel empfing US-Präsident Bush den Dalai Lama – sicher kein Zufall. Über die „Unterdrückung von Tibet“ werden Krokodilstränen vergossen und die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) zur Einhaltung der „Menschenrechte“ ermahnt (zu Dalai Lama und Tibet siehe Artikel Seite 24). Dies wird angesichts der herannahenden Olympischen Spiele in Beijing 2008 weiter zunehmen. Merkels Provokation hat harsche diplomatische Reaktionen in Beijing ausgelöst. *Die Welt Online* (15. November 2007) schreibt: „Pekinger Strategen verfolgen dabei nicht nur, welchen Kurs die EU gegentüber

**Die Russische
Revolution von 1917**

Seite 12

US-Imperialisten, die mit Japan ein anti-chinesisches Militärabkommen geschlossen haben, Taiwan mit Patriot-Raketensystemen auf. Gemeinsames Ziel der Imperialisten ist es, militärisch und ökonomisch den Druck auf China zu erhöhen und es politisch mit einer neuen „Menschenrechts“kampagne zu isolieren.

Merkels Empfang führte zu Auseinandersetzungen in der CDU/SPD-Regierung. Außenminister Steinmeier (SPD) kritisierte den CDU-Konfrontationskurs:

„Aber im Grundsatz – daran halten Außenminister und Kanzlerin fest – setzen sie auf unterschiedliche Wege, um die Menschenrechtslage in China zu verbessern... [Steinmeier] wirbt für ‚langfristige Strukturen‘ in der China-Politik und erinnert an das Projekt Schröders, der vor sieben Jahren den Rechtsstaatsdialog begann, ein akademisches Projekt deutscher und chinesischer Juristen. Für wirtschaftliche Kontakte sei Rechtssicherheit notwendig, so wurde Peking seinerzeit gelockt, wozu dann auch die Freiheitsrechte gezählt wurden.“ (FAZ.NET, 23. November 2007)

SPD wie CDU wollen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat durch Konterrevolution zerstören, nur verfolgen sie unterschiedliche Strategien, wie der deutsche Imperialismus seine Interessen durchsetzen kann. Die SPD ist darum besorgt, dass Merkels Nähe zu den USA deutschen Interessen in China (und Russland) schaden könnte. Als Kanzler fuhr Schröder fast jedes Jahr mit Wirtschaftsdelegationen nach China. Auch die SPD betreibt die antikommunistische „Menschenrechts“kampagne, aber mehr im Hintergrund. Während Merkel Töne anschlägt, die an Ronald Reagan im zweiten Kalten Krieg erinnern, ist die SPD-Politik eine Fortsetzung ihrer „Ostpolitik“, die von Egon Bahr (SPD) Mitte der 60er-Jahre entwickelt und als „Wandel durch Annäherung“ bezeichnet wurde. „Wandel“ meinte immer kapitalistische Konterrevolution, aber im Namen von „Demokratie“, „sozialer Marktwirtschaft“ und „Menschen“- und noch zynischer „Arbeiterrechten“.

Wie im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion verstehen die Imperialisten unter „Menschenrechten“ vor allem eines: das Recht der Bourgeoisie zur uneingeschränkten Ausbeutung und Knechtung der arbeitenden Massen. Und dieses „Recht“ wurde in China durch die Revolution 1949 „verletzt“, die die Bourgeoisie vom chinesischen Festland vertrieb. Trotz der Marktreformen ist China nicht kapitalistisch. Der durch die

Marktreformen geschaffene Privatsektor einschließlich der ausländischen Unternehmen ist vor allem Leichtindustrie. Die Schwerindustrie – Stahl, Nichteisenmetalle, Schwermaschinenbau, Telekommunikation, Energie, Petrochemie – ist in Staatsunternehmen konzentriert, die strategisch weitaus bedeutender sind. Das staatliche Eigentum von Land hat verhindert, dass eine Schicht reicher Großgrundbesitzer entsteht, die die ländlichen Gebiete dominieren würden. Die staatliche Kontrolle über das Finanzsystem hat bisher die Volksrepublik China vor den Manövern des spekulativen Kapitals schützen können, die in so vielen kapitalistischen Neokolonien die Wirtschaft ruiniert haben.

Als stärkster der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten ist China seit der konterrevolutionären Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und insbesondere des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion 1991/92 ins Fadenkreuz der Imperialisten gerückt. Als Konsequenz aus der verräterischen stalinistischen Politik des „Sozialismus in einem Land“ und der damit verbundenen Illusion einer „friedlichen Koexistenz“ des chinesischen Arbeiterstaats mit dem Imperialismus macht die chinesische Bürokratie Zugeständnisse an die Imperialisten. So unterstützt sie den „Krieg gegen den Terror“, trägt die Sanktionen gegen den Iran und die Kampagne zur nuklearen Entwaffnung Nordkoreas mit. Trotzdem ist China heute von einem ganzen System von US-Militärbasen umzingelt. Es steht neben Nordkorea auf der Liste des Pentagon als Ziel eines möglichen nuklearen Erstschlags der USA, und das US-Programm der Nationalen Raketabwehr hat das strategische Ziel, Chinas bescheidene nukleare Kapazitäten zu neutralisieren. Japan und die USA kooperieren militärisch und ordnen ihre Rivalitäten der gemeinsamen Feindschaft gegen die asiatischen Arbeiterstaaten unter. Wir sind dafür, dass China und Nordkorea Atomwaffen entwickeln, testen und herstellen, um sich gegen den US- und den japanischen Imperialismus zu verteidigen. Wir kämpfen für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen deformierten Arbeiterstaaten Nordkorea, Kuba und Vietnam gegen Imperialismus und innere Konterrevolution.

Das Schicksal von China, dem bevölkerungsreichsten Land der Erde, wo die Bourgeoisie durch die 1949er Revolution enteignet wurde, ist von zentralem Interesse für die

Fortgesetzt auf Seite 25

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Renate Müller,
Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod,
Catherine Thomas, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 169

WINTER 2007/2008

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin), Geschäftsführer, 33%; Sylvia Krüger (Berlin), Journalistin, 33%;
Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

Eine Antwort auf das „Statement zum KfsV“ des Berliner Bündnis für Mumia

Für klassenkämpferische Verteidigung um Mumia zu befreien!

Nachfolgend drucken wir eine Erklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 27. Dezember 2007 ab.

Der Fall des preisgekrönten schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal hat eine entscheidende Phase erreicht. Schon seit 25 Jahren sitzt Mumia unschuldig im US-Bundesstaat Pennsylvania in der Todeszelle, fälschlich verurteilt für die Tötung des Polizisten Daniel Faulkner. Jetzt, wo jederzeit eine Entscheidung vom Dritten Bundesberufungsgericht der USA zu erwarten ist, haben diejenigen, die Mumia tot sehen wollen, eine Medienhetze gegen ihn entfacht. Im Mittelpunkt dieser Kampagne steht die Veröffentlichung des verlogenen Machwerks *Murdered by Mumia*, geschrieben von Maureen Faulkner, der Witwe des Polizisten, dessen Mord Mumia angehängt wurde, sowie von dem rechten Radiokommentator Michael Smerconish.

Die Offensive von Faulkner und Smerconish macht erneut sonnenklar, was das Partisan Defense Committee (PDC) und seine internationalen Schwes-



Rom, Juni 1995: Demonstration von 70000 Arbeitern griff Ruf zur Rettung Mumias auf. Weltweite Massenbewegung stoppte drohende Hinrichtung von Mumia in dem Jahr

Spartaco

Komitee für soziale Verteidigung

terorganisationen – in Deutschland das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) – bei unseren Anstrengungen zum Wiederaufbau der internationalen Protestbewegung wiederholt betont haben: Das Komplott gegen Mumia war *politisch*. Genau wie das rassistische, korrupte Gericht, das ihn in die Todeszelle warf, behaupten sie, Mumias frühere Mitgliedschaft in der Black Panther Party und Unterstützung von MOVE beweise, dass er schon jahrelang plante, einen Polizisten zu ermorden. Ein erfolgreicher Kampf für Mumias Freiheit wäre ein gewaltiger Sieg im Kampf für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe, die ein Erbe der Sklaverei in den USA ist. Mumias Freiheit würde einen Schlag gegen rassistische kapitalistische Unterdrückung weltweit bedeuten.

Als Faulkner und Smerconish am 6. Dezember in der *Today-Show* der NBC auftraten, schlossen sich unsere Genossen vom PDC zusammen mit anderen Gruppen von Mumias Unterstützern einem Protest der Free Mumia Abu-Jamal Coalition (NYC) an, um den Lügen entgegenzutreten. Als Faulkner und Smerconish versuchten, den Weg für einen legalen Lynchmord an Mumia zu ebnen, riefen außerhalb des NBC-Gebäudes etwa einhundert Demonstranten: „Mumia ist unschuldig! Freiheit jetzt!“ Als der Moderator

der *Today-Show* Fotos vom Tatort zeigte, die kürzlich von Michael Schiffmann gefunden wurden und die das abgekartete Spiel gegen Mumia weiter enthüllen und bestätigen, geriet Smerconish in Rage. (Siehe PDC-Presseerklärung vom 9. Dezember; abgedruckt auf der Rückseite) Nach dem Protest stellte PDC-Anwältin Rachel Wolkenstein fest: Es ist „klar, dass es zwei deutlich abgegrenzte Seiten gibt: jene, die aufgrund Mumias Unschuld für seine Freiheit kämpfen, und die rassistischen Kräfte von ‚Recht und Ordnung‘, angeführt von der Fraternal Order of Police, die nach Mumias Hinrichtung lechzen“.

Das ist der Kontext einer verleumderischen Attacke auf das KfsV von einer Gruppe namens Berliner Bündnis für Mumia. Das Bündnis besteht unter anderem aus der Berliner Roten Hilfe, der Gruppe „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ sowie der mit Michael Schiffmann verbundenen Mumia-Hörbuchgruppe. Im November veröffentlichten sie ein „Statement zum KfsV“ (www.mumia-hoerbuch.de/bundnis.htm), eine antikommunistische Tirade gegen unseren Kampf für eine *klassenkämpferische Bewegung* für Mumias Freiheit. Aber was ist nur dieses „fortdauernde [...] Problem“, das das Berliner Bündnis zu einer „leider notwendige[n] Abgrenzung zum KfsV“ trieb? Sie greifen uns dafür an, dass wir darauf bestehen, dass Mumia unschuldig ist und Opfer eines rassistischen Komplotts, und für unser „eiserne[s] Bestehen auf der Forderung nach Mumias sofortiger Freilassung“. Wir bekennen uns schuldig im Sinne der Anklage!

Das Bündnis beschwert sich in seinem „Statement“, dass KfsV-Unterstützer im April 2007 an Treffen teilnahmen, um

für einen wirklichen Einheitsfrontprotest (d. h. in der Aktion vereint, mit Freiheit der politischen Kritik für alle Beteiligten) am 12. Mai zu kämpfen, *auf Grundlage von Forderungen nach Mumias Freiheit*. Sie schreiben:

„Darüber hinaus forderten sie, dass das Bündnis lediglich auf der Basis der drei Losungen: Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia! Nieder mit der Todesstrafe! mobilisieren darf, alle Bündnisteilnehmer zur Anerkennung dieser drei Losungen verpflichtet sind und ansonsten jede Gruppe mit eigenen Flugblättern bzw. Aufrufen zu der Demonstration mobilisiert.“

Die obigen Losungen wurden von den Teilnehmern des ersten Treffens am 1. April als Grundlage für eine Demonstration vereinbart. Das wurde dann beim nächsten Bündnistreffen am 10. April durch Sabine Schubert von der Gruppe „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ und durch Vertreter der Hörbuchgruppe zu Fall gebracht. „Mumia ist unschuldig“, so Schubert, sei nicht akzeptabel für Amnesty International. Das Bündnis sagt deutlich: „Hauptstreitpunkt ist die Forderung nach einem neuen, fairen Prozess“, an der es festhält und die wir ablehnen.

Die Forderung nach einem „neuen, fairen Prozess“ ist das Kürzel für ein Programm, auf die Kapitalistenklasse zu vertrauen und ihre Politiker und ihre Gerichte, auf dass sie den Kämpfern für die Unterdrückten Gerechtigkeit gewähren. Während es notwendig ist, dass Mumia alle rechtlichen Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung stehen, ausnutzt, kann sich die Bewegung für Mumias Freiheit nicht auf dasselbe kapitalistische „Rechts“system verlassen, das ihn in die Todeszelle geschickt hat. Das war in Mumias Fall konkret und unmissverständlich zu sehen. Bei jedem rechtlichen Vorgang seit Mumias Verurteilung haben die Gerichte die Beweise für seine Unschuld und für das staatliche Komplott abgelehnt. Das schließt drei Beweisaufnahme-Anhörungen ein sowie drei Anträge und zwei Berufungen vor dem Obersten Bundesgericht von Pennsylvania, eine beim US-Bezirksgericht eingereichte Habeas-Corpus-Berufung auf Bundesebene, sowie drei Anträge auf Anhörung vor dem Obersten Gericht der USA. Der Staat will, dass Mumia tot oder für den Rest seines Lebens hinter Gittern ist, denn für ihn stellt Mumia die Revolte der Schwarzen dar: ein früherer Black Panther, ein MOVE-Unterstützer und wortgewandter Gegner des US-Imperialismus, die „Stimme der Entrechteten“.

Im Grunde ist die Losung für einen „neuen Prozess“ ein Appell an diejenigen, die Mumias Fall nicht als das Komplott gegen einen Unschuldigen betrachten, sondern als isolierten Justizirrtum. Das Bündnis bemüht sich daher, Mumias Unterstützer einzuschränken auf den liberalen Rahmen des Vertrauens in die kapitalistischen Gerichte und auf Appelle an den liberalen Mainstream à la Amnesty International. Die Forderung nach einem „neuen, fairen Prozess“ als Ausrichtung für die Bewegung für Mumias Freiheit bedeutet, jenen Liberalen die Hand zu reichen, die Mumias Unschuld in Frage stellen; die zufrieden wären, wenn er zu einem lebendigen Tod verdammt würde, und die nur wollen, dass das abgekartete Spiel den Anschein von Fairness und „ordentlichem Prozess“ bekommt. Das Bündnis möchte sich an jene im Mainstream wenden, die in der Justiz-Hölle, durch die Mumia getrieben wurde, einen Schandfleck auf dem Antlitz der amerikanischen „Gerechtigkeit“ oder eine Abweichung von europäischer „rechtsstaatlicher“ Demokratie sehen. Mit den Predigten, das jeweils nächste Gericht würde nun *das Gericht* sein, das Mumia einen neuen, fairen Prozess machen würde, wurden auch die Jugendlichen und Arbeiter demoralisiert, die sich dem Kampf für Mumia ursprünglich angeschlossen hatten, weil sie in seinem Kampf ihren eigenen Kampf gegen „das System“ sahen, so wie sie es am eigenen Leib erfahren und verstehen.

Nur die Macht einer Massenbewegung mit einer zentralen Arbeiterkomponente kann die kapitalistischen Gerichte dazu zwingen, nachzugeben und Mumia die Freiheit zu gewähren. Um diese Bewegung aufzubauen, müssen wir einen politischen Kampf gegen Illusionen in kapitalistische „Gerechtigkeit“ führen und gewinnen.

Die Arbeit des KfsV steht, wie die unserer internationalen Schwesterorganisationen, in der klassenkämpferischen, nichtsektiererischen Tradition kommunistischer Verteidigungsarbeit. Das ist die Tradition der Internationalen Roten Hilfe der jungen, revolutionären Komintern, und insbesondere der International Labor Defense der 1920er-Jahre in den USA, die von James P. Cannon geführt wurde, einem Mitbegründer der Kommunistischen Partei und Gründer des amerikanischen Trotzkismus. Cannon erklärte im Kontext des Kampfes zur Befreiung der italienischen Anarchisten Sacco und Vanzetti:

„Die eine Strategie ist die Strategie des Klassenkampfes. Sie legt den Schwerpunkt auf die Protestbewegung der Arbeiter in Amerika und allen anderen Ländern. Sie setzt alles Vertrauen in die Macht der Massen und keinerlei Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte. Während sie alle gangbaren rechtlichen Schritte befürwortet, ruft sie zu Agitation, Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen auf – zu organisiertem Protest auf nationaler und internationaler Ebene. Sie ruft in dieser brennenden Frage zur Einheit und Solidarität aller Arbeiter auf, unabhängig von gegensätzlichen Ansichten in anderen Fragen.“ („Who can Save Sacco and Vanzetti?“, *Labor Defender*, Januar 1927)

Das ist das Verständnis, mit dem wir, PDC und KfsV, danach streben, die Massenproteste für Mumia wieder zu entfachen. Das heißt, dieses Verständnis zu Mumias potenziellen Verbündeten zu bringen. Die Verbindung zwischen Mumias Kampf für Freiheit und dem Kampf gegen kapitalistische Unterdrückung ist der Ausgangspunkt für unsere Anstrengungen, Mumias Fall weithin bekannt zu machen. In Deutschland hat das KfsV in der letzten Zeit Mumias Fall zu den Streikposten der GDL-Lokführer getragen, deren Streiks, auf Befehl der Bosse, juristischer Verfolgung durch die Gerichte ausgesetzt waren. Wir intervenierten bei Protesten kurdischer Organisationen, zusammen mit türkischen und deutschen Linken, gegen die Offensive des türkischen Staates gegen die Kurden im Nordirak. Dabei zeigten wir den Zusammenhang zwischen der Verteidigung Mumias, der Opposition zur türkischen Armee und zur US-geführten imperialistischen Besetzung des Irak und der Verteidigung der PKK und anderer kurdischer Organisationen, die von der deutschen und anderen kapitalistischen Regierungen in Europa verboten sind und terrorisiert werden. Wir brachten Mumias Fall zu Protesten von Flüchtlingsgruppen gegen rassistischen Terror und Abschiebungen – die unter der Regierung des kapitalistischen SPD/Linkspartei-Senats gegen die mörderischen Bedingungen in den Abschiebeknästen Berlins kämpften. Wir zogen die Parallele zu Mumias Fall, als wir die Autonomen und andere Linke verteidigten, die vor, während und nach den Anti-G8-Protesten im Juni 2007 Opfer von Staatsrepression wurden. Zurzeit mobilisieren wir international für Notfallproteste, falls das Dritte Bundesberufungsgericht die Todesstrafe bestätigt oder Mumias Berufungsantrag auf einen neuen Prozess oder eine neue Anhörung ablehnt. In den vergangenen zwei Jahren, seit Mumias Fall ein sogenanntes „beschleunigtes“ Verfahren wurde, was im Mai zur Anhörung durch dieses Gericht führte, haben wir für das Statement „Wir fordern die sofortige Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!“ weltweit etwa 800 Unterschriften von prominenten Persönlichkeiten und Organisationen gesammelt, insbesondere von Gewerkschaften, die Hunderttausende von Arbeitern repräsentieren.

Man muss kein Marxist sein, um zu verstehen, dass Mumia das Opfer eines rassistischen Komplotts ist. Und tatsächlich bemühen wir uns aktiv darum, Mumias Fall zu Gruppen und Einzelpersonen zu bringen, die politisch sehr weit vom Marxismus entfernt sind. Das ist klar zu erkennen an dem breiten politischen Spektrum, das die Unterzeichner der oben erwähnten PDC-Protesterklärung repräsentieren. Jedoch veranschaulicht Mumias Fall wie kein zweiter heutzutage den rassistischen Charakter und den Klassencharakter des kapitalistischen Staates. Um diese Tatsache zu *verschleiern*, hat sich seit Mitte der 1990er-Jahre eine Schar von Liberalen und Reformisten an Mumias Fall angedockt mit dem Ziel, das Entstehen einer Massenbewegung auf den Straßen zu verhindern, in der Schwarze, Immigranten, anti-rassistische Jugendliche und Gewerkschafter zum Kampf *gegen* diesen Staat mobilisiert würden. Sie sind politische Hindernisse für eine wirkungsvolle Bewegung für Mumias Freiheit, wie man an der Demobilisierung seit den späten 1990er-Jahren sehen kann, die ein Ergebnis der Unterordnung des Kampfes für Mumias Freiheit unter das Vertrauen in die Gerichte und unter den Ruf nach einem „neuen, fairen Prozess“ ist. Wir wollen diese politischen Hindernisse durch direkte, offene Debatten über die *Strategie*, die für den Wiederaufbau der Bewegung für Mumia notwendig ist, bekämpfen. Dass wir entlarven, wie die Liberalen und Reformisten den Kampf für Mumias Freiheit untergraben haben, hat uns den Zorn derjenigen eingebracht, die der Perspektive einer klassenkämpferischen Bewegung für Mumias Freiheit feindlich gegenüberstehen.

Das führt uns zurück zum Bündnis und ihrem „fortdauernden Problem“ mit uns. Womit diese Gruppe tatsächlich ein „Problem“ hat – und das wird nach einem schnellen Durchlesen ihres Statements klar –, ist, dass sich offenbar zu viele Leute mit der Arbeit des KfsV im Kampf für Mumias Freiheit identifizieren – Arbeit, die wir seit vielen Jahren machen – und uns zustimmen, dass er das Opfer eines rassistischen Komplotts ist und nie einen einzigen Tag im Gefängnis hätte verbringen sollen. Ein Großteil ihres Anti-KfsV-Gezeters besteht daher aus Gejammer über die Tatsache, dass wir zu einer Kundgebung für Mumia, zu der sie für den

24. April aufgerufen hatten, zu *viele* Leute mobilisierten!

Warum ist das Bündnis erzürnt? Weil wir auf Mumias Unschuld und auf der Notwendigkeit bestehen, die Beweise zu den Massen zu bringen, die das belegen und das Komplott entlarven. Das Bündnis diskreditiert das eidesstattliche Geständnis von Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia Faulkner erschoss, weil es den Charakter des rassistischen kapitalistischen Staates offenbart – und das „vergrault potenziell ansprechbare Menschen“, also Liberale und Sozialdemokraten im Mainstream. Ja, das Bündnis behauptet sogar, Beweise für Mumias Unschuld würden seiner Verteidigung widersprechen:

„Das Festhalten an der Aussage des angeblichen Auftragskillers Arnold Beverly, der sich selbst des Mumia vorgeworfenen Mordes bezichtigt, und das eiserne Bestehen auf der Forderung nach Mumias sofortiger Freilassung widersprechen nicht nur Mumias eigener Verteidigungsstrategie, sondern sind jetzt juristisch wie praktisch völlig aussichtslos.“

Das erweckt bei uns den Eindruck, dass es ihnen eigentlich völlig egal ist, ob Mumia aus dem Knast kommt, oder nicht.“

Ja, sie versteigern sich sogar dahin, zu behaupten, Beweise für Mumias Unschuld wären „lebensgefährlich für ihn“! Das ist die „Große Lüge“ in Reinkultur und erinnert daran, wie die Stalinisten in den 1930er-Jahren Trotzki als Agent der Gestapo verleumdete, weil er für die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Zerschlagung der Nazis kämpfte. Wie Trotzki bemerkte: Selbst Verleumdungen sollten einen Sinn ergeben!

Es ist wirklich unfassbar zu sagen, es würde Mumias eigenen Wünschen widersprechen, wenn man seine sofortige Freilassung fordert und jedes Beweisstück hervorhebt, das seine Unschuld zeigt. In einer eidesstattlichen Erklärung vom 3. Mai 2001 über die Einzelheiten der Geschehnisse in den frühen Morgenstunden des 9. Dezember 1981 sagte Mumia selbst: „Ich habe den Polizeibeamten Daniel Faulkner nicht erschossen. Ich hatte mit der Ermordung von Officer Faulkner nichts zu tun. Ich bin unschuldig.“

Und am 12. Juli 1995, dem Tag, an dem der rassistische

Erfolgreiche Spartakist-Abokampagne 2007



Ergebnis der Spartakist-Abokampagne 2007

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	110	123	112 %
Hamburg	100	109	109 %
Auf Entfernung	10	8	80 %
Gesamt	220	240	109 %

Jahresabo: € 4,-

Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Richter Albert Sabo ein Aussetzen von Mumias Todesstrafe ablehnte, erklärte Mumia: „Wahre Gerechtigkeit erfordert mehr als ein Aussetzen der Hinrichtung – sie erfordert ein vollständiges Fallenlassen dieser eindeutig politischen Verurteilung! Sie erfordert noch mehr: Sie erfordert die energische Mobilisierung unserer Communities, um einem System zu widerstehen, das unterdrückerischer ist als das von Südafrika – um diese rassistische Todesstrafe abzuschaffen! Wahre Gerechtigkeit erfordert *Freiheit* – für *alle* MOVE-Gefangenen, und *alle* politischen Gefangenen jedweder Überzeugung! *Jetzt!*“ (Hervorhebungen im Original)

Was sagt das Bündnis zu diesen Aussagen Mumias? „Widersprechen“ sie seiner „eigenen Verteidigungsstrategie“?

Warum beharren wir auf der Wichtigkeit des Beverly-Beweismaterials, und warum versucht das Bündnis, es zu diskreditieren? In einer 2001 eingereichten eidesstattlichen Erklärung führte PDC-Anwältin Rachel Wolkenstein genau aus, wie Beverlys Geständnis mit den vielen anderen Beweisstücken zusammenpasste, die das Komplott entlarven:

„Beverlys Geständnis bewies nicht nur Jamals Unschuld, sondern deckte auch das Ausmaß von bewusstem Fehlverhalten seitens Polizei und Staatsanwaltschaft auf bei der strafrechtlichen Verfolgung und Verurteilung Mumia Abu-Jamals und der Festsetzung der Todesstrafe für ein Verbrechen, das er nicht begangen hatte. Beverlys Darstellung der Erschießung stand nicht allein, sondern wurde durch eine Fülle von Informationen in den Akten untermauert... Beverlys Darstellung, er sei gedungen worden, Officer Faulkner zu töten, stand im Einklang mit der Tatsache, dass mindestens drei FBI-Ermittlungen wegen Polizeikorruption im Stadtbezirk Center City, wo Faulkner zur Zeit seiner Ermordung Dienst tat, im Gange waren und dass mindestens ein weiterer Informant dieser Ermittlungen ermordet wurde. Beverlys Darstellung der Schießerei passte auch besser zu den vorhandenen Sachbeweisen als das Szenario der Staatsanwaltschaft über die Schießerei (welches sachlich unmöglich war). Darüber hinaus trug die Behauptung, Polizisten hätten Beverly angeheuert (zusammen mit der politischen Voreingenommenheit der Polizei gegenüber Jamal), dazu bei, das krasse Fehlverhalten von Polizei und Staatsanwaltschaft, das den Fall durchzog, zu erklären.“ (KfsV-Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal*, Dezember 2006)

Letztlich zeigt das Beverly-Beweismaterial, dass Mumia nicht das Opfer eines einzelnen bösen Bullen, schlechten Staatsanwalts oder rassistischen Richters war, sondern das Opfer eines ganzen „Rechts“systems in dem die Polizei, Staatsanwälte und Gerichte arbeiten, um die Klasseninteressen der kapitalistischen Herrscher zu verteidigen. Einige werden das verstehen – man denke an die Erfahrungen mit dem bürgerlichen Staat in Deutschland, die die RAF-Gefangenen machen mussten; die PKK und andere kurdische Organisationen; die streikenden GDL-Lokführer; man erinnere sich an den Fall des afrikanischen Flüchtlings Oury Jalloh, der im Januar 2005 in einer Polizeizelle in Dessau lebendig verbrannte, während er an Händen und Füßen gefesselt war. Der bürgerliche Staat ist *nicht neutral*, sondern das *besondere Werkzeug der Kapitalistenklasse, um die Arbeiterklasse und Unterdrückten niederzuhalten*. Dieses Verständ-

nis ist entscheidend, um eine mächtige Bewegung für die Freiheit Mumia Abu-Jamals aufzubauen. Die Rolle der reformistischen und kleinbürgerlichen Linken à la Hörbuchgruppe/Berliner Bündnis ist es, Mumias Unterstützer daran zu hindern, dieses Verständnis zu gewinnen.

Das führt sie dazu, das Beverly-Beweismaterial zu diskreditieren und sogar zu lügen, Mumia selbst würde es ablehnen. Das Beverly-Beweismaterial wurde 2001 von Mumia beim Bundesstaatsgericht von Pennsylvania und beim US-Bundesgericht eingereicht. Es waren dieselben Gerichte, die ablehnten, das Beverly-Beweismaterial auch nur anzuhören. Mumia ist vollständig über die gesamte Arbeit des PDC informiert, und er hat nichts dagegen einzuwenden. Für die Veranstaltung des KfsV im Mai 2007 in Berlin, auf der Rachel Wolkenstein sprach, schickte er Grüße. Die Lüge passt zu den Verleumdungen gegen das PDC und Rachel Wolkenstein, die Beverly zusammen mit PDC-Anwalt Jon Piper ursprünglich ausfindig machte und 1999 sein Geständnis aufnahm. In einem Radio-Interview vom 10. Oktober 2007 im Jugendraadio des Offenen Kanals Berlin behauptet ein Mitglied des Bündnisses, dass Wolkenstein von Mumia gefeuert wurde, „2002, glaub ich“. Wolkenstein und Jon Piper arbeiteten beide von 1995 bis 1999 in Mumias Verteidigerteam. Dann zogen sie sich aus dem Team zurück, weil der Hauptanwalt Leonard Weinglass sich weigerte, das Beverly-Geständnis und andere entscheidende Beweise für Mumias Unschuld dem Gericht vorzulegen. Mumia hat Wolkenstein nie gefeuert. Weinglass und Williams dagegen *hat* er 2001 gefeuert, nachdem er von Dan Williams' Veröffentlichung des Buches *Executing Justice* erfuhr. Das Buch war ein nicht autorisierter und verlogener Bericht über die rechtliche Verteidigung und nannte das Beverly-Geständnis „verrückt“ und jeden Versuch, es zu benutzen „reinen Irrsinn“. Williams Buch war die alleinige Grundlage der Argumente, die die *Staatsanwaltschaft* benutzte, um das Beweismaterial vom Gericht auszuschließen! Heute stützen sich Maureen Faulkner und Michael Smerconish wesentlich auf eben dieses Buch, um nach Mumias Blut zu schreien.

Die Hörbuchgruppe/Berliner Bündnis haben offenbar ein paar Schwierigkeiten, die Linie vom „neuen, fairen Prozess“ für Mumia zu verkaufen. Das erklärt den schrillen Ton ihres Statements und ihre Beschwerden, unsere Argumente gegen die Strategie von Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte hätten unter Linken für „Verwirrung“ gesorgt. Die Denunzierung unseres „eiserne[n] Bestehen[s] auf der Forderung nach Mumias sofortiger Freilassung“ klingt umso merkwürdiger, wenn man bedenkt, dass der Aufruf des Berliner Bündnisses zu einer Kundgebung für Mumia am 8. Dezember 2007 selbst forderte „Mumia sofort freizulassen“. Darüber hinaus wies ein Sprecher einer Soligruppe für Leonard Peltier am 8. Dezember darauf hin, dass Peltier aus den USA floh, weil er wusste, dass er niemals einen fairen Prozess bekommen würde. Tatsächlich schmort er noch heute, ernsthaft erkrankt, im Gefängnis – *Freiheit für Leonard Peltier!*

Um die Zweifel vieler Mumia-Unterstützer zu lindern, die die Forderung nach einem „neuen Prozess“ nicht mögen, vermischen sie absichtlich *juristische Eingaben* mit der *Mobilisierung einer kämpferischen Massenbewegung*. Aber selbst auf rein rechtlicher Ebene ist es einfach falsch zu behaupten, Mumias einzige Chance freizukommen, läge in einem neuen Prozess. Wie Wolkenstein bei der KfsV-Veranstaltung am 12. Mai 2007 ausführte, ist Mumias Fall nur so von Fehlverhalten der Staatsanwälte, von Unterdrückung von Unschuldsbeweisen usw. durchzogen, dass es von einem rein juristischen Standpunkt aus reichlich rechtliche Voraussetzungen gibt, die Anklagen fallenzulassen. Selbst frühere rechtliche Dokumente als Wolkenstein Nebenanwältin in Leonard Weinglass' Team war, enthielten Mumias rechtliche Eingaben die Forderung nach dem Fallenlassen der Anklagen. Der ehemalige

**Besucht die Website des
Partisan Defense
Committee!**

www.PartisanDefense.org



Black Panther Geronimo Pratt verließ 1997 nach 27 Jahren die Gefängnishölle als freier Mann, als das Gericht seine abgekartete Verurteilung aufhob, weil die Staatsanwaltschaft Beweise verheimlicht hatte. Rubin „Hurricane“ Carter bekam 1976 einen „neuen Prozess“ und wurde, auf der Grundlage der erlogenen Aussagen zweier Kleinkrimineller, von einer sorgfältig ausgewählten Jury aus zehn Weißen und zwei Schwarzen zum zweiten Mal verurteilt. Wäre die bürgerliche Justiz nicht voreingenommen in Bezug auf Klasse und Rasse, wäre die bürgerliche Justiz „fair“ und „unparteiisch“ – Mumia wäre schon vor langer Zeit aus dem Gefängnis entlassen worden. Ja, er hätte nicht einen einzigen Tag im Gefängnis verbracht.

Die Alternative zum Vertrauen in die kapitalistischen Gerichte ist klassenkämpferische Verteidigung. Der einzige Weg wie Mumia Gerechtigkeit widerfahren wird, ist, dass die Gerichte die Macht einer Massenbewegung fürchten und insbesondere die Macht der Arbeiterbewegung, für Mumias Freiheit zu streiken. Um dort hinzukommen, braucht es vor allem einen politischen Kampf, gegen genau die Illusionen in das kapitalistische „Rechts“system, die sich im Ruf nach einem „neuen, fairen Prozess“ ausdrücken. Der Ruf nach einem neuen Prozess ist Ausverkaufspolitik, ein Verrat an allem, wofür Mumias Fall steht.

In Berlin bedeutet die Unterordnung des Kampfes für Mumias Freiheit unter den Mainstream die Unterordnung unter die Spitzen von SPD und Linkspartei, die als Regierungsparteien die kapitalistische Staatsmaschinerie verwalten. Selbst dann, wenn über die Realität des rassistischen Terrors und von Abschiebungen gegen Flüchtlinge gesprochen wird, wie bei der Kundgebung des Berliner Bündnisses am 8. Dezember 2007 in einem Redebeitrag, der die antirassistische Kampagne DE*FENCE vorstellte, wird die SPD/Linkspartei-Regierung nicht beim Namen genannt, die die Befehle gibt und gerade erst das drakonischste Polizeigesetz des Landes verabschiedet hat, kurdische Demonstrationen verboten hat usw. Die Strategie des Vertrauens auf die kapitalistischen Gerichte ist entgegengesetzt dazu, die türkischen, arabischen und kurdischen Jugendlichen, die die Zielscheibe der tagtäglichen rassistischen Verfolgung durch die Polizei des Berliner Senats sind oder die Arbeiter im Öffentlichen Dienst, deren Tarifverträge von dieser Regierung zerfetzt wurden, mit dem Verständnis zu mobilisieren, dass Mumias Kampf für Freiheit mit dem Kampf gegen ihre *eigene* Unterdrückung verknüpft ist.

Das Bündnis erachtet „Klassenkampf“ als etwas vergangenes und utopisches und schimpft schon über die bloße Erwähnung von „Klassen“. Für sie ist eine Ausrichtung auf die „Arbeiterklasse, die dem Henker in den Arm fallen“ kann, schon fast kommunistisch. Mit ihrem Einstimmen in den Chor vom „Tod des Kommunismus“, dass Klassenkampf utopisch und die Geschichte zu Ende ist usw., geben sie nur die vorherrschende bürgerliche Ideologie wieder, die seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas auf dem Vormarsch ist. Darauf spielen sie auch mit ihren antikommunistischen Andeutungen an, dass der „Background“ [des KfsV] in Teilen der Linken nicht bekannt zu sein scheint bzw. sie ihn zu verschleiern versuchen.“ Das bezieht sich offenkundig darauf, dass der Zweck des KfsV den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands entspricht, wie wir auf jeder KfsV-Publikation „verschleiern“ – d.h. schriftlich für jeden sichtbar erklären! Das klingt ganz wie die Hexenjagd von CDU/CSU, SPD-Mitgliedern und Springer-Presse gegen die neu ernannte Juso-Vorsitzende



Kontingent des KfsV bei Mumia-Demo am 12. Mai 2007 in Berlin Spartakist

Franziska Drohsel wegen ihrer Mitgliedschaft in der „links-extremistischen“ Organisation Rote Hilfe. Drohsel löste ihr Problem, indem sie aus der Roten Hilfe austrat. Wie steht die Rote Hilfe zum Antikommunismus des Berliner Bündnis gegen Linke?

Da sie sich darüber Sorgen machen, geben wir gerne einige Höhepunkte unseres „Backgrounds“ wieder, die Interessierte sämtlich in unseren Veröffentlichungen finden können. Das KfsV entsprang einer vom PDC in den USA begonnenen internationalen Kampagne in den späten 1980er-Jahren, Hilfe für die belagerten Kämpfer Jalalabads in Afghanistan zu organisieren, die gegen die Mörderbanden der Mudschaheddin aushielten, die von der CIA und anderen imperialistischen Agenturen als Teil ihres zweiten Kalten Krieges zur Zerstörung der Sowjetunion bewaffnet und finanziert wurden. Später, in den 1990er-Jahren, verteidigte das KfsV ehemalige SED- und PDS-Mitglieder und andere Opfer der antikommunistischen Hexenjagd im Gefolge der kapitalistischen Wiedervereinigung. Und selbstverständlich ist das KfsV mit den Spartakisten und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) verbunden, die 1989/90 gegen den kapitalistischen Ausverkauf der DDR und für ein Rotes Rätendeutschland kämpften. Und als Teil unseres Kampfes gegen kapitalistische Wiedervereinigung brachten wir Mumias Fall in die DDR. Seit 1987 haben wir den Kampf für Mumias Freiheit weltweit aufgenommen, als Teil des Kampfes für vereinte, klassenkämpferische Verteidigung aller arbeitenden Menschen. *Mumia ist unschuldig! Freiheit für ihn, sofort! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!* ■

Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 18. Januar, 18.30 Uhr

Videovorführung

„Mumia Abu-Jamal – Live from Death Row“

(dt. Fassung)

Anschließend Update und Diskussion

Bar *Aufsturz*, Klubraum, Oranienburger Straße 67,
S-Bhf. Oranienburger Straße

Kontakt: (030) 4439400, spartakist@online.de

Neues IKL-Bulletin

Das Logan-Dossier

Wir drucken nachfolgend die Übersetzung des Vorworts zu The Logan Dossier ab, das im August 2007 vom Internationalen Sekretariat der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) produziert wurde. Alle Verweise, die nicht aus anderen Quellen zitiert werden, beziehen sich auf Dokumente in dem Bulletin.

In diesem Bulletin sind die Fakten und Befunde dokumentiert, die bei unserer ersten internationalen Delegiertenkonferenz im August 1979 zum Ausschluss von Bill Logan aus der internationalen Spartacist Tendenz (iST), heute Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), führten. Logan war nationaler Vorsitzender der Spartacist League of Australia and New Zealand (SL/ANZ, heute Spartacist League/Australia) während ihrer Gründungszeit 1972–77, nationaler Vorsitzender der Spartacist League/Britain (SL/B) zur Zeit ihrer Gründung 1978 und ein Mitglied des Internationalen Exekutivkomitees (IEK), des Führungsgremiums der iST/IKL. Eine Internationale Kontrollkommission führte gegen Logan eine Untersuchung durch, klagte ihn an und befand ihn für schuldig, während

seiner Zeit als nationaler Vorsitzender der SL/ANZ Verbrechen gegen kommunistische Moral begangen zu haben. Logan war, wie gezeigt wurde, ein „erwiesenermaßen massiver Lügner und sexueller Soziopath, der das Privatleben von Genossen manipulierte aus Gründen der Machtpolitik und seiner eigenen anomalen Gelüste und Zwangsvorstellungen, das Ganze verkleidet als Marxismus“ („Motion and Vote on the Findings of the Trial Body“ – Antrag und Abstimmung zu den Befunden des Parteigerichts). Einstimmig beschlossen die Konferenzdelegierten: Für Logan ist kein Platz in der iST und er „kann nicht Mitglied einer Organisation der Arbeiterklasse sein und hätte es niemals sein sollen“.

Nach Logans Ausschluss unternahmen wir den ungewöhnlichen Schritt, drei interne Bulletins mit dem Titel „On the Logan Regime“ („Über das Logan-Regime“, *International Discussion Bulletin* Nr. 10, Teile I und II, Januar 1979; Teil III, *International Information Bulletin* Nr. 16, November 1983) öffentlich zugänglich zu machen. Die ersten beiden

**International Communist League
(Fourth Internationalist)**



THE LOGAN DOSSIER

Documentary Evidence and Testimony in the
August 1979 Trial and Expulsion of Bill Logan
from the international Spartacist tendency for Crimes Against
Communist Morality and Elementary Human Decency

Volume I

AS6 Cdn\$6 £3
€5 Rand10 US\$5

August 2007

Das Logan-Dossier

Dokumentarisches Beweismaterial und Zeugenaussagen zum Prozess vom August 1979 und zum Ausschluss von Bill Logan aus der internationalen Spartacist-Tendenz wegen seiner Verbrechen gegen kommunistische Moral und gegen grundlegenden menschlichen Anstand

Umfangreiche Einleitung des Internationalen Sekretariats der IKL mit:

- Vorwort
- Zusammenfassung der Fakten und Befunde
- Fortsetzung der Zusammenfassung: Widerlegung von Logans verlogener Verteidigung
- Ein Postskriptum zu Bill Logan und der BT: Müll läuft nicht auf eigenen Beinen

Die Dokumentation beinhaltet:

- Anklage und Urteil
- Protokolle, Korrespondenz und weiteres Hintergrund-Beweismaterial (1972–77)
- Dokumentarische Aussagen vor dem Prozess (1979)
- Prozessverhandlung, 26.–29. August 1979 – Ausgewählte Abschriften

189 Seiten in 2 Bänden –
jeder Band: € 5,-

handeln vom Kampf gegen Logans Regime des Missbrauchs in der SL/B und von einer anfänglichen nochmaligen Untersuchung der Logan-Zeit in der australischen Sektion. Das dritte Bulletin enthält Material im Zusammenhang mit den Anklagen aus der SL/ANZ und dem Prozess, darunter die Berichte des Parteigerichts an die Konferenz und Auszüge aus Diskussionsbeiträgen. Einiges Material in diesem Bulletin wurde ursprünglich gesammelt, damit es damals in einem oder mehreren zusätzlichen Bulletins erscheint, blieb aber bis heute unveröffentlicht. Weiteres Material in diesem Bulletin wurde unseren Parteiarchiven entnommen oder von den Tonbandaufnahmen der Gerichtsverhandlung abgeschrieben.

Was Logan den australischen Genossen antat, kam erstmals bei einem nationalen Treffen der SL/ANZ im Januar 1979 an die Oberfläche. Ein paar Monate vorher, im Oktober 1978, war Logan als nationaler Vorsitzender der SL/B entfernt worden – nach einer scharfen politischen Konfrontation trat er von dem Posten zurück. Während seiner 18 Monate in Britannien hatte sich Logan als unfähig erwiesen, die Sektion zu führen. In seinem Verhalten gegenüber der iST-Zentrale, dem Interims-Sekretariat (IS – heute Internationales Sekretariat), und gegenüber seinesgleichen im IEK war er doppelzünftig; wie er insbesondere weibliche Genossen behandelte, war Missbrauch; und seine Reaktion auf Kritik oder Meinungsverschiedenheit bei SL/B-Genossen war grobschlächtig. Damals wurde das Logan-Regime in Britannien als eine bürokratische Anomalie gesehen, als das Ergebnis eines unsicheren Führers, der zu Schnellschüssen neigte und seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Logan blieb weiter im IEK, und mit erheblichen Kosten für die Partei wurden er und Aidaire Hannah, seine Frau und Mitstreiterin, nach New York versetzt, damit sie im IS arbeiten konnten.

Niemand konnte sich damals vorstellen, dass ein führendes Mitglied unserer kommunistischen Organisation der monstrosen Soziopath sein könnte, als der sich Logan bald erwies. In der SL/B wurden Logans Praktiken des Missbrauchs dadurch eingeschränkt, dass die SL/B häufigen Kontakt mit der internationalen Führung und einen Kern von erfahrenen Kadern hatte. Die SL/ANZ andererseits war eine entfernte Sektion mit relativ unerfahrenen jungen Genossen. Aber der Kampf in Britannien gab den Anstoß und setzte einen Prozess in Gang zur nochmaligen Untersuchung durch die SL/ANZ-Mitglieder. Das spitzte sich bei dem nationalen Treffen der SL/ANZ zu, als Genossen angingen, einander und dem IS-Vertreter Reuben Samuels, der gerade zu Besuch war, schmerzhaft Erfahrungen zu offenbaren, die sie aus Angst, „illoyal“ zu sein, lange für sich behalten hatten. Bei der SL/ANZ-Konferenz kam es zu einer Lawine von traumatischen Erinnerungen und Anschuldigungen.

Diese Anschuldigungen wurden anschließend in einer Resolution des Zentralkomitees der SL/ANZ festgehalten (siehe „Charges from the SL/ANZ Central Committee“). Eine Internationale Kontrollkommission (IKK) wurde vom IEK eingesetzt. Sie wurde mit dem Zusammentragen und Abwägen der Beweise beauftragt und wurde als ein Parteigericht konstituiert, das weiteren Zeugenaussagen nachgehen und zu einem Urteil in dem Fall kommen sollte. Dieses Parteigericht bestand aus Genossen aus der ganzen Internationale, die für ihre Integrität hoch angesehen waren und zuvor keinen wesentlichen Kontakt mit Logan gehabt hatten. Den Vorsitz hatte Genossin Martha Phillips (Piper) von der SL/U.S., die 1992 in Moskau mitten in dem Kampf für die Formierung eines trotzkistischen Kerns angesichts der konterrevolutionären Welle, die die Sowjetunion zerstörte, ermordet wurde. Zum Parteigericht gehörten weitere Genossen von der SL/U.S. und von der kanadischen und der deutschen Sektion der iST. Dem Parteigericht gehörte auch der altgediente Trotzkist Edmund Samarakkody aus Sri

Lanka an, dessen Organisation bis dahin schon einige Zeit lang brüderliche Beziehungen zur iST hatte. Die Genossinnen Toni R. und Rachel W. fungierten als Protokollantin bzw. unterstützende Anwältin der Kommission. Genosse Dave Reynolds vom Zentralkomitee der SL/ANZ trat als Ankläger für die australischen Beschwerdeführer auf.

In den Monaten vor dem Prozess wurden mehr als drei Dutzend Erklärungen und Dokumente im Gesamtvolumen von Hunderten von Seiten eingereicht, sowohl von Mitgliedern der SL/ANZ und anderen Genossen, die ausführliche Zeugenaussagen über Logans Taten vorbrachten, als auch von Logan und Hannah zur Verteidigung von Logan. Mehr als 30 Zeugen sagten persönlich im Prozess aus, der über einen Zeitraum von vier Tagen unmittelbar vor der förmlichen Eröffnung der Internationalen Konferenz stattfand. Der Kontrollkommission standen auch mehrere hundert Seiten dokumentarischen Beweismaterials aus der Zeit des Logan/Hannah-Regimes zur Verfügung: Protokolle, Memoranden, politische Korrespondenz und Auszüge aus einiger persönlicher Korrespondenz. Logan hatte das Recht, Zeugen ins Kreuzverhör zu nehmen und das dokumentarische Beweismaterial anzufechten. Die Befunde des Parteigerichts wurden dann der Konferenz berichtet und waren Thema einer ausführlichen Diskussion, an der sich zwei Richterstatler und mehr als 40 Redner beteiligten.

Wir veröffentlichen hier wesentliche Dokumente, die dem Parteigericht als schriftliche Zeugenaussagen vorgelegt wurden, sowie bestimmte Korrespondenz und weiteres Material aus der Zeit des Logan-Regimes in Australien, die beweisen, wie das Logan-Regime sich über bestehende Spartacist-Normen offen hinwegsetzte, und die die Zeugenaussagen bekräftigen. Zusätzlich fügen wir wesentliche Auszüge aus den Abschriften des Gerichtsverfahrens bei, sofern diese Aussagen nicht weitgehend das schriftliche Material wiederholten. Es sei betont, wie Martha P. es zu Beginn des Prozesses getan hat, dass bei einem Gerichtsverfahren in einer leninistischen Partei schriftlichen und mündlichen Aussagen gleiches Gewicht beigemessen wird. Der Einfachheit halber enthält das gegenwärtige Bulletin einige Dokumente, die zuvor in *IIB* Nr. 16 veröffentlicht wurden: die ZK-Resolution der SL/ANZ mit den Details der Anklagen, die zusammen-

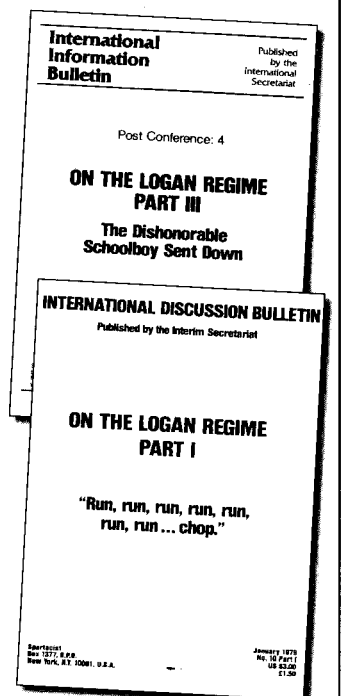
Frühere IKL-Bulletins

Über das Logan-Regime (3 Teile)

Zum Nutzen der Arbeiterbewegung haben wir diese internationalen Bulletins, die Logans Verbrechen dokumentieren, öffentlich zugänglich gemacht.

- Teil 1 3,- € (82 Seiten)
- Teil 2 3,- € (44 Seiten)
- Teil 3 3,- € (79 Seiten)

(in englischer Sprache)



Zu beziehen über die Verlagsanschrift

fassende Präsentation von Dave R. vor dem Parteigericht und den IKK-Antrag über Logans Ausschluss, der von der Internationalen Konferenz angenommen wurde.

* * *

Als Marx 1860 für den Großteil eines Jahres andere wichtige Arbeit beiseite legte, um den zwielichtigen und verleumderischen Herrn Vogt zu entlarven, tat er das mit dem Verständnis, dass man notwendige Aufgaben politischer Hygiene nicht lange vertagen kann, ohne einen Preis dafür zu zahlen. In den Jahren nach seinem Ausschluss tauchte Logan in Neuseeland wieder auf und es gelang ihm, sich wieder in die internationale Linke einzuschleichen, zu einem großen Teil mittels eines Haufens verbitterter Ex-Mitglieder von uns in Nordamerika, die sich im Oktober 1982 zu einer „Externen Tendenz der iST“ erklärten (ET – 1985 in Bolschewistische Tendenz, BT, umbenannt). In ihrer Gründungs-„Erklärung einer Externen Tendenz der iST“ vom Oktober 1982 machte die ET Logan zum Aushängeschild für den Auftakt eines Rachezugs gegen unsere Partei, indem sie ihn als einen Sündenbock für unser angeblich bürokratisches „Regime“ darstellte. Unseres Wissens nach wahrte die ET/BT dann jedoch mehr als acht Jahre lang öffentlich Stillschweigen über Logan, bis sie plötzlich 1991 ihre 1990er „Fusion“ mit seiner neuseeländischen Permanent Revolution Group (PRG) verkündete. Zu diesem Zeitpunkt ließen diese politischen Desperados nicht nur Logan öffentlich hochleben, sie salbten ihn sogar zum Hauptführer ihrer neuen „Internationalen Bolschewistischen Tendenz“. Wie wir später ausführen werden, betrieb die BT zum einen ihre eigene Sorte von stalinophober, sozialdemokratischer Politik und betätigte sich zum anderen über die Jahre in allerlei Provokationen und Verleumdungen gegen uns in dem Drang, unsere Partei zu zerstören.

Eben dieser Logan hat sich zwar als „internationaler bolschewistischer“ Führer ausgegeben, aber gleichzeitig im wirklichen Leben in Wellington, Neuseeland, eine Praxis als professioneller „Zebrant“ betrieben – eine New-Age-Version eines missionarischen Predigers und spirituellen Heilers. Wie unten im Abschnitt „Ein Postskriptum zu Bill Logan und der BT: Müll läuft nicht auf eigenen Beinen“ ausgeführt wird, belegen diverse öffentliche Aussagen von früheren Mitgliedern der PRG und der BT, dass Logan mit einigen gleichartigen Praktiken weitergemacht hat, für die wir ihn vor 28 Jahren ausschlossen. Mehr zur Frage der eigentümlichen politischen Physiognomie der BT finden Leser in den oben zitierten Bulletins; in mehreren Ausgaben von *Hate Trotskyism, Hate the Spartacist League* [Den Trotzismus hassen, die Spartakisten hassen], unserer Bulletin-Reihe, die hauptsächlich aus Nachdrucken von Anti-Spartakist-Polemiken unserer Opponenten besteht; in der IKL-Broschüre *The International Bolshevik Tendency – What Is It?* (August 1995); und in zahlreichen Artikeln, die sich mit der BT beschäftigen, über das Stichwortverzeichnis unserer gebundenen Ausgaben von *Workers Vanguard* (siehe zum Beispiel „Kneeling Before the Body of General Wolfe on the Plains of Abraham“ [„Kniefall vor kanadischem Anglo-Chauvinismus“, *Spartakist* Nr. 155, Sommer 2004], *WV* Nr. 827, 28. Mai 2004).

Mit der Veröffentlichung der dokumentarischen Unterlagen über den Logan-Prozess beabsichtigen wir, einer neuen Generation von Linken klarzumachen, dass Typen wie Logan keinen Platz in der Arbeiterbewegung haben. Wir beabsichtigen, seine opportunistische „Bolschewistische“ Tendenz als den fragwürdigen Verein zu entlarven, der sie ist, und ihre schmierigen und verleumderischen Lügen gegen unsere Partei zu widerlegen. Hoffentlich wird die verspätete Herausgabe dieses Bulletins auch einem breiteren Zweck dienen. Mit ihrem Gekreische über den angeblichen „Tod des Kommunismus“ in den Jahren seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 verteufern aus-

gerechnet dieselben bürgerlichen Propagandisten, die ein System von imperialistischem Massenmord rechtfertigen, diejenigen als Ausgeburt des Bösen – als machthungrig, korrupt, krankhaft gewalttätig und feindlich gegenüber allen menschlichen Empfindungen –, die die Menschheit von Klassen ausbeutung zu befreien suchen. Diese Unterlagen über unseren Kampf, die Arbeiterbewegung von Logan zu befreien, zeigen, dass solche Eigenschaften unvereinbar sind mit dem ganzen Wesen des echten Kommunismus.

Jedoch sind die Merkmale, die Logan zu der widerwärtigen Kreatur machten, die er ist, nicht ungewöhnlich in der *bürgerlichen* Gesellschaft. Die Anhäufung von Reichtum und die Ausübung der Macht, die notwendig ist, um diesen privilegierten Status aufrechtzuerhalten und zu verewigen, ziehen oft Leute an, die solche Qualitäten haben wie Logan. Die britische herrschende Klasse, insbesondere in Gestalt ihrer Tory-Partei, war lange berüchtigt für ihre Lust auf blutrünstige Sportarten, die Todesstrafe (zuletzt bloßes Erhängen), Prügelstrafe an ihren Schulen und damit verbundene sadomasochistische sexuelle Neigungen. All dies zusammengekommen dient einem wichtigen sozialen Zweck. So werden die Herrscher des Landes und des untergegangenen Imperiums dafür ausgerüstet, ihre Besitztümer richtig zu verwalten, sowohl in Bezug auf die Geknechteten und Ausgebeuteten als auch zur Verteidigung gegen imperialistische Rivalen.

Logan war ein Produkt dieses Systems in dem kleinen, neoviktorianischen Hoheitsgebiet Neuseeland. Seine politischen Ursprünge, inmitten der Radikalisierung der 1960er-Jahre, liegen im rechten Flügel bürgerlicher Politik in Neuseeland, der damals regierenden National Party (siehe Bill Logan, „Never Exactly One of the Lads...“ [Nie wirklich einer von den Jungs...], Herausgeber Michael King, *One of the Boys?* [Auckland, Neuseeland: Heinemann, 1988]). Sein sozialer und Bildungshintergrund lagen in Neuseelands Kultur der „public school“ (private Eliteschule, wörtlich: „öffentliche Schule“) englischen Stils, durchdrungen von imperialistischem Elitedenken und frauenfeindlichem Sadismus. Zahlreiche Menschen haben gegen eine solche Herkunft rebelliert und wurden dann Kommunisten, nicht zuletzt heldenhafte sowjetische Spione wie Kim Philby. Aber selbst als erklärter Kommunist prahlte Logan mit seinem Festhalten am „Stil eines neuseeländischen Privatschuljungen, der fast immer Klassen Sprecher, Pfadfinderführer oder Aufsichtsschüler war“ („Personal Notes in Preparation for a Discussion re the Sharpe Problem“ [Persönliche Notizen zur Vorbereitung auf eine Diskussion über das Sharpe-Problem], 23. August 1978, „On the Logan Regime“, Teil I). Er genoss die niedere Durchtriebenheit und das stille Selbstvertrauen, die ihn befähigten, die Schwachstellen von anderen auszunutzen.

Wir streben nach einer Gesellschaft, in der alle Formen von sozialer Unterdrückung, Ausbeutung und Erniedrigung – die verzerrten Nebenprodukte materiellen Mangels – der Vergangenheit angehören. Zu diesem Zweck wollen wir dem Proletariat – obwohl es von der deformierenden kapitalistischen Klassenherrschaft geprägt ist – seine historische Rolle als Totengräber des kapitalistischen Systems, und der Klassengesellschaft insgesamt, bewusst machen. Machtpolitik, Verlogenheit und sexuelle Manipulation sind die Antithese dazu. Die leninistische Partei beansprucht ein Monopol auf die *politischen* Aktivitäten derjenigen, die sich unserer Bewegung anschließen. Umso stärker ziehen wir eine klare Grenze gegen Einmischung ins persönliche Leben von Genossen. Getrieben durch das Streben nach Macht und Kontrolle war Logan ein bössartiger Strippenzieher, der sadistisch zerstörerisch auf das persönliche Leben von Menschen einwirkte – indem er Menschen dazu brachte, zusammen zu leben, die das nicht wollten; indem er Menschen, die zusammen leben wollten, zur Trennung trieb. In unserer Bewegung ist kein Platz für Gestalten wie William King Logan. ■

„Korrektur“ der BT:

Wo der deutsche Imperialismus vom Pfad des Weltfriedens abweicht

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard, Nr. 902, 9. November, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/U.S., Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

Wie es aussieht, haben wir die Internationale Bolschewistische Tendenz (BT) getroffen, als wir einen Artikel von unseren Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands veröffentlichten, der die deutsche BT wegen Verbreitung „antikommunistischer Verklärung der Bundeswehr“ angriff („BT: antikommunistische Beschönigung des deutschen Imperialismus“, *Spartakist* Nr. 167, Sommer 2007, nachgedruckt in *WV* Nr. 900, 12. Oktober). Die deutsche BT, Gruppe Spartakus, hatte in *Bolschewik* (Januar 2006) geschrieben: „Nach dem Ende des Kalten Krieges änderte sich die Aufgabenstellung der deutschen Bundeswehr, die während der Blockkonfrontation als Verteidigungsarmee fungieren sollte.“ Der *Bolschewik* vom Januar 2007 sang das gleiche Lied, indem er argumentierte: „Die Armee wurde verkleinert, aber dafür von einer defensiven Verteidigungsarmee hin zu einer aggressiven Angriffsarmee umgestaltet.“

Das war tatsächlich ein Skandal. Vom Ersten Weltkrieg über Hitlers Blitzkrieg gegen die Sowjetunion bis zu den massiven Panzerverbänden, die während des Kalten Krieges gegen Ostdeutschland und die UdSSR aufgestellt wurden, ist es nichts Neues für Geschichtsstudenten oder so ziemlich jeden, der liest und denkt, dass das deutsche Militär unerbittlich aggressiv ist, um die imperialistischen Interessen der deutschen Bourgeoisie durchzusetzen. Unsere deutschen Genossen bemerkten: „Der Impuls, die Aufgabe der Armee des deutschen Imperialismus während der ‚Blockkonfrontation‘ mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten des Warschauer Vertrages als ‚defensiv‘ zu beschreiben, fließt direkt aus der Mythologie des Kalten Krieges, dass der ‚demokratische‘ Westen durch den ‚Sowjet-Expansionismus‘ bedroht wurde.“

Ertappt durch unsere Kritik brachte die BT in einem Web-Posting ein Dementi heraus, das nichts dementierte: „Reply to *WV* No. 900“, datiert auf den 23. Oktober. Die BT wimmert, angeblich habe sie bereits „die Formulierung ‚Verteidigungsarmee‘ in einem Posting im deutschen Teil unserer Website“ „zurückgewiesen“, und bringt im Anhang eine Übersetzung dieser „Korrektur“ unter der Überschrift „‚Defensive Armee‘ – eine missverständliche Formulierung“ und mit dem Datum 14. Juli. Die „Korrektur“ durch die deutsche BT bestätigt einfach unseren Punkt nochmals. Darin heißt es:

„Wir sind nicht der Auffassung, dass der westdeutsche Imperialismus eine rein defensive, also nur auf die Ver-



Spartakist

Verteidigung der Sowjetunion untrennbar verbunden mit Opposition zum „eigenen“ Imperialismus: Von uns initiiertes prosovietischer Einheitsfront-Massenprotest mit SED-PDS im Treptower Park in Berlin (3. Januar 1990). Spartakist-Banner: „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“

teidigung seines Territorium ausgerichtete Strategie hatte. Unsere missverständliche Formulierung sollte eigentlich erklären, in welcher Form der militärische Umbau der Bundeswehr seit dem konterrevolutionären Ende des Warschauer Paktes von statten ging.“

Nicht „rein defensiv“? Nicht „nur auf die Verteidigung seines Territoriums ausgerichtet“? Es ist kein Zufall, dass die „Korrektur“ der BT einhergeht mit einem Anhang, der die Internationale Kommunistische Liga wegen unserer *bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten* angreift, was unsere Unterstützung für die Unterdrückung der vom Imperialismus gestützten, konterrevolutionären Solidarność einschließt. Und gerade unsere Verteidigung der Sowjetunion brachte die Individuen, die später in Deutschland wie in anderen Ländern die BT bilden sollten, dazu, aus unserer Partei auszutreten.

Ins Täumeln geraten ist die BT nicht nur deshalb, weil sie schon wieder mit ihrer stalinophoben Feindschaft zum trotzkistischen Programm erwischt worden ist, sondern zweifellos auch wegen unserer weiteren Bloßstellung ihres Führers, eines gewissen Bill Logan. Logan wurde aus unserer Organisation wegen Verbrechen gegen kommunistische Moral und grundlegenden menschlichen Anstand ausgeschlossen; die dokumentarischen Aufzeichnungen sind im zweibändigen *Logan Dossier* der IKL veröffentlicht worden. Wir sind fest entschlossen, unsere Entlarfung der BT-eigenen Kombination von rückschrittlicher Politik und finsterner Krankhaftigkeit fortzusetzen, als einen elementaren Akt von Hygiene innerhalb der Arbeiterbewegung.■

Die Russische Revolution von 1917

Vom Kornilow-Putsch zur Oktoberrevolution

Nachfolgend drucken wir den zur Veröffentlichung redigierten ersten Teil eines Schulungsvortrags ab, den die Genossin Diana Coleman im Rahmen einer Schulungsreihe zu Leo Trotzki Die Geschichte der Russischen Revolution (1932) hielt, die im Januar 2006 als Schulung für junge Genossen der Spartacist League/ U.S. stattfand. Der Schulungsvortrag des Genossen T. Marlow, der den Zeitraum von der Februarrevolution bis zu den Julitagen behandelt, erschien in Spartakist Nr. 167 (Sommer 2007) und Nr. 168 (Herbst 2007).

Erster Teil

Das erste Kapitel von Trotzki *Die Lehren des Oktober* (1924) hat die Überschrift: „Die Oktoberrevolution muss studiert werden“, und die Anfangszeile lautet: „Wenn wir in der Oktoberrevolution Glück hatten, so hatte diese selbst in unserer Presse kein Glück.“ Nun, in diesen Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben wir ein noch größeres Problem, da unsere Kontrahenten auf der Linken, die die kapitalistische Konterrevolution bejubelten, praktisch jeglichem Anspruch auf das Erbe des Oktober abgeschworen haben, unsere Kontakte nie von der Russischen Revolution gehört haben und unsere eigenen jungen Mitglieder mitunter sagen: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution – doch ich weiß selbst nicht viel darüber.“ Zumindest letzteres können wir korrigieren. Genosse Marlow meinte, er habe den schlechten Teil abgekriegt, wo die Bolschewiki all diese Schwierigkeiten haben, und ich den guten, wo sie gewinnen. Zusätzlich zu Trotzki *Geschichte der Russischen Revolution* halte ich zweierlei für am meisten lesenswert: Lenins *Gesammelte Werke* Band 24, 25 und 26 sowie Alexander Rabinowitsch. Er ist ein anständiger Typ, der zu seiner eigenen Überraschung zu dem Schluss gelangte, dass die Bolschewiki wirklich in Wechselbeziehung zu den Massen standen und sich in lebendigen Diskussionen engagierten.

In *Die Lehren des Oktober* versuchte Trotzki, mit den politischen Gründen zu Rande zu kommen, die dem Scheitern der Deutschen Revolution von 1923 zugrunde lagen. Er verglich die deutschen Ereignisse mit dem russischen Oktober. Trotzki beschreibt ausführlich die Kämpfe, die Lenin nach dem Februar 1917 führte, um die Partei wiederzubezugen. Nur diese Kämpfe machten den Sieg im Oktober möglich. Bei der Schilderung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der bolschewistischen Partei sagt Trotzki:



Nowosti

Petrograd, 1917: Versammlung auf einem Bahnhof zur Unterstützung der Bildung von Abteilungen Roter Garden

„Die wichtigste Streitfrage, um die sich alle übrigen gruppierten, war folgende: Soll man um die Macht kämpfen oder nicht?“

Trotzki definierte die bolschewistische Tendenz als ihrem Wesen nach „eine solche Erziehung, eine solche Stählung, eine solche Organisation der proletarischen Vorhut ... durch die sie fähig wird, die Macht durch die Gewalt der Waffen zu erobern“, und die sozialdemokratische (menschewistische) Tendenz als „eine reformistisch-oppositionelle Betätigung im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und eine Anpassung an deren Gesetzlichkeit, d.h. als eine Erziehung der Massen im Geiste der Anerkennung der Unerschütterlichkeit des bürgerlichen Staates“. Der Kampf zwischen diesen Tendenzen macht sich am stärksten am Vorabend einer Revolution bemerkbar. Trotzki wies außerdem darauf hin, dass zwischen der Frage der Macht und der Frage des Krieges eine enge Beziehung besteht.

Dies sind also die Fragen, die ich für diese Schulung im Auge behielt: die Machtergreifung, der interimperialistische Krieg und natürlich die Partei, die Partei und nochmals die Partei. Miljukow, der führende Repräsentant der russischen Bourgeoisie, soweit sie vorhanden war, erkannte die Rolle der Bolschewiki als Partei an, als er sagte: „Sie wußten, wohin sie gingen, und sie gingen die einmal eingeschlagene Richtung, auf ein Ziel los, das mit jedem neuen mißlungenen Experiment der Versöhnler immer näher rückte“ (zitiert in Trotzki *Geschichte*). Ja, aber es bedurfte äußerer und innerer Kämpfe, denn, wie Trotzki sagt, die Partei ist ein lebender

Organismus, der sich in Widersprüchen entwickelt. Tatsächlich glaube ich, dass Trotzki's *Geschichte der Russischen Revolution* sehr hilfreich ist für das Verständnis von dialektischem Materialismus und von Widersprüchen.

Die Bolschewiki und der Weltkrieg

Was den interimperialistischen Krieg anbelangt, so war die bolschewistische Haltung des revolutionären Defätismus absolut entscheidend, um die Oktoberrevolution zustande zu bringen. Von entscheidender Bedeutung waren die politischen Kämpfe, die Lenin vom 4. August 1914 an austrug, als deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für die Kriegskredite stimmten, bis zu seinem Kampf gegen die zentristischen Elemente unter der Führung des deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky, die an den internationalen Antikriegskonferenzen in Zimmerwald und Kienthal teilnahmen. Lenin pochte immer wieder auf den imperialistischen Charakter des Krieges und die revolutionären Aufgaben, die sich daraus ergaben: d.h. den imperialistischen Krieg in einen revolutionären Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie und für den Sozialismus zu verwandeln.

Ein anderer entscheidender Punkt war, dass die größte Gefahr für das Proletariat und für die Aussichten der Revolution die Zentristen darstellten, mit all ihren Phrasen von „Kampagnen zu Gunsten des Friedens“ und „Frieden ohne Annexionen“ und, wie Lenin sagte, ihrem wirklichen Programm: „Frieden mit den Sozialchauvinisten“ (siehe „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“, 10. April 1917). Der Aufruf zu einem vollkommenen Bruch mit der Zweiten Internationale und für die Gründung einer Dritten Internationale war somit der umstrittenste Aspekt von Lenins Programm.

Seit Lenins Rückkehr nach Petrograd im April 1917 bekräftigten die Bolschewiki ihren unversöhnlichen Widerstand gegen den imperialistischen Krieg, der jetzt von der neuen „demokratischen“ kapitalistischen Regierung in Russland geführt wurde. Lenin prangerte die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ als „de[n] schlimmste[n] Feind der weiteren Entwicklung und des Erfolgs der russischen Revolution“ an. Gewiss versuchten die Bolschewiki, eine Brücke zu den auf Verteidigung ausgerichteten Stimmungen der Massen zu finden. Lenin arbeitete hart daran, die bolschewistische Position den arbeitenden Massen (er nannte sie „ehrliche“ Landesverteidiger) geduldig zu erklären, die in Wirklichkeit nichts vom imperialistischen Krieg zu gewinnen hatten, und stellte sie der Bourgeoisie, den Intellektuellen und Sozialpatrioten gegenüber, die ganz genau wussten, dass man unmöglich auf Annexionen verzichten kann, ohne auf die Herrschaft des Kapitals zu verzichten.

Doch es ging dabei um eine wichtigere Frage: die Doppelherrschaft. Die arbeitenden Massen hatten den Zar gestürzt und die Sowjets geschaffen: die Anfänge von Organen proletarischer Staatsmacht. Das Proletariat hatte also eine Errungenschaft in der Hand, die zu verteidigen sich lohnte. In Russland gab es eine Doppelherrschaft und ein Klassenkrieg wütete; die Bolschewiki mussten eine

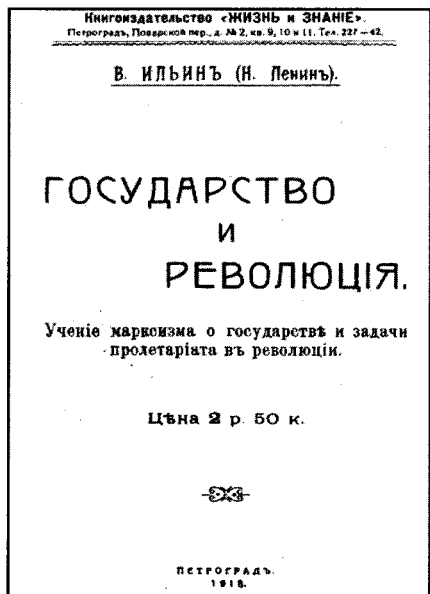
taktische Herangehensweise haben, die die sehr reale Möglichkeit der Ergreifung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse berücksichtigte.

Nach den Julitagen

Ich werde weitermachen, wo Genosse Marlow aufgehört hat. Die Periode, die auf die Julitage folgte, nannte Trotzki den „Monat der großen Verleumdung“. Lenin und Sinowjew gingen in den Untergrund; Trotzki, Lunatscharski, Kamenjew, Raskolnikow (ein bolschewistischer Matrosenführer und Autor von *Kronstadt and Petrograd in 1917*) und viele andere wurden eingekerkert. In *The Bolsheviks Come to Power* [Die Bolschewiki kommen an die Macht] (1976) zitiert Alexander Rabinowitsch einen linken Menschewiken, der die Straßen Petrograds am 5. Juli als „eine konterrevolutionäre Orgie“ beschrieb und sagte, dass es einer der traurigsten Tage seines Lebens gewesen sei (ein sehr menschewistischer Kommentar). Dennoch waren die menschewistischen und sozialrevolutionären (SR) Sowjetführer die Hauptverantwortlichen der antibolschewistischen Repression. Die Bolschewiki wurden auch für den Zusammenbruch der Militäroffensive verantwortlich gemacht, ein lächerlicher Vorwurf.

Der allgegenwärtige Suchanow, ein linker Menschewik, den Trotzki in seiner *Geschichte* oft zitiert, konnte nicht verstehen, weshalb sich Lenin nicht zur Verfügung stellte für eine Regierungsuntersuchung über die Frage, wer für die Juliunruhen verantwortlich war. Es gab auch in der bolschewistischen Partei einige Stimmung dafür; doch das Schicksal von Luxemburg und Liebknecht, die während des von der sozialdemokratischen Regierung entfachten konterrevolutionären Terrors in Berlin 1919 ermordet worden waren, macht im Nachhinein klar, worüber sich Lenin eigentlich Sorgen machte. Doch die Repression währte und nach den Julitagen war oberflächlich und vorübergehend. In *The Bolsheviks Come to Power* hat Rabinowitsch ein Kapitel mit der Überschrift „The Ineffectiveness of Repression“ [Die Wirkungslosigkeit der Repression]. Er schreibt: „Trotz Krenskis feuriger kompromissloser Rhetorik wurde fast keine der damals vom Kabinett beschlossenen größeren Repressionsmaßnahmen voll umgesetzt oder hat ihr Ziel vollständig erreicht.“

Die Entwaffnung der Arbeiter und der den Bolschewiki gegenüber loyalen Einheiten der Petrograder Garnison war nicht sehr erfolgreich. Einiges Armeepersonal wurde an die Front versetzt, doch entgegen dem Plan wurden die Einheiten nicht aufgelöst. Zwar waren viele bolschewistische



Oben: Gefälschte Papiere, die Lenin benutzte, um nach den Julitagen einer Verhaftung zu entgehen. Im Untergrund schrieb Lenin *Staat und Revolution*, erstmals veröffentlicht 1918 (links)



Fotos: VAAP

**Oben: Konterrevolutionärer General Kornilow.
Links: Kornilows Truppen werden entwaffnet**

Führer verhaftet worden, aber viele wurden während der Kornilow-Tage freigelassen, und keiner wurde je vor Gericht gestellt, da die Revolution dazwischenkam. Jedenfalls gab es in Petrograd immer noch 32000 Bolschewiki auf freiem Fuß. Raskolnikow sagt:

„Die Ereignisse vom 3. bis 5. Juli und die Kampagne ungezügelter Repression, die auf sie folgte, entlarvten die konterrevolutionäre und antidemokratische Haltung der bürgerlichen Regierung Kerenskis vollkommen. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, verfangen in den Netzen der Koalition, schadenen ihrem Ansehen schließlich unwiderruflich.

Doch unsere verfolgte Partei, umgeben vom Strahlenglanz des Märtyrertums, ging aus diesen Verfolgungen sogar gestählter als je hervor, und mit einer beispiellosen Zunahme an Einfluss und Unterstützerzahl.“ (*Kronstadt und Petrograd in 1917, 1925*)

In seiner *Geschichte* bemerkt Trotzki, dass im Oktober viele örtliche bolschewistische Führer sich die von ihnen geführten Arbeiter anschauten, sich daran erinnerten, wie diese sich im Juli gehalten hatten, und ihnen dementsprechend die Aufgaben zuwiesen. Lenins Aprilthesen gaben der Partei eine korrekte, prinzipientreue Orientierung, und die Julitage und ihre Nachwehen stählten die Partei, doch keines von beiden bereinigte die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteiführern, die ihren schärfsten Ausdruck in dem entscheidenden Moment der Revolution – den Oktobertagen – erreichten:

Kornilows Putschversuch

Die Kornilow-Ereignisse markierten eine abrupte Änderung der Lage zugunsten der Bolschewiki und der Arbeiterklasse. Kornilow: der Mann mit dem Herzen eines Löwen und dem Verstand eines Schafs. Kornilow war ein Monarchist vom (pogromistischen) Schlage der „Schwarzhunderter“. Eisensteins Film *Oktober*, der trotz seiner Trotzki-feindlichen Verleumdungen gut ist, zeigt, wie die zuvor umgestürzte Zarenstatue während des Kornilowaufstandes wiederholt an ihren Platz zurückspringt: ein ziemlich treffendes Bild. Kornilow war Monarchist, aber Miljukow, der Inbegriff der liberalen Bourgeoisie, wollte ebenfalls eine Art von Monarchie. Eine Sache, die mich an Trotzki's *Geschichte* interessierte, waren die beiden aufeinander folgenden Kapitel „Kerenskis Verschwörung“ und „Kornilows Aufstand“. Ich glaube, als ich das Buch zum ersten Mal las, verstand ich nicht, wie sehr sich Kerenski mit Kornilow verschworen

hatte. Es war klar: Wenn die Bolschewiki nicht die Arbeiter mobilisiert hätten, hätte Kerenski einfach nur wie gelähmt dagesessen, als Petrograd im Zuge des Putschversuchs überfallen wurde, von dem Kerenski ursprünglich glaubte, dass er ihn zum Diktator machen würde. Die Bolschewiki und die Arbeiter wären massakriert worden.

Trotzki erzählt, wie während der Kornilow-Ereignisse Matrosen der revolutionären Kronstädter Garnison fragten: „Ist es nicht Zeit, die Regierung zu verhaften?“ Trotzki's Antwort war: „Nein, es ist noch nicht Zeit, legt das Gewehr auf Kerenskis Schulter und schießt auf Kornilow. Danach werden wir unsere Rechnung mit Kerenski machen.“ Die Tatsache, dass die Kronstädter Matrosen jetzt aufmerksamer auf die Bolschewiki hörten als in den Julitagen, zeigte das reife Verständnis der Arbeiter und Soldaten. Trotzki drückte das Gleiche auf andere Art aus, als er sagte, dass Kerenski und Kornilow „zwei Varianten der gleichen Gefahr... die schleichende und die akute“ seien, und man müsse „vor allem die akute Gefahr abwenden, um später mit der schleichenden fertigzuwerden“.

Trotzki macht einige Bemerkungen, die zum Nachdenken anregen, wenn er über Aspekte des Bonapartismus in der Russischen Revolution spricht. Er sagt, dass Kerenski nicht der Repräsentant der Sowjets in der Regierung war, wie der SR-Führer Tschernow oder der Menschewik Zeretelli, sondern das lebendige Bindeglied zwischen Bourgeoisie und Demokratie; die „personelle Verkörperung der Koalition selbst“. Kornilow war eine andere Art von Bonapartist.

Indessen stritt Lenin gegen die rechtsgerichtete Abweichung in der bolschewistischen Partei, die sich durch eine Annäherung an die Sowjetmehrheit aus Menschewiki und SR und zum Teil an die „Vaterlandsverteidigung“ manifestierte. Lenin sagte: „Die Kerenskieregierung dürfen wir *selbst jetzt* nicht unterstützen. Das wäre Prinzipienlosigkeit. Man wird fragen: Sollen wir etwa nicht gegen Kornilow kämpfen? Natürlich sollen wir das! Aber das ist nicht dasselbe; da gibt es eine Grenze, sie wird von manchen Bolschewiki überschritten, die in ‚Verständigungspolitik‘ verfallen“ (Brief an das Zentralkomitee der SDAPR, 30. August 1917).

Hier sehen wir also militärische Verteidigung, aber nicht politische Unterstützung der Provisorischen Regierung. Im selben Brief erklärte Lenin, wie dies effektiv als Einheitsfront zu gebrauchen war: „Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow *ebenso wie die Truppen* Kerenskis, aber wir unterstützen Kerenski nicht, *sondern* entlarven seine Schwäche.“ Lenin fährt fort: „Es wäre falsch anzunehmen,

daß wir uns von der Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat *entfernt* haben. Nein. Wir sind dieser Aufgabe ganz erheblich näher gekommen, aber *nicht direkt*, sondern von der Seite her.“ Lenin verlor die proletarische Machtergreifung zu keiner Zeit aus den Augen.

Bis zum 30. August löste sich der Kornilowaufstand auf: Die Eisenbahnarbeiter transportierten ihn nicht, seine Truppen wurden von bolschewistischen Agitatoren überzeugt, Arbeiter rissen die Bahngleise heraus usw. In dieser ganzen Periode sagten all diese Rechten: „Wenn ich nur ein gutes Regiment hätte!“ Nur hatten sie nie eines. Die Bolschewiki profitierten von diesen Ereignissen außerordentlich. In seinen Memoiren von 1922 sprach Suchanow freimütig über die Rolle der Bolschewiki in dem vom Sowjet eingerichteten „Komitee zum Kampf gegen die Konterrevolution“, zu dem Sozialrevolutionäre, Menschewiki sowie Bolschewiki gehörten:

„Damals besaßen sie [die Bolschewiki] die einzige Organisation, die groß, durch elementare Disziplin zusammengeschweißt und mit der demokratischen Basis der Hauptstadt verbunden war. *Ohne* sie war das Militärische Revolutionskomitee machtlos; ohne sie hätte es die Zeit nur mit notdürftigen Proklamationen und kraftlosen Erklärungen von Rednern verbringen können, die schon lange alle Autorität verloren hatten. Mit den Bolschewiki jedoch stand dem Militärischen Revolutionskomitee die ganze Macht jeglicher organisierten Kraft der Arbeiter und Soldaten zu Gebote.“ (N.N. Suchanow, *The Russian Revolution 1917*, 1955)

Das stimmt: Wenn man rechte Reaktion bekämpfen will, braucht man Bolschewiki!

Kornilows Niederlage und der Aufstieg des Bolschewismus

Alexander Rabinowitsch sagt etwas verblüfft über Kerenski:

„Man hätte erwartet, dass sich der Premierminister an diesem Punkt, nachdem er von Seiten der Rechten eine so üble Niederlage hatte einstecken müssen und die enorme Macht der Linken erfahren hatte, mit aller Kraft darum bemühen würde, sich die Unterstützung letzterer zu sichern. Doch mehr denn je besessen von der Furcht vor der extremen Linken und immer noch darauf bedacht, irgendwie die Kriegsanstrengungen zu verstärken, benahm sich Kerenski jetzt, als hätte die Kornilow-Affäre nicht stattgefunden... Kerenski begann Pläne zur Bildung einer autoritären, auf Recht und Ordnung orientierten Regierung vorzulegen – ein Koalitionskabinet aus Rechten, Sozialisten und Liberalen, in dem der Einfluss der Kadetten stärker sein würde denn je.“ (*The Bolsheviks Come to Power*)

Rabinowitsch denkt, Kerenski war dumm, doch was hatte Kerenski für eine Wahl? Lenin drückte es klar aus, als er sagte: „Kerenski ist ein *Kornilowmann*, der sich *zufällig* mit Kornilow überworfen hat und nach wie vor im intimsten Bündnis mit anderen Kornilowleuten steht“ („Helden der Fälschung und Fehler der Bolschewiki“, September 1917). Auf jeden Fall hatten mittlerweile die Massen nicht nur genug von Kornilow, den Kadetten und Kerenski, auch Koalitionsungelei im Allgemeinen war diskreditiert.

Alles bewegte sich nach links, und die Lage des Landes verschlechterte sich von Minute zu Minute: Hungersnot drohte, die Kapitalisten sabotierten vorsätzlich die Industrie, die Soldaten hungerten, Riga war geradezu mit Absicht an den deutschen Imperialismus ausgeliefert worden und Petrograd war bedroht. Selbst die Kompromissler von den Menschewiki und SR sagten, dass eine Koalition mit den Kadetten nicht länger denkbar sei. Natürlich hatten sich die



Dietz Verlag Berlin

Bauern demonstrieren in Sibirien, 1917. Transparente fordern, den Frauen den Weg zu öffnen, feiern die demokratische Republik und fordern Beschlagnahme von Kirchenland für die Nutzung durch hungernde Bauern

Kadetten in keiner Weise geändert, also weshalb war sie vorher denkbar gewesen?

Lenin hatte die Losung „Alle Macht den Sowjets“ nach den Julitagen zurückgezogen, als Bolschewiki verfolgt und verhaftet wurden, nicht zuletzt durch die Sowjetmehrheit aus Menschewiki und SR. Jetzt begann er zu glauben, es sei notwendig, sich statt auf die Sowjets auf die Fabrikkomitees als die Organe der Arbeitermacht zu orientieren. Aber zwischen dem 1. und 3. September schrieb er „Über Kompromisse“. Er sah die Sowjets durch den Kampf gegen Kornilow wiederbelebt, und die Kompromissler der Menschewiki und SR sprachen zumindest über „keine Koalition“, und so bot er ihnen diesen Kompromiss an:

„Ein Kompromiß ist unsererseits die Rückkehr zu der Forderung, die wir bis zum Juli stellten: Alle Macht den Sowjets, eine den Sowjets verantwortliche Regierung aus Sozialrevolutionären und Menschewiki.

Jetzt und nur jetzt, vielleicht *nur während weniger Tage* oder nur ein, zwei Wochen lang, könnte sich eine solche Regierung vollkommen friedlich bilden und festigen...

Der Kompromiß bestünde darin, daß die Bolschewiki, ohne Anspruch auf Beteiligung an der Regierung zu erheben (was für einen Internationalisten ohne tatsächliche Verwirklichung der Voraussetzungen zur Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft unmöglich ist), darauf verzichten würden, unverzüglich den Übergang der Macht an das Proletariat und die armen Bauern zu fordern, daß sie darauf verzichten würden, diese Forderung mit revolutionären Methoden des Kampfes durchzusetzen.“

Stattdessen würden die Bolschewiki, wenn es Neuwahlen zu den Sowjets und volle Freiheit der Propaganda gäbe, friedlich für ihre Ideen kämpfen. Nicht überraschend machten die Kompromissler der Menschewiki und SR klar, dass sie dafür nicht zu haben waren, was für manche Bolschewiki und viele Arbeiter eine wichtige Lehre war. Die Losung „Alle Macht den Sowjets“ wurde wieder beiseitegelegt, aber in den nächsten Tagen gewannen die Bolschewiki eine Mehrheit im Petrograder Sowjet und in der Folge auch in einer Reihe anderer Sowjets. Die Losung nahm damit eine neue Bedeutung an: Alle Macht den bolschewistischen Sowjets. Jetzt repräsentierten die Sowjets also wirklich die Interessen

der Arbeiterklasse, und das Proletariat wurde nicht nur eine Klasse an sich, sondern eine Klasse für sich. In dieser Situation hatte die Losung endgültig aufgehört, eine Losung für friedliche Entwicklung zu sein. Die Partei wurde auf den Weg des bewaffneten Aufstandes gestoßen, mit Hilfe der Sowjets und im Namen der Sowjets.

Lenins Kämpfe mit dem Zentralkomitee

Die Machtergreifung stand ohne Frage auf der Tagesordnung – oder besser gesagt, sie *hätte* auf der Tagesordnung stehen *sollen*. Von Mitte September an begann Lenin darauf zu dringen: Die Bolschewiki sollten in die Gänge kommen und es tun! In „Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen“, geschrieben zwischen dem 12. und 14. September, sagte Lenin: „Es geht darum, der Partei die *Aufgabe* klarzumachen: Auf die Tagesordnung ist der *bewaffnete Aufstand* in Petrograd und Moskau (samt Gebiet), die Eroberung der Macht, der Sturz der Regierung zu setzen. Man muß überlegen, *wie* man hierfür agitieren kann, ohne sich in der Presse in dieser Form auszudrücken.“

Lasst mich noch ein paar andere Themen anreißen, bevor ich mich der politischen Debatte über die Machtergreifung zuwende. Die Aprilthesen riefen zu einem Bruch mit den Zentristen von Zimmerwald und zur Gründung einer Dritten Internationale auf. Dies wurde auf der Parteikonferenz der Bolschewiki vom April nicht angenommen, wo Lenin als einziger gegen die Teilnahme an einer geplanten Zimmerwalder Antikriegskonferenz im Mai stimmte. In „Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution“ schrieb er: „Bei uns weiß man noch nicht, daß die Zimmerwalder Mehrheit *gerade aus Kautskyanern* besteht.“ Lenin fuhr fort: „Der Zimmerwalder Sumpf darf nicht länger geduldet werden. Es geht nicht an, der Zimmerwalder ‚Kautskyaner‘ wegen die halbe Verbindung mit der chauvinistischen Internationale der Plechanow und Scheidemänner länger aufrechtzuerhalten.“

Im Mai fasste das bolschewistische Zentralkomitee einen Beschluss, die Zimmerwalder Konferenz zu verlassen, sollten die Zimmerwalder zu einer Diskussion mit den Sozialpatrioten der Zweiten Internationale aufrufen. Dieser Kampf ging weiter: Im August kritisierte Lenin Kamenjew, weil er sich öffentlich für die Teilnahme an einer vorgeschlagenen Stockholmer Antikriegskonferenz ausgesprochen hatte, die eine üble Mischung russischer Kompromissler, Kautsky-Anhänger und unverhohlener Sozialpatrioten darstellte. Dies zeigte, dass alles richtig war, was Lenin darüber sagte, weshalb sie die Zimmerwalder Konferenz verlassen sollten. Trotzki sagte, der Weg nach Stockholm sei der Weg zur Zweiten Internationale. Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass

Lenin selbst in der Hitze des Kampfes nicht einen Moment die Aufgabe der Schaffung einer neuen Kommunistischen Internationale vergaß. Erst nach der Oktoberrevolution wurde die Dritte Internationale gegründet.

Lasst mich etwas über die Demokratische Beratung sagen, die vom 14.–22. September stattfand, und über das Vorparlament, das am 7. Oktober folgte. Ich möchte nicht alle Details der Demokratischen Beratung behandeln, da es ein bisschen langweilig ist. Dies war eine durch und durch manipulierte Konferenz, bei der die Menschewiki und Sozialrevolutionäre darauf achteten, dass konservative und offen bürgerliche Kräfte überwogen. Vermittels der Demokratischen Beratung und des Vorparlaments sollte die politische Aufmerksamkeit der Massen von den Sowjets, als „zeitweiligen“ und absterbenden Institutionen, auf die Konstituierende Versammlung und eine bürgerliche Republik abgelenkt werden. Lenin befand sich noch im Untergrund und tobte wegen der Weigerung des bolschewistischen Zentralkomitees, mit dem Aufstand zu beginnen. In seiner Freizeit schrieb er *Staat und Revolution* – Kamenjew musste versprechen, es fertig zu stellen und zu veröffentlichen, sollte Lenin ermordet werden.

Gerade als die Demokratische Beratung schloss, schrieb Lenin einen Artikel für die bolschewistische Zeitung, in dem er sie als „niederträchtige [...] Fälschung“ und „Stall“ bezeichnete und mit der Duma (russisches Parlament unter dem Zar) verglich. Der zweite Teil von Lenins Artikel widmete sich den Fehlern der Bolschewiki und wandte ein, dass die Bolschewiki die Konferenz unter Protest hätten verlassen sollen, sobald deren Charakter klar geworden war. Auf kameradschaftliche, aber doch direkte Art nimmt sich der Artikel besonders Kamenjew und Sinowjew vor, ihren Enthusiasmus für die Konferenz und ihre schwachen Reden. Lenin erklärte, dass 99 Prozent der bolschewistischen Delegation die Demokratische Beratung hätten verlassen und zu den Fabriken und Kasernen gehen sollen, um mit den Massen die Lehren dieser lächerlichen Konferenz und die Niedertracht der menschewistischen und sozialrevolutionären Kompromissler zu diskutieren. Es ist aufschlussreich, dass dieser Artikel, obwohl Lenin ihn in der bolschewistischen Zeitung unter der Überschrift „Helden der Fälschung und Fehler der Bolschewiki“ veröffentlicht haben wollte, von der Redaktion zensiert wurde, so dass er nur „Helden der Fälschung“ hieß, und dass jegliche direkte Kritik an den Bolschewiki herausgestrichen wurde. Wir können annehmen, dass Lenin wütend und besorgt war.

Innerhalb weniger Tage hatte Lenin den Schluss gezogen, dass die Bolschewiki nie an der Demokratischen Beratung hätten teilnehmen dürfen, und argumentierte, wie auch Trotzki, mit heftigen Worten für einen Boykott des bevorstehenden Vorparlaments. Sie waren nicht unmittelbar erfolgreich. Die Mehrheit der großen Fraktion, die an der Demokratischen Beratung teilgenommen hatte, war für eine Teilnahme am Vorparlament – man muss diese parlamentarischen Fraktionen im Auge behalten, daran pfliegen mich Genossen zu erinnern, als ich bei einer Wahl kandidierte. Lenin verlangte zu wissen: Wer war denn überhaupt die Parlamentsfraktion, dass sie diese Fragen entscheiden konnte? Er befand sich, trotz der relativ begrenzten Tragweite der Frage, auf dem Kriegspfad, denn es war ein weiterer Versuch der rechten Führer in der Partei, diese auf den Weg der „Vollendung der demokratischen Revolution“ zu führen. In Wirklichkeit ließ die Auseinandersetzung die Meinungsverschiedenheiten vom April wiederaufleben und löste die Meinungsverschiedenheiten vom Oktober aus. Tatsächlich gingen, wie Genosse George Foster hervorgehoben hat, die Differenzen mit Kamenjew und Sinowjew zurück auf das Jahr 1912.

[WIRD FORTGESETZT]



DEUTSCHE AUSGABE
FRÜHJAHR 2006
€ 1,50

SPARTACIST

Russische Archive: Anarchistische Lügen abermals widerlegt

Kronstadt 1921:
Bolschewismus gegen Konterrevolution

SEITE 5

Empire, Multitude
und „Tod des Kommunismus“

Senile Ergüsse
des Postmarxismus

SEITE 23

Frauen und Revolution

Russische Revolution
und Emanzipation der Frauen

SEITE 64

Briefwechsel mit Revolutionary History 2
Für eine Leninistische Partei in Griechenland!
Für eine Sozialistische Föderation des Balkans
Gründung der Trotzkistischen Gruppe Griechenlands 3
Elizabeth King Robertson, 1951-2005 4

Theoretische und
dokumentarische
Quellensammlung
der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 25, Frühjahr 2006
€ 1,50
(im Abo des *Spartakist*
enthalten)

Zu beziehen über
die Verlagsanschrift

80 Jahre nach Justizmord

Lehren des Kampfes für die Freiheit von Sacco und Vanzetti



Boston Public Library



Labor Defender

Links: Bartolomeo Vanzetti und Nicola Sacco. Rechts: ILD führte 20000 Arbeiter auf Kundgebung im April 1927 auf New Yorks Union Square mit der Forderung nach Freiheit für Sacco und Vanzetti

Folgender Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 897, 31. August 2007.

Der 23. August war der Jahrestag der Hinrichtung der anarchistischen Arbeiter Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti 1927 in Massachusetts. Die beiden wurden im Mai

Erster Teil

1920, auf dem Höhepunkt der immigrantenfeindlichen Kommunistenhysterie im Gefolge der Russischen Revolution von 1917 verhaftet und im Jahr darauf aufgrund abgekarteter Anklagen wegen Mordes und Raubes verurteilt. Sacco, Facharbeiter in einer Schuhfabrik, und Vanzetti, der seinen Lebensunterhalt als Fischverkäufer verdiente, wurden herausgegriffen, weil sie italienische Einwanderer waren und ihr Leben dem Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse verschrieben hatten.

Durch ihre Hinrichtung gelangten Sacco und Vanzetti auf die lange Liste von Kämpfern der Arbeiterklasse, die von den „demokratischen“ Herrschern des amerikanischen Kapitalismus der barbarischen Todesstrafe unterworfen oder im Gefängnis begraben wurden: die Haymarket-Märtyrer, im Jahr 1887 hingerichtete Gewerkschaftsorganisatoren und Anarchisten; Joe Hill, ein aufgrund einer abgekarteten Mordan-

klage verurteilter und 1915 von einem Exekutionskommando in Utah hingerichteter Aktivist der Industrial Workers of the World (IWW); Tom Mooney und Warren Billings, ebenfalls auf Grund abgekarteter Mordanklagen verurteilt wegen einer Bombenexplosion auf einer „Preparedness“-Kundgebung 1916 in San Francisco, die für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, einen interimperialistischen Krieg, die Werbetrommel rührte. (Mooney und Billings wurden 1939 aus dem Gefängnis entlassen.) Bis zu ihrem letzten Atemzug blieben Sacco und Vanzetti ungebrochen. Als ihn die Wärter auf dem elektrischen Stuhl festschnallten, rief Sacco aus: „Viva l’anarchia“. Augenblicke später wandte sich Vanzetti an den Aufseher und erklärte: „Ich bin aller Verbrechen unschuldig, nicht nur dieses, sondern aller, wirklich aller. Ich bin ein unschuldiger Mann.“ Er wurde Minuten darauf auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet.

Die Geschichte von Sacco und Vanzetti ist auch die des militanten Kampfes um ihr Leben und ihre Freiheit, geführt von der mit der frühen Communist Party (CP) verbundenen International Labor Defense (ILD). Als US-Tochterorganisation der von der Kommunistischen Internationale gegründeten Internationalen Roten Hilfe (IRH) leistete die ILD Pionierarbeit klassenkämpferischer Verteidigung durch Mobilisierung der Arbeiter für Sacco und Vanzetti überall in den USA, zusammen mit den internationalen Anstrengungen der IRH.

Freiheit für Mumia und alle Opfer der Klassenjustiz!

Nach den Hinrichtungen zog der ILD-Sekretär James P. Cannon, ein Führer der frühen CP und später des amerikanischen Trotzkismus, die Lehren aus diesem Kampf in einem Artikel im *Labor Defender* (Oktober 1927), der Zeitung der ILD, unter dem Titel „A Living Monument to Sacco and Vanzetti“ [Ein lebendiges Monument für Sacco und Vanzetti]. Cannon schrieb: „Mit diesem Akt eines hinterlistigen Mordes zeigt die herrschende Klasse Amerikas der Welt ihr wahres Gesicht. Die Maske der ‚Demokratie‘ ist abgeworfen.“ Cannon appellierte an die Arbeitersolidarität und betonte, dass sich die ILD „bemüht hat, den Kampf für sie [Sacco und Vanzetti] mit der allgemeinen Verteidigung der zahlreichen Gefangenen der Arbeiterbewegung, die heute in den Gefängnissen sitzen, und mit dem umfassenderen Kampf der werktätigen Massen zur Befreiung vom Joch des Kapitalismus zu verbinden“.

Das ist die Perspektive, auf die sich die Arbeit des Partisan Defense Committee [in Deutschland Komitee für soziale Verteidigung] ausrichtet – eine mit der Spartacist League/U.S. verbundene klassenkämpferische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung. Die Arbeit der ILD liefert Kämpfern der Arbeiterklasse, Linken und radikalen Jugendlichen wichtige Lehren für die Kämpfe von heute, insbesondere für den Kampf um das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal. Mumia, in seiner Jugend ein Sprecher der Black Panther Party, später ein preisgekrönter Journalist und Unterstützer der MOVE-Organisation, wurde aufgrund der falschen abgekarteten Anklage, am 9. Dezember 1981 den Polizeibeamten von Philadelphia Daniel Faulkner ermordet zu haben, zum Tode verurteilt, ausdrücklich aufgrund seiner politischen Ansichten. In Mumias Fall geht es um das rassistische und politische Komplott gegen einen Unschuldigen. Wie wir immer wieder betont haben, seit sich das PDC vor etwa 20 Jahren seines Falles annahm, ist der Weg zu seiner Freiheit, in den USA und international das Proletariat zu mobilisieren, dessen soziale Macht in seiner Masse, seiner Organisation und seiner Fähigkeit, die Produktion zum Stillstand zu bringen, liegt.

Die Ähnlichkeiten der Komplotte gegen Sacco und Vanzetti und gegen Mumia sind auffallend. Alle drei wurden für ihre politischen Ansichten und Aktivitäten bestraft. Sacco und Vanzetti gehörten zu den Anarchisten, die die US-Regierung zur Zielscheibe ihrer Repression ausersehen hatte; Mumia war im Fadenkreuz des FBI und der Bullen Philadelphias, seit er mit 15 Jahren Sprecher der Black Panthers war, und handelte sich auch ihren Hass ein wegen seiner späteren Verteidigung der MOVE-Organisation gegen brutale Polizeiangriffe. Beide Fälle waren gekennzeichnet von Manipulation der Geschworenen, Unterschlagung von Beweismaterial, Nötigung von Zeugen und gefälschten Ballistikgutachten, und bei den Prozessen hatten Richter den Vorsitz, die gegen die Angeklagten offen voreingenommen waren.

Im Jahre 1924 sagte Richter Webster Thayer, nachdem er einen Antrag auf einen neuen Prozess für Sacco und Vanzetti abgelehnt hatte, zu James Richardson, Professor am Dartmouth College: „Haben Sie gesehen, was ich neulich mit diesen anarchistischen Bastarden gemacht habe?“ (zitiert in Herbert Ehrmann, *The Case That Will Not Die* [Der nicht totzukriegende Fall], 1969). Während Mumias Prozess von 1982 hörte eine Gerichtsstenografin zufällig, wie sich Richter Albert Sabo brüstete: „Ich werde denen helfen, den N---r zu braten.“ In beiden Fällen legte letztendlich eine andere Person ein Geständnis ab und entlastete die Angeklagten von jeglicher Beteiligung, aber die Gerichte sahen die Geständnisse als gegenstandslos an. Und für Mumia wie auch für Sacco und Vanzetti mobilisierten weltweit Arbeiter und Unterdrückte, die in dem Kampf um deren Freiheit ihre eigenen Kämpfe sahen.

Von entscheidender Wichtigkeit ist, dass im Fall von

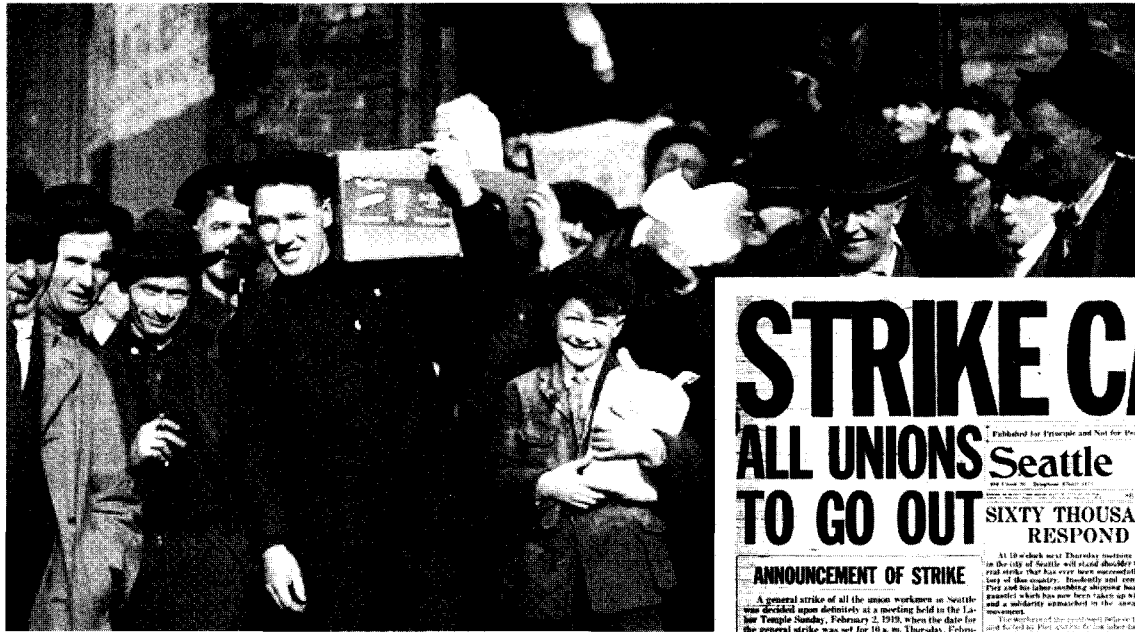
Sacco und Vanzetti – wie auch in Mumias Fall heute – die Politik der klassenkämpferischen Verteidigung entgegengesetzt war zu Illusionen in die „Fairness“ der kapitalistischen Justiz, die bürgerliche Liberale, Gewerkschaftsirreführer und reformistische Linke säten. Bis zum Tage von Saccos und Vanzettis Hinrichtung führte die ILD für sie einen unermüdlichen Kampf um Einheit in der Aktion auf Grundlage des Klassenkampfes. Die ILD unterstützte die Ausnutzung jeglicher rechtlicher Mittel, die Sacco und Vanzetti zu Gebote standen. Doch Cannon bestand darauf, dass der Kampf für Sacco und Vanzetti vor den „Obersten Gerichtshof der Massen“ gebracht werden müsse. Bei jeder neuen Wende des Kampfes vor Gericht – Anträge auf einen neuen Prozess, Berufung vor dem höchsten Gericht von Massachusetts, Gnadengesuche oder Berufungen vor dem Obersten US-Gerichtshof – kämpfte die ILD gegen diejenigen, die den Kampf dadurch unterminierten, dass sie Vertrauen in die Richter mit ihren schwarzen Roben oder in den Gouverneur von Massachusetts predigten, eine Politik, die mit Verleumdungen, Ausschlüssen und sogar physischen Angriffen gegen ILD und CP einherging.

Eine Sache des Proletariats

Zur Zeit der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti war ihr Fall von einem breiten Spektrum an Organisationen und prominenten Persönlichkeiten aufgegriffen worden: von Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen in den USA bis hin zu Parlamentsabgeordneten in Britannien und weltberühmten Schriftstellern und Künstlern. Albert Einstein unterschrieb ein Protestschreiben an US-Präsident Calvin Coolidge. Der Dramatiker George Bernard Shaw brandmarkte das Komplott, und die Pulitzerpreisgewinnerin Edna St. Vincent Millay machte den Fall in ihren Gedichten bekannt. Upton Sinclair, Autor von *Der Dschungel*, dem klassischen sozialkritischen Roman über die fleischverarbeitende Industrie, setzte sich für die Verteidigung ein, ebenso wie John Dos Passos 1927 in seiner Streitschrift *Facing the Chair* [Im Angesicht des elektrischen Stuhls]. Sacco und Vanzetti wurde später in Bildern von Ben Shahn, in Musik von Woodie Guthrie, Ennio Morricone und Joan Baez und in Theaterstücken und Filmen ein Denkmal gesetzt.

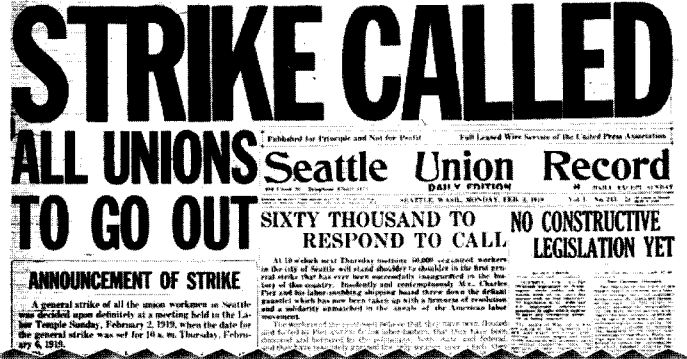
Ein Artikel des Harvard-Juraprofessors und späteren Richters am Obersten Gerichtshof Felix Frankfurter in der *Atlantic Monthly* (März 1927), der später zu dem Buch *The Case of Sacco and Vanzetti* [Der Fall von Sacco und Vanzetti] erweitert wurde, entlarvte die juristische Farce vor einem nationalen und internationalen Publikum. Frankfurters Buch wirbelte so viel Staub auf, dass der Präsident des Obersten Gerichtshofes der USA, der ehemalige Präsident William Howard Taft, es als „böartige Propaganda“ beschimpfte, und Frankfurters Telefon wurde angezapft.

Das breite Ausmaß der Unterstützung für Sacco und Vanzetti war bemerkenswert, es gab dabei auch liberale Persönlichkeiten wie Frankfurter, der in dem Komplott gegen die beiden einen Schandfleck für das Ansehen der amerikanischen Demokratie sah. Doch der Fall von Sacco und Vanzetti gehört dem internationalen Proletariat. Schon 1921 gab es Proteste in europäischen Hauptstädten wie London, Rom und Paris, ebenso in Casablanca, Marokko, Mexiko City, Caracas, Venezuela, und Montevideo, Uruguay. Arbeiter identifizierten sich rund um die Welt mit den beiden Kämpfern, dies wurde auf den Punkt gebracht vom Verband der Lastwagenfahrer des Hafens von Veracruz, Mexiko, die 1921 mit der Forderung protestierten: „Lasst Sacco und Vanzetti frei, oder die proletarische Welt wird euch die Eingeweide herausreißen!“ In den USA erhoben verschiedene Gewerkschaften und sogar die konservativen Führer der American Federation of Labor (AFL) zusammen mit der Socialist Party (SP), der IWW und anderen linken und



Museum of History and Industry, Seattle

Februar 1919:
Arbeiter sammeln
Lebensmittel zur
Vorbereitung auf
den fünfjährigen
Generalstreik von
Seattle



Bürgerrechtsgruppen ebenfalls ihre Stimme.

Die organisierte Verteidigung von Sacco und Vanzetti wurde von italienischen Anarchisten in Boston initiiert, und kurz darauf schlossen sich etliche Bürgerrechtler an. Doch es war das Eingreifen der Internationalen Roten Hilfe und der ILD in den USA, was für die proletarische Protestbewegung eine zentrale Rolle spielte. In einer Zeit, als Hinrichtungen gewöhnlich kurz nach Verurteilungen stattfanden, war es die Mobilisierung von Millionen, die Sacco und Vanzetti sechs Jahre lang am Leben hielt.

Die Kommunistische Internationale und die CP in den USA gaben im Herbst 1921 Aufrufe zu einer weltweiten Kampagne für Sacco und Vanzetti heraus. Die erste Ausgabe des *Labor Herald* (März 1922), einer Publikation der mit der CP verbundenen Trade Union Educational League, rief auf: „Arbeiter! Handelt sofort, um Sacco und Vanzetti zu retten!“ Der *Daily Worker* der CP berichtete über jede neue Wendung in dem Fall und schrieb regelmäßig über internationale Proteste. Auf der Titelseite des *Daily Worker* (27. Dezember 1924) forderte die CP dazu auf, dass sich „alle Organisationen von Arbeitern in Amerika [dem Protest] anschließen in einer Einheitsfront für Sacco und Vanzetti gegen ihre kapitalistischen Feinde und für ihre sofortige Freilassung“.

Der Fall von Sacco und Vanzetti war ein Hauptpunkt bei der Gründungskonferenz der ILD 1925. Die ILD erwuchs aus Diskussionen in Moskau zwischen James P. Cannon und dem Ex-„Wobbly“ Big Bill Haywood. Nichtsektiererische Arbeiterverteidigung war für die Workers (Communist) Party von Anfang an ein Thema der Propaganda, doch erst die ILD machte sie zur Realität. Cannon, selbst ehemaliges IWW-Mitglied, hatte in seinem Werdegang Erfahrungen mit Fällen der Arbeiterverteidigung gesammelt. Er erinnerte sich: „Ich stammte aus der alten Bewegung, und die eine Sache, die dort absolut unantastbar war, war die Einheit für die Opfer kapitalistischer Justiz“ (zitiert in Bryan Palmer, *James P. Cannon and the Origins of the American Revolutionary Left, 1890–1928* [James P. Cannon und die Ursprünge der amerikanischen revolutionären Linken], 2007). Im Bestreben, die Begrenztheit der Vorgehensweise der Arbeiterverteidigung in der Vergangenheit zu überwinden, wo jeder Fall zur Neueinrichtung eines Ad-hoc-Verteidigungskomitees führte, wollte Cannon eine auf Arbeiter gestützte Arbeiterverteidigungsorganisation für die gesamte Arbeiterbewegung aufbauen.

Wie Cannon in *The First Ten Years of American Commu-*

nism [Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus] (1962) schilderte, wurde die ILD speziell dafür gegründet, sich der Notlage eines „jeden Mitglieds der Arbeiterbewegung, ungeachtet seiner Einstellung, das wegen seiner Aktivitäten oder seiner Ansichten unter der Verfolgung durch die kapitalistischen Gerichte zu leiden hat“, anzunehmen. Die ILD verband die Tradition der IWW von klassenkämpferischer, nichtsektiererischer Verteidigung – zusammengefasst in der Wobbly-Losung „Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“ – mit dem Internationalismus der bolschewistischen Revolution. Nach ihrer Gründung machte die ILD 106 Klassenkriegsgefangene in den USA ausfindig und etablierte die Politik, sie und ihre Familien finanziell zu unterstützen. Innerhalb weniger als einem Jahr hatte die ILD Ortsgruppen in 146 Städten mit 20 000 Einzelmitgliedern, dazu 75 000 Mitglieder von Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen, die sich der ILD kollektiv angeschlossen hatten.

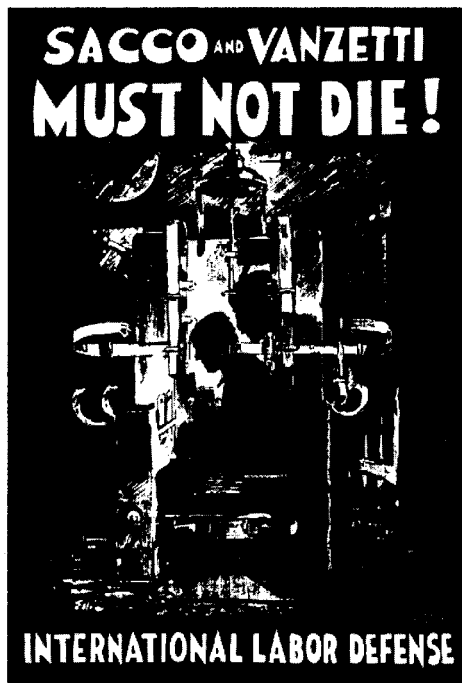
Die ILD machte Saccos und Vanzettis Kampf bekannt und organisierte Kundgebungen und politische Streiks, um ihre Freiheit zu fordern. Die ILD kämpfte dagegen, dass Kampfgeist und Klassensolidarität der Arbeiter von den Liberalen, Sozialdemokraten und AFL-Führern zersetzt wurden, die predigten, dass den kapitalistischen Gerichten Gerechtigkeit innewohne. Die ILD mobilisierte auf der Grundlage der Einheitsfront, ihr Ziel war, für die verschiedenen Organisationen, die Sacco und Vanzetti verteidigten, die größtmögliche Einheit im Kampf zu erreichen, gleichzeitig aber die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen CP/ILD und den anderen offen darzulegen. Die Losung „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ verkörpert die beiden Zielsetzungen der Einheitsfronttaktik: Klasseneinheit und der politische Kampf für ein kommunistisches Programm.

Die internationale Protestbewegung erweiterte das Lehrbuch der Klassenkampfverteidigung um ein Kapitel, das Geschichte machte. Die ILD initiierte am Maifeiertag 500 Versammlungen für Sacco und Vanzetti in Städten im ganzen Land und spielte eine Schlüsselrolle bei der Organisation von Arbeiterprotesten und Streiks, von einer Kundgebung mit 20 000 Teilnehmern auf New Yorks Union Square im April 1927 bis hin zu Protesten und Streiks am Vorabend der Hinrichtungen, an denen sich Hunderttausende beteiligten. Der ILD war klar: Um die Hinrichtungen zu stoppen und die Freiheit von Sacco und Vanzetti zu erlangen, konnte sie nur darauf bauen, eine so machtvolle Welle von Arbeiter-



Labor Defender

Links: James P. Cannon, Führer der International Labor Defense in den 20er-Jahren. Rechts: ILD-Plakat während der Klassenkampfkampagne für Sacco und Vanzetti



aktionen zu entfachen, dass die kapitalistischen Herrscher davon Abstand nehmen würden, ihre Pläne auszuführen.

Doch die antikommunistischen AFL-Führer sabotierten die Streikbewegung in entscheidenden Momenten, ermuntert von den Sozialdemokraten der SP und anderen. Zahllose Artikel und Bücher wurden seitdem geschrieben, um die CP und die ILD zu diffamieren – von denen, die in dem Fall einen „Justizirrtum“ zugeben, bis hin zu anderen, die absurderweise behaupten, dass entweder Sacco oder beide Männer schuldig waren. Repräsentativ für erstere ist das jüngst erschienene Buch *Sacco and Vanzetti: The Men, the Murders, and the Judgement of Mankind* [Sacco und Vanzetti: die Männer, die Morde und das Urteil der Menschheit] von Bruce Watson, das über Generationen weitergegebene antikommunistische Verleumdungen nachplappert, von der grotesken Behauptung, dass es der CP völlig egal gewesen sei, ob Sacco und Vanzetti leben oder sterben, bis hin zu der Lüge, die ILD habe das Geld, das sie für die Verteidigung sammelte, selbst eingesteckt.

Die Kommunistenhysterie

Sacco und Vanzetti wurden am 5. Mai 1920 verhaftet, inmitten einer bösartigen immigrentenfeindlichen, antikommunistischen Hysterie. Als der US-Imperialismus in den Ersten Weltkrieg eintrat, führte die Regierung eine Fülle von Repressionsmaßnahmen zur Kriminalisierung von Antikriegsaktivitäten durch. Der Espionage Act [Spionagegesetz] von 1917 sah Gefängnisstrafen für jegliche Handlung vor, die als Störung der Rekrutierung von Truppen angesehen wurde. Verfolgt von dem Gespenst der bolschewistischen Revolution von 1917 verabschiedete der Kongress im darauf folgenden Jahr den Sedition Act [Aufwiegelungsgesetz], das Kritik an der „amerikanischen Regierungsform“ zu einem Kapitalverbrechen machte.

Die Kommunistenhysterie kam im Jahre 1919 richtig in Fahrt. Dieses Jahr erlebte den Höhepunkt einer Welle des Arbeiterradikalismus, die Europa als Reaktion auf das Gemetzel des Ersten Weltkriegs und unter dem Einfluss der Russischen Revolution überflutete. In den USA wuchs die SP auf über 100 000 Mitglieder – vor allem im Ausland geborene Arbeiter –, von denen zwei Drittel den probolschewistischen linken Flügel unterstützten. Die USA wurden von der

bis dato größten Streikwelle heimgesucht, bei der 4 Millionen Arbeiter als Antwort auf die vom Krieg verursachte Inflation die Arbeit niederlegten. In Seattle legte im Februar 1919 ein Generalstreik die Stadt fünf Tage lang lahm, und im gleichen Jahr weigerten sich Hafentarbeiter, Munition zu verladen, die für Konterrevolutionäre bestimmt war, die den jungen Sowjetstaat zu stürzen versuchten.

Die US-Bourgeoisie entfachte eine Hysterie über eine Reihe von Bombenanschlägen, die Anarchisten zugeschrieben wurden. Nach einem versuchten Bombenanschlag auf sein Haus im Juni 1919 entfesselte der US-Generalstaatsanwalt A. Mitchell Palmer eine zusätzliche Repressionswelle und schimpfte, die scharfen Zungen der re-

volutionären Hitze „leckten an den Altären der Kirche, sprangen auf die Glockentürme der Schulglocken über, krochen in die heiligen Ecken der amerikanischen Häuser, trachteten danach, das Ehegölubde durch liederliche Regeln zu ersetzen, die Fundamente der Gesellschaft einzuzüschern“. Im November wurden die Palmer-Razzien mit der Verhaftung von mehr als 3000 im Ausland geborenen Radikalen eröffnet. Schließlich wurden mindestens 6000 deportiert. Als sich die kapitalistische Weltordnung stabilisierte, waren die 20er-Jahre in den Vereinigten Staaten, inzwischen die kapitalistische Hauptmacht auf der Welt, ein Jahrzehnt blindwütiger Reaktion: Weitere immigrentenfeindliche Gesetze wurden 1921 und 1924 verabschiedet; Antikartellgesetze wurden benutzt, um Streiks zu brechen; militante Arbeiter und Kommunisten wurden ins Gefängnis geworfen. Der Ku-Klux-Klan wuchs rasant und marschierte in einer Stärke von 40 000 durch Washington.

Sacco und Vanzetti wurden zu Symbolen für diejenigen, die im Netz der Repression gefangen waren. Beide waren 1908 in die Vereinigten Staaten gekommen. Innerhalb von fünf Jahren waren sie zu Anarchisten geworden und zu Abonnenten der italienischsprachigen anarchistischen Zeitung *Cronaca Sovversiva* (Subversive Chronik) von Luigi Galleani. Saccos Name erschien häufig in der Spalte der Zeitung, die organisatorische Aktivitäten ankündigte, insbesondere Geldsammlungen für politische Gefangene und eingekerkerte Streikende. Sacco half bei Spendensammlungen für Arbeiter und ihre verhafteten Führer während des Textilarbeiterstreiks von 1912 in Lawrence, Massachusetts. Im folgenden Jahr half er dabei, Streikpostenkette vor der Hopedale-Papierfabrik zu organisieren und war im Dezember 1916 einer von drei Anarchisten aus Massachusetts, die verhaftet wurden, weil sie ohne Erlaubnis eine Solidaritätsversammlung für streikende Stahlarbeiter in Minnesota abgehalten hatten. Ebenfalls 1916 sammelte Vanzetti Spenden zur Unterstützung von Streikenden in der riesigen Plymouth-Cordage-Fabrik, in der er zuvor gearbeitet hatte.

Sacco und Vanzetti trafen sich erstmals 1917 in Mexiko, wohin viele Galleanisten gegangen waren, um sich der Einberufung zu entziehen. Sacco kam nach ein paar Monaten in die USA zurück. Vanzetti kehrte später zurück, zu einer Zeit heftiger Repression gegen *Cronaca Sovversiva*, darunter

wiederholte Razzien in ihren Büroräumen und die Beschlagnahme der Zeitung, die von der Post boykottiert wurde. Im Februar 1918 überfielen FBI-Agenten das Büro der *Cronaca* in Lynn, Massachusetts, und beschlagnahmten 5000 Adressen von Abonnenten, darunter auch die von Sacco und Vanzetti. Achtzig Galleanisten wurden verhaftet und Galleani selbst wurde 1919 deportiert.

Das Komplott

Am 24. Dezember 1919 wurde versucht, einen Wagen mit Lohngeldern auszurauben, der sich der L.Q.-White-Schuhfabrik in Bridgewater, Massachusetts, näherte. Als Wachleute zurückschossen, flohen die beiden bewaffneten Räuber zu einem wartenden schwarzen Auto, das davonfuhr. Zeugen beschrieben die Bewaffneten als „Ausländer“. Einer, der eine Schrotflinte abgefeuert habe, soll einen dunklen Teint und einen schwarzen Schnurrbart gehabt haben. Am 5. April 1920 wurden zwei Angestellte der Schuhfabrik Slater & Morrill in South Braintree außerhalb Bostons von zwei Männern angegriffen, als sie die Lohngelder der Fabrik transportierten. Zahlmeister Frederick Parmenter und sein Assistent Alessandro Berardelli wurden erschossen, und die Banditen entkamen zusammen mit anderen in einem dunklen Wagen.

Drei Wochen später, am 5. Mai, wurden Sacco und Vanzetti in einer von Bridgewater-Polizeichief Michael Stewart gestellten Falle festgenommen, der beide Raubüberfälle Anarchisten anhängen wollte. Die beiden Anarchisten waren dabei, zusammen mit ihren Gefährten Ricardo Orciani und Mike Boda dessen Wagen aus einer Autowerkstatt in West Bridgewater abzuholen, wo er repariert wurde. Wie mit Polizeichief Stewart vorher ausgemacht, weigerte sich der Besitzer, den Wagen herauszugeben, und seine Frau rief die Bullen. Nachdem die Anarchisten die Werkstatt verlassen hatten, wurden Sacco und Vanzetti in einer Straßenbahn nach Boston verhaftet.

Ohne je davon informiert worden zu sein, dass sie eines Raubüberfalls verdächtigt wurden, waren Sacco und Vanzetti überzeugt, wegen ihrer politischen Aktivitäten verhaftet worden zu sein. In seiner Aussage vor Gericht beschrieb Vanzetti seine Vernehmung durch Stewart: „Er fragte mich, warum wir in Bridgewater waren, wie lange ich Sacco kenne, ob ich ein Radikaler sei, ob ich ein Anarchist oder Kommunist sei, und er fragte mich, ob ich an die Regierung der Vereinigten Staaten glaube.“

Der unmittelbare Hintergrund ihrer Verhaftung war der Tod des Anarchisten Andrea Salsedo zwei Tage zuvor, der aus dem 14. Stock des Büros des Justizministeriums in New York gestürzt war. Verhaftet im Februar, waren Salsedo und Roberto Elia in Isolationshaft gehalten worden. Ende April hatte die Grupo Autonomo, eine Zelle italienischer Anarchisten, Vanzetti nach New York geschickt, um Informationen über die beiden zu bekommen. Dort wurde ihm vom italienischen Verteidigungskomitee geraten, sich jeglicher radikaler Schriften zu entledigen, da weitere Razzien erwartet wurden. Aus diesem Grunde gingen sie am 5. Mai Bodas Wagen holen. Bei ihrer Verhaftung sagten sie den Bullen nichts von dem Zweck ihres Besuchs in der Autowerkstatt.

Vanzetti wurde zunächst aufgrund der abgekarteten Anklage des fehlgeschlagenen Raubüberfalls von Bridgewater vor Gericht gestellt; das war der Versuch des Staates, entweder ihm oder Sacco vor dem Prozess zu den Mordanklagen von Braintree ein Vorstrafenregister anzuhängen. Felix Frankfurter schilderte die Farce in *The Case of Sacco and Vanzetti* (1927):

„Der Beweis zur Identifizierung Vanzettis im Bridgewater-Fall grenzte an Albernheit und gipfelte in der Zeugenaussage eines kleinen Zeitungsjungen, der von dem Telegrafemast, hinter dem er während der Schießerei

Zuflucht gesucht hatte, einen flüchtigen Blick auf den Kriminellen geworfen hatte und ‚an der Art, wie er gelaufen sei, bemerkt habe, dass es ein Ausländer war‘. Vanzetti war ein Ausländer, also war es natürlich Vanzetti!“

Trotz der Aussagen von 18 Zeugen, dass er zu dieser Zeit in Plymouth gewesen sei und Aale verkauft habe, wurde Vanzetti wegen tätlichen Angriffs verurteilt. Vanzetti und Sacco wurden dann sofort wegen der Braintree-Morde angeklagt.

Der Mordprozess begann am 31. Mai 1921 in Dedham, Massachusetts, mit einem Bullenaufgebot mit Schrotflinten auf dem Treppenaufgang zum Gericht. Selbst ein FBI-Agent bemerkte, dass die „Stimmung in Dedham gegenüber Italienern ziemlich aufgeheizt ist und sich wahrscheinlich im Verlaufe des Prozesses weiter aufheizen wird“ (zitiert in William Young und David E. Kaiser, *Postmortem: New Evidence in the Case of Sacco and Vanzetti*, 1985 [Post mortem: neue Beweise im Fall Sacco und Vanzetti]). Fünf der Geschworenen wurden aus dem persönlichen Bekanntenkreis eines Hilfssheriffs ausgewählt. Der Sprecher der Jury Walter Ripley war ein ehemaliger Polizeichef, der zu Beginn einer jeden Gerichtssitzung demonstrativ aufstand und der Fahne salutierte. Als ein Freund vor dem Prozess zu Ripley sagte, er glaube nicht, dass Sacco und Vanzetti schuldig seien, blaffte Ripley zurück: „Zum Teufel mit ihnen, man soll sie trotzdem hängen!“

In seinen einleitenden Bemerkungen rief Richter Thayer die Geschworenen auf, den Dienst „im selben Geiste des Patriotismus, der Unerschrockenheit und der Pflichtergebenheit“ zu versehen, „wie er von unseren Soldatenjungen in Übersee an den Tag gelegt wurde“. Mit Thayers Unterstützung nahm der Staatsanwalt Frederick Katzmann Sacco ins Kreuzverhör und fragte ihn, ob seine Sammlung anarchistischer und sozialistischer Schriften „im Interesse der Vereinigten Staaten sei“. Um die Geschworenen in Rage zu versetzen, stellte Katzmann wiederholt Fragen im Zusammenhang mit Saccos und Vanzettis Flucht nach Mexiko vor der Einberufung, und in seiner Unterweisung der Geschworenen bezeichnete Richter Thayer sie wiederholt als „Drückeberger“.

Wie bei Mumias abgekartetem Prozess von 1982 fehlten jegliche Beweise. Nichts von der gestohlenen Beute wurde je bei ihnen oder in ihrer Nähe gefunden. Dreizehn Alibizeugen lokalisierten Vanzetti in Plymouth beim Verkaufen von Fisch. Ebenso sagten Zeugen aus, dass Sacco zur Mordzeit in Boston gewesen sei. Unter ihnen befand sich ein Sekretär

Bestellt!

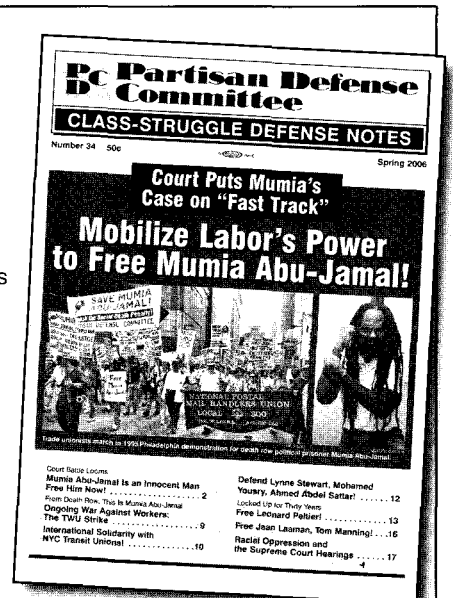
*Class-Struggle
Defense Notes*

Publikation des
amerikanischen
Partisan Defense
Committee.
Das PDC setzt die
Tradition von Cannon's
International Labor
Defense heute fort.

€ 0,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011988601



des italienischen Konsulats, auf das Sacco am Tag des Mordes gegangen war, um einen Pass zu bekommen.

Augenzeugen hatten anfänglich den Bullen erzählt, dass sie nicht genug gesehen hätten, um den bewaffneten Räuber zu identifizieren; sie wurden genötigt, ihre Aussagen zu ändern. Zwei von ihnen identifizierten zuerst ein Foto des New Yorker Bankräubers Anthony Palmisano, der damals im Gefängnis saß, als das des Schützen. Die Zeugin Lola Andrews, eine Teilzeitkrankenschwester mit einer Vorgeschichte von Prostitution und Versicherungsbetrug, identifizierte Sacco als den Mann, den sie kurz vor der Schießerei nach dem Weg gefragt habe. Im Kreuzverhör gab Andrews zu, dass sie von Katzmann unter Druck gesetzt worden war, zu sagen, Sacco sei dieser Mann gewesen. Andere Augenzeugen sagten aus, dass Sacco nicht der Mörder gewesen sei. Barbara Liscomb sagte aus, dass der Bewaffnete, den sie über Berardelli stehen sah, ihr direkt ins Gesicht gesehen habe und dass es nicht Sacco gewesen sei. Zusätzliche Zeugen wurden von der Staatsanwaltschaft verheimlicht, wie z.B. Roy Gould, der gerade die Straße überquerte, als auf ihn aus dem Fluchtauto geschossen wurde. Die Beschreibung des Schützen, die Gould den Bullen gab, traf weder auf Sacco noch auf Vanzetti zu.

Ähnlich fadenscheinig war das ballistische Beweismaterial. Sechs Geschosse vom Kaliber .32 wurden aus Parmeter und Berardelli entfernt, was den Revolver vom Kaliber .38, den Vanzetti bei seiner Verhaftung bei sich trug, ausschließt. Es gab kein formelles Verwahrungsprotokoll für die Kugeln, um zu dokumentieren, wer mit ihnen wann arbeitete. Alle Zeugen sagten aus, dass es nur einen Bewaffneten gegeben habe und dass nur eine Pistole benutzt worden sei. Dies wurde von dem Arzt George McGrath, der die Autopsie durchführte, bestätigt. Und er sagte vor den Geschworenen aus, dass alle Geschosse „genau gleich ausgesehen haben“ und die gleichen Schussmarken aufwiesen. Dennoch wartete die Anklage mit einem „Geschoss III“ auf, das anders als die anderen einen Linksdrall aufwies, und behauptete, dies stamme aus Saccos Kaliber .32.

In einer 1923 von der Verteidigung nach dem Prozess vorgelegten eidesstattlichen Erklärung vermerkte der oberste staatliche Ballistikexperte Captain Proctor, dass er dem Staatsanwalt gesagt habe: Würde er ausdrücklich danach gefragt werden, ob Tests gezeigt hätten, dass Geschoss III aus Saccos Schusswaffe gekommen sei, würde er mit Nein antworten. Doch nach wiederholtem Bedrängen durch den

Staatsanwalt willigte Proctor ein, auszusagen, dass das Geschoss mit einem aus Saccos Schusswaffe übereinstimmte. Proctor erklärte später, dass er nie geglaubt habe, dass das Geschoss aus Saccos Schusswaffe gekommen sei.

Trotz des völligen Fehlens von Beweisen kamen die Geschworenen nach nur fünfständiger Beratungszeit mit Schuldsprüchen zurück. Im Dezember 1921 lehnte Richter Thayer einen Antrag auf einen neuen Prozess ab. Wenngleich er Schwächen auf Seiten der Anklage zugab, entschied Thayer, dass „die Beweise, aufgrund derer die Angeklagten verurteilt wurden, Indizienbeweise seien und Beweismaterial, das in der Rechtslehre als ‚Schuldbewusstsein‘ bekannt ist“, angeblich bekundet durch die Lügen, die Sacco und Vanzetti bei ihrer Festnahme erzählt hatten, um sich und ihre Genossen zu schützen. Wie die ILD-Broschüre *Labor's Martyrs* [Märtyrer der Arbeiterbewegung] von 1927, geschrieben von Max Shachtman, es ausdrückte: „Das Schuldbewusstsein, das Sacco und Vanzetti zugeschrieben wird, war nichts weiter als ein gesundes Bewusstsein vom Klassenkampf und von den Methoden der Feinde der Arbeiterklasse.“

Parallelen zum Komplott gegen Mumia

Alles was benutzt wurde, um Sacco und Vanzetti zu verurteilen – gefälschte Ballistikgutachten, Einschüchterung von Zeugen, Benutzung des politischen Hintergrundes der Angeklagten, um die Geschworenen in Rage zu versetzen – sollte sich bei Mumias Prozess 60 Jahre später wiederholen. Staatsanwalt Joseph McGill argumentierte gegenüber den nahezu ausschließlich weißen Geschworenen, dass Mumias Mitgliedschaft in der Black Panther Party zwölf Jahre zuvor beweise, dass er geplant habe, einen Bullen zu töten. Die beiden Hauptzeugen der Anklage wurden genötigt, ihre Zeugenaussagen zu ändern, und Zeugen, die Mumia entlasten konnten, wurden eingeschüchtert, damit sie nicht ausagten.

Wie in der KfsV-Broschüre vom Dezember 2006, *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!*, dokumentiert ist, bezeugte ein Ballistikexperte, dass die tödliche Kugel zu Mumias Schusswaffe „passte“ – doch es gibt keine Beweise, dass Mumias Schusswaffe, Kaliber .38, in dieser Nacht überhaupt abgefeuert wurde oder welche Waffe überhaupt benutzt wurde! Der Bericht des Gerichtsmediziners stellt fest, dass Faulkner mit einer Kugel vom Kaliber .44 erschossen wurde. Ein Zeuge der Schießerei, William Singletary, sagte, der Mörder habe Kaliber .22 benutzt. Jahre später meldete sich Arnold Beverly, um den Mord zu gestehen, und sagte, dass die Schusswaffe, die er benutzt hatte, eine .22er gewesen sei. Im Zuge einer groß angelegten Aktion zur Unterschlagung und Fälschung von Beweismaterial verschwand ein Geschosssplitter aus Faulkners Wunde, und es fehlt ein Röntgenbild des Gerichtsmediziners von Faulkners Körper.

Das eindrucksvollste Beweismaterial dafür, dass Sacco und Vanzetti und später Mumia die Verbrechen nicht begangen hatten, für die sie zum Tode verurteilt wurden, waren die Geständnisse von Berufsverbrechern, die sie entlasteten. Und in beiden Fällen wiesen die Gerichte das Beweismaterial zurück.

Im November 1925 ließ Celestino Madeiros, der im Gefängnis von Dedham auf eine Berufung gegen seine Verurteilung von 1924 wegen Mordes an einem Bankwachmann wartete, Sacco eine Nachricht zukommen, die lautete: „Ich gestehe hiermit, dass ich bei



www.law.umkc.edu

Oben: Richter Webster Thayer aus Massachusetts, der Sacco und Vanzetti zum Tode verurteilte. Rechts: Elektrischer Stuhl, der bei ihrer Hinrichtung eingesetzt wurde



dem Verbrechen in der Schuhfabrik von South Braintree dabei war und dass Sacco und Vanzetti bei besagtem Verbrechen nicht dabei waren“ (*The Case of Sacco and Vanzetti*). Madeiros legte anschließend eine eidesstattliche Erklärung ab, in der er feststellte, dass der Raubüberfall von einer Gruppe ausgeführt worden sei, auf die die Beschreibung der Morelli-Gang zutraf, die wegen einer Reihe von Raubüberfällen auf Güterzüge gesucht wurde, und dass fünf weitere Personen beteiligt gewesen seien. Kurz nach dem Raubüberfall hatte Madeiros 2800 Dollar auf der Bank, was seinem Anteil an den gestohlenen Lohngehdern entsprochen hätte. Zwei Freunde von Madeiros bestätigten später, dass er ihnen die Rolle, die er und die Morellis gespielt hatten, geschildert habe. Viele Jahre später beschrieb Vincent Teresa in seinem Buch *My Life in the Mafia* [Mein Leben in der Mafia] ein Treffen mit Frank Morelli in den 50er-Jahren, in dessen Verlauf Morelli über einen Artikel des *Boston Globe* geklagt habe, der seine Bande der Beteiligung an den Braintree-Morden beschuldigte. Morelli sagte ihm: „Was sie sagten, stimmt, aber es wird meinem Kind wehtun.“

Im Jahr 2001 legten Mumias damalige Rechtsanwälte Marlene Kamish und Eliot Grossman den Staats- und Bundesgerichten die eidesstattliche Erklärung Arnold Beverlys vor, dass er und nicht Mumia den Polizeibeamten Faulkner erschossen habe. Laut Beverly wurde er dafür zusammen mit einer anderen Person von den Bullen und dem Mob gedungen, weil Faulkner für korrupte Bullen zum Problem geworden war und sie bei Erpressung, Bestechung, Drogenhandel usw. störte. Beverlys Aussage wird durch einen Berg von Beweisen erhärtet und fügt zuvor ungeklärte lose Enden zusammen. Beverly legte sein beeidetes Geständnis 1999 vor der PDC-Rechtsanwältin Rachel Wolkenstein ab, die damals zu Mumias Verteidigerteam gehörte, aber im selben Jahr ihr Amt niederlegte, als sein Hauptverteidiger Leonard Weinglass zusammen mit Dan Williams Beverlys Geständnis unterdrückte.

Die ILD führte einen harten politischen Kampf gegen jene, die einer Klassenkampfverteidigung Saccos und Vanzettis Hindernisse in den Weg stellten. Bei unseren Bemühungen, auf die Gewerkschaften gestützte Proteste mit der Forderung nach Mumias Freiheit zu mobilisieren auf der Grundlage, dass er unschuldig ist, sind wir heute mit ähnlichen und noch einigen weiteren Hindernissen konfrontiert. Der Fall Saccos und Vanzettis geschah in einer Zeit, die von der Oktoberrevolution geprägt war, die militante Kämpfer rund um die Welt inspirierte und eine scharfe Grenze zog zwischen denjenigen, die die Sowjetunion verteidigten, und denjenigen, die mit den kapitalistischen Herrschern gemeinsame Sache machten. Die heutige Welt ist zutiefst geprägt durch den Einfluss der konterrevolutionären Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats 1991/92 im Gefolge jahrzehntelangen stalinistischen Verrats. Während die bürgerlichen Herrscher die Lüge vom „Tod des Kommunismus“ verbreiten, bettet der Großteil der Linken, die sich im allgemeinen den antisowjetischen Kampagnen der Imperialisten angeschlossen hatten, ihre politischen Aktivitäten fest in das Gefüge der „demokratischen“ kapitalistischen Ordnung ein.

Während es bei Saccos und Vanzettis Fall die Staatsanwaltschaft war, die das Geständnis von Madeiros verteuflte, bewerfen heute viele Liberale und reformistische Linke unter Mumias Verteidigern das Beverly-Geständnis mit Schmutz und ziehen selbst Mumias eigene Erklärung von 2001 in Zweifel, dass er Daniel Faulkner nicht erschossen hat. Repräsentativ für diese Sorte von Leuten ist David Lindorff, dessen



James/Philadelphia Inquirer

Mumia Abu-Jamal 1969 als 15-Jähriger, Informationsminister der Black Panther von Philadelphia

Buch *Killing Time: An Investigation Into The Death Row Case of Mumia Abu-Jamal* (2003) der Demontage des Beverly-Geständnisses gewidmet ist. Lindorff erklärt: „Ich bin nicht davon überzeugt, dass Mumia Abu-Jamal einfach nur ein argloser Zuschauer war“, und zieht den Schluss, Mumia habe möglicherweise Faulkner erschossen (siehe: „Klassenkämpferische Verteidigung kontra Vertrauen in kapitalistische Justiz – David Lindorffs *Killing Time*, Michael Schiffmanns *Wettlauf gegen den Tod*: Unterminierung von Mumias Kampf um Freiheit“, *Spartakist*-Extrablatt, 23. Juni 2007).

Warum sollten Mumias vorgebliche Verteidiger das Beverly-Geständnis angreifen? Das Beverly-Beweismaterial macht deutlich, dass die Ungerechtigkeit gegenüber Mumia nicht die Tat eines einzelnen schurkischen Bullen, Staatsanwalts oder Richters war, sondern die völlig normale Arbeitsweise des kapitalistischen Unrechtssystems. Dieses Verständnis widerspricht unmittelbar dem liberalen Bezugsrahmen von Lindorff & Co., die sich genau dieses „Rechts“system zu eigen machen, das auf jeder Ebene erklärt hat, wie in dem berühmten Dred-Scott-Fall, dass Mumia keine Rechte hat, die es respektieren muss. Die mit bürgerlichem Liberalismus getränkten Gruppen Socialist Action, Workers World Party und andere Reformisten halfen, die einst machtvolle Protestbewegung zu demobilisieren, indem sie die Forderung nach Mumias Freiheit der Forderung nach einem neuen Prozess unterordneten. Damit versuchten sie an jene im „Mainstream“ zu appellieren, die die Justizhölle, durch die Mumia geschickt wurde, als einen Schandfleck für das Ansehen der amerikanischen „Recht“sprechung betrachten.

Der politische Kampf gegen derartige Illusionen in die kapitalistische „Recht“sprechung muss gewonnen werden, wenn die soziale Macht der Arbeiterschaft für Mumia ins Feld geführt werden soll. Viele Gewerkschaften und gewerkschaftliche Organisationen haben ihre Unterstützung für Mumia zum Ausdruck gebracht. Doch um diese Stimmung in Gewerkschaftsproteste und Streikaktionen umzuwandeln, bedarf es eines Kampfes gegen die Politik der prokapitalistischen Gewerkschaftsführer, die in der Regierung und den politischen Parteien der Bosse „Freunde“ sehen. Wir kämpfen für eine klassenkämpferische Verteidigungsstrategie, die kein Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gerichte setzt und alles Vertrauen in die Macht der Arbeiter. Damit ehren wir das Andenken von Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti.

[WIRD FORTGESETZT]

„Freies Tibet“ – Schlachtruf für Konterrevolution in China

Der Empfang des Dalai Lama erst durch Merkel und dann durch George W. Bush hat erneut die Kampagne der Imperialisten über das „arme kleine Tibet“ angefacht, die ein zentraler Bestandteil der antikommunistischen „Menschenrechts“-Kampagne gegen den deformierten Arbeiterstaat China ist.

Tibet hat nur minimale Grundlagen für eine Besiedlung durch Menschen. Zum größten Teil isoliert vom Rest der Welt entwickelte es sich unberührt von modernen „Störungen“ wie Lese- und Schreibfähigkeit, medizinische Versorgung und Zivilisation im Allgemeinen. Jahrhundertlang, bis 1959, herrschte die Lamakratie – geformt durch die Verschmelzung einer Aristokratie, ähnlich der des Feudalismus, und einem riesigen Priesterstand, der zu manchen Zeiten mehr als 20 Prozent der männlichen Bevölkerung umfasste – über eine Gesellschaft von Bauern und Hirten, in der Sklaverei weit verbreitet war. Ohne Industrie und Arbeiterklasse war Tibet, wie auch Afghanistan, so rückständig, dass sozialer Fortschritt nur von außen kommen konnte. 1979 kam die sowjetische Rote Armee der modernisierenden linksnationalistischen Regierung Afghanistans zu Hilfe, die mit einem von der CIA unterstützten Aufstand der Mullahs konfrontiert war. Diese hatten zu den Waffen gegriffen, weil die Kabuler Regierung den Brautpreis – mit dem Frauen wie Vieh gehandelt wurden – gesenkt, wenn auch nicht abgeschafft hatte. Wir begrüßten den Einmarsch mit „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitete die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die Völker Afghanistans aus!“ Ebenso eröffnete in Tibet der Einmarsch der chinesischen Volksbefreiungsarmee (VBA) 1951 den Weg zu sozialem Fortschritt. Neun Jahre nach dem Einmarsch begann die Beijinger Bürokratie grundlegende Reformen in Tibet einzuführen: Die Ulag (Frondienste der Bauern), die Sklaverei und die unendliche Zahl von Steuern, die an die Aristokratie und die Klöster zu zahlen waren, wurden abgeschafft. Der Bau der Tibet-Bahn vor zwei Jahren ist eine historische Errungenschaft, die die Möglichkeit für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes eröffnet, das bisher nur über drei schwer befahrbare Straßen erreichbar war.

Der Dalai Lama ist ein passendes Symbol für die Konterrevolution, die die Imperialisten im chinesischen Arbeiterstaat durchführen möchten: Die Priesterkaste, der er historisch vorstand, war wahrscheinlich die proportional größte und faulste herrschende Schicht in der Menschheitsgeschichte gewesen. Wirtschaftlich wurde sie durch bitterarme Bauern, die Gerste anbauen, und Viehhirten, die Yak-Rinder halten, durchgefüttert. Diese harte Arbeit leisteten zu meist Frauen, denn nicht nur die Mönche widmeten sich ausschließlich der inneren Einkehr, sondern auch ein großer Teil der männlichen Bevölkerung, nachdem er durch die Zeugung von Kindern „gesündigt“ hatte. Und so ist es kein Wunder, dass die chauvinistische, völlig reaktionäre und verfaulende Bourgeoisie voll warmer Sympathie für die Lamakratie ist. Schließlich lebt sie selber davon, sich die Produkte, die von der Arbeiterklasse produziert werden, unter den Nagel zu reißen!

Auf Seite 11 berichten wir, wie die dubiose Bolschewistische Tendenz (BT) die Bundeswehr zur Zeit der Existenz der Sowjetunion als „Verteidigungsarmee“ verherrlicht – was genau das Weltbild der antikommunistischen Sozialdemokratie widerspiegelt, die gegen die „Rote Gefahr aus dem Osten“ auf Seiten des deutschen Imperialismus stand. Die Haltung der BT zu Tibet ist ein weiteres Beispiel für ihre tief

sitzende sozialdemokratische Feindschaft gegen die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten. Sie umarmt den von der CIA so sehr geschätzten Dalai Lama: „Durch das Einverständnis, dass die Tibetaner oder Uiguren das Recht haben, ihre eigene Regierung zu kontrollieren, würde eine *revolutionäre Regierung in China* ihren Willen der Koexistenz mit der traditionellen herrschenden Kaste und Xinjiangs Mullahs signalisieren, sofern diese von der Bevölkerung Unterstützung erhalten“ (*Bolschewik*, Januar 2005). Wo die stalinistische Bürokratie in Beijing „ein Land, zwei Systeme“ propagiert und Hong Kong als kapitalistische Enklave beibehält, geht die BT noch ein ganzes Stück weiter: „Koexistenz“ mit dem Feudalismus! Oder in anderen Worten: „ein Land, drei Systeme“. Die BT wird hauptsächlich durch subjektive Bösartigkeit gegenüber unserer Partei angetrieben und ist mehr Provokateur als politischer Gegner (siehe dazu auch Seite 8 über den Soziopathen Bill Logan, den die BT 1990 zu ihrem internationalen Führer erkor). Aber insofern die BT politische Fragen aufwirft, gibt sie die „Werte“ der herrschenden Klasse wieder, gesehen durch die Brille der jeweils eigenen nationalen Sozialdemokratie.

Für die Imperialisten hat Tibet kaum geopolitische Bedeutung. Aber es stellt einen Test dar, wie weit die Stalinisten der KP Chinas noch entschlossen sind, ihre Herrschaft zu verteidigen. Die Bereitschaft des früheren sowjetischen Führers Gorbatschow, 1989 die Rote Armee aus Afghanistan abzuziehen, dann die baltischen Staaten ziehen zu lassen und, was am wichtigsten war, die DDR aufzugeben, intensivierte den imperialistischen Druck auf die Sowjetunion. Das ermutigte auch die einheimischen Konterrevolutionäre, was letztendlich zu Jelzins proimperialistischem Putsch im August 1991 und anschließend zur Zerstörung der Sowjetunion führte.

Selbst die bescheidenen Reformen, die unter der Herrschaft der KPCh eingeführt worden waren, wurden noch abgeschwächt, weil die verbliebenen tibetischen Aristokraten Sabotage betrieben und die stalinistische Bürokratie eine engstirnige, mit chinesischem „Groß-Han“-Chauvinismus durchsetzte Politik verfolgte. Als Ergebnis der völlig fehlbenannten „Kulturrevolution“ wurde u. a. die landwirtschaftliche Produktion so sehr beeinträchtigt, dass 1981 ein Fünftel der Bevölkerung Tibets auf Hilfslieferungen der Zentralregierung angewiesen war, um auch nur überleben zu können.

Es gibt im Augenblick keine Basis für irgendeine Art von unabhängigem Tibet, da weder eine einheimische kapitalistische Klasse noch eine Arbeiterklasse von irgendeiner Bedeutung existiert. Die Voraussetzungen für jede tibetische Autonomie von Bedeutung oder, falls gewünscht, Unabhängigkeit, sind die Zerstörung von jedem Überbleibsel aristokratischer und klösterlicher Macht – und die Beendigung aller staatlichen Unterstützung für die Klöster – durch die Mobilisierung der tibetischen Massen in Sowjets der Werktätigen, die verbunden sind mit der proletarischen Sowjet Herrschaft in China. Erst dann könnte das Volk von Tibet damit beginnen, die Jahrhunderte von Fast-Sklaverei und schrecklichen Entbehrungen zu überwinden und den Weg von Fortschritt, Prosperität und menschlicher Freiheit einzuschlagen, die das Ziel der sozialistischen Revolution sind. Diese Fortschritte hängen heute von einer siegreichen politischen Revolution der Arbeiterklasse in China als Teil des Kampfes für ein sozialistisches Asien ab. ■

Verteidigt China...

Fortsetzung von Seite 2

Arbeiter auf der ganzen Welt. Die Arbeiter müssen für das Verständnis gewonnen werden, China gegen innere Konterrevolution und gegen die eigene Bourgeoisie zu verteidigen. Letztendlich kann nur eine politische Revolution in China zur Errichtung der politischen Herrschaft von Arbeiterräten führen und es kann nur eine Ausweitung der Chinesischen Revolution die Verteidigung und den Ausbau ihrer Errungenschaften sichern. Das zentrale Hindernis für dieses revolutionäre Bewusstsein in Deutschland ist das sozialdemokratische Programm, im eigenen Land nationalistischen Protektionismus und Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie zu betreiben und in den verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten die Konterrevolution unter dem Deckmantel von „Menschenrechten“ und „Demokratie“ voranzutreiben.

„Marktformen“ verschärfen Widersprüche im chinesischen Arbeiterstaat

Um die Konterrevolution voranzutreiben, erhöhen die Imperialisten einerseits den militärischen Druck auf China und treiben andererseits ihre wirtschaftliche Durchdringung unter Ausnutzung von Chinas „Marktformen“ voran. Die Marktformen der letzten Jahrzehnte haben die Widersprüche im chinesischen deformierten Arbeiterstaat enorm verschärft. Aber entgegen dem in der Linken weit verbreiteten Bild, China wäre schon kapitalistisch oder unumkehrbar auf dem Weg dahin, ist die stalinistische Bürokratie unfähig, eine kalte, schrittweise Restauration des Kapitalismus von oben herbeizuführen. Trotzki erklärte bezüglich des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion in *Verratene Revolution* 1936, dass „die Weiterentwicklung der angehäuften Gegensätze sowohl zum Sozialismus hin als auch zum Kapitalismus zurückführen kann, h) auf dem Wege zum Kapitalismus eine Konterrevolution den Widerstand der Arbeiter brechen müsste, i) auf dem Wege zum Sozialismus die Arbeiter die Bürokratie stürzen müssten“.

Die herrschende stalinistische Bürokratie ist eine zerbrechliche, widersprüchliche Kaste, keine homogene Klasse die Privateigentum an Produktionsmitteln besitzt. Die sich anhäufenden Widersprüche in China werden früher oder später zum Zusammenbruch des stalinistischen Bonapartismus und zu einer politischen Zersplitterung der herrschenden Kommunistischen Partei führen. Aber ob dem eine kapitalistische Konterrevolution folgt, die den Widerstand der chinesischen Arbeiterklasse zerbricht und den deformierten Arbeiterstaat zerstört, oder aber eine proletarisch-politische Revolution, die die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie stürzt und die politische Herrschaft von Arbeiterräten in China errichtet und für eine internationale Ausweitung der Revolution kämpft, wird eine Frage des Kampfes sein. Wir kämpfen – basierend auf unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution – für proletarisch-politische Revolutionen zum Sturz der stalinistischen Bürokratien und zur Errichtung der Herrschaft von Arbeiterräten.

Mit der Chinesischen Revolution 1949 wurde die kapitalistische Herrschaft zerstört und die chinesische Gesellschaft grundlegend umgewandelt. Dieser Sieg wurde von Mao Zedongs Volksbefreiungsarmee errungen, die ihre Basis in der Bauernschaft hatte. Die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer flohen nach Taiwan, wo sie unter dem Schutz des US-Imperialismus standen. Eine Nation, die von den Imperialisten geteilt und ausgeplündert worden war, wurde vereinigt. China wurde als Arbeiterstaat mit zentral geplanter Wirtschaft wieder aufgebaut und machte sozial einen gewaltigen

Sprung vorwärts. Das Land wurde an die Bauern verteilt, die Schlüsselindustrien enteignet und ein wesentlicher Teil staatlicher Industrie aus dem Boden gestampft. Der befreiende Einfluss der Revolution wird am Status der chinesischen Frauen sichtbar, die gewaltige Fortschritte über ihre frühere miserable Existenz machten, die durch das barbarische „Fußbinden“ symbolisiert wurde.

Die KP Chinas war aber keine auf der Arbeiterklasse basierende Partei, sondern stützte sich auf die Bauern. 1927 hatte sie die Arbeiterklasse fallengelassen, nachdem die bürgerliche Guomindang die aufständischen Arbeiter Shanghais massakriert hatte. Nur aufgrund einer außergewöhnlichen historischen Situation war sie in der Lage, den Kapitalismus zwei Jahrzehnte später zu stürzen. Die Arbeiterklasse war durch die grauenhafte Unterdrückung sowohl der Guomindang als auch der japanischen Imperialisten atomisiert. Die bürgerliche Herrschaft war nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg instabil, und das Guomindang-Regime verrottete innerlich. Dazu kam die Existenz des Arbeiterstaates Sowjetunion, der der neuen Volksrepublik ökonomische und militärische Hilfe bieten konnte. Von Anfang an unterdrückte das KPCh-Regime unabhängige Aktionen der Arbeiterklasse, während es fälschlicherweise vorgab, den Sozialismus in einem Land aufzubauen. Das stand in scharfem Widerspruch zu den Anfängen der Sowjetunion in der Oktoberrevolution 1917 – einer proletarischen Revolution, geführt von Lenins und Trotzki Bolschewistischer Partei, die den Marxismus in die Tat umsetzte. Die Oktoberrevolution zeigte, dass die Arbeiterklasse die Macht übernehmen und durch demokratisch gewählte Arbeiterräte ausüben kann. Die internationalistische frühe Sowjetunion wurde zum Leuchtfeuer der Arbeiter und Unterdrückten weltweit.

Der Führung der Bolschewiki war klar, dass Arbeiterrevolutionen in den höher entwickelten Ländern notwendig waren, um eine international geplante Wirtschaft zu errichten und die gesellschaftlichen Wachstumsraten und den Reichtum zu erzeugen, die als Basis für den Sozialismus notwendig sind – eine auf Gleichheit basierende Gesellschaft ohne materielle Not. Aber die revolutionären Aufstände insbesondere in Deutschland wurden niedergeschlagen, durch den Verrat der prokapitalistischen Sozialdemokraten und weil erfahrene Parteien wie die Bolschewiki fehlten, die die Massen zur Eroberung der Staatsmacht hätten führen können. Im Fahrwasser dieser Niederlagen und insbesondere der Niederlage der deutschen Revolution 1923 übernahm in

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

WORKERS VANGUARD

Court Decision Looms—Mobilize to Free Mumia!
Media Blitz Targets Mumia Abu-Jamal

Labor Tops Sell Out Strikes
Down With Government Attacks on Workers, Students, Minorities!

France

No to Class Collaboration!
For a Revolutionary Workers Party!

der Sowjetunion Ende 1923, Anfang 1924 eine konservative nationalistische Bürokratie die politische Macht. Im Verlauf der Degeneration des Arbeiterstaats wandten sich Stalin und seine Clique vom proletarischen Internationalismus ab und schufen das antimarxistische Dogma vom „Aufbau des Sozialismus in einem Lande“. Wenig später sabotierten sie, auf der Suche nach einer „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus, revolutionäre Möglichkeiten im Ausland, nicht zuletzt die zweite Chinesische Revolution 1925–27, die sie ruinierten, indem sie die junge chinesische KP der bürgerlichen Guomindang unterordneten.

Den antirevolutionären Charakter der chinesischen Bürokratie kann man historisch an ihrer Allianz mit dem US-Imperialismus gegen die Sowjetunion sehen, eine logische Folge der Suche nach „friedlicher Koexistenz“ mit den Herrschenden in Washington. Während 1972 Bomben auf Vietnam niederregneten, empfing Mao Zedong US-Präsident Nixon in Beijing. Diese Politik wurde auch von Maos Nachfolger Deng Xiaoping fortgesetzt. 1979, vier Jahre nachdem die heldenhaften Vietnamesen die USA besiegt hatten, marschierten chinesische Truppen krimineller Weise in Vietnam ein. Wenig später unterstützte China die von der CIA unterstützten islamischen Mörderbanden in Afghanistan, die gegen die sowjetische Rote Armee kämpften. In vielerlei Hinsicht haben sowohl der Mao- als auch der Deng-Flügel der Bürokratie dem Imperialismus geholfen, die Sowjetunion zu zerstören. Und nicht zuletzt war es Maos Allianz mit dem US-Imperialismus, die den Weg ebnete für Deng, die Tür für die ökonomische Durchdringung Chinas durch den Imperialismus zu öffnen.

Die 1978 von Deng initiierten marktorientierten Reformen wurden durch die früher erzielten Erfolge der Planwirtschaft unter Mao ermöglicht. Sie waren ein Versuch, innerhalb des Rahmens des stalinistischen Bonapartismus gegen die Unfähigkeit der bürokratischen Kommandowirtschaft anzugehen. Wie wir in den 1980er-Jahren schrieben:

„Im Rahmen des Stalinismus gibt es also eine innere Tendenz, die zentrale Planung und Leitung zu ersetzen durch Marktmechanismen. Da Manager und Arbeiter nicht der Disziplin der Sowjetdemokratie (Arbeiterräte) unterworfen werden können, sieht die Bürokratie die einzige Antwort auf die wirtschaftliche Ineffizienz immer mehr darin, die Wirtschaftsakteure der Disziplin marktwirtschaftlicher Konkurrenz zu unterwerfen.“ („Für zentrale Planung durch Sowjetdemokratie“, abgedruckt in *Marktsozialismus* in Osteuropa, Spartakist-Broschüre, August 1989)

Die stalinistische Bürokratie öffnete das Land für imperialistische Investitionen, privatisierte strategisch nicht wichtige Unternehmen und gab schließlich das staatliche Außenhandelsmonopol auf. Die Planwirtschaft wurde durch Marktmechanismen ersetzt und die Landwirtschaft entkollektiviert, so dass den Bauernfamilien ihre eigenen kleinen Äcker langfristig verpachtet wurden. Mit der Zeit schaffte das Regime die „Eiserne Reisschüssel“ ab, die darauf basierte, dass Arbeitern auf Lebenszeit ein Arbeitsplatz garantiert wurde, was die städtischen Arbeiter als eine wesentliche Errungenschaft der 1949er Revolution ansahen. Aber ein so armes und rückständiges Land wie China konnte offensichtlich nicht Hunderten Millionen von Bauern einen Job mit lebenslanger Garantie in der staatlichen Industrie bieten, und das auf einem wesentlich höheren Lohnniveau als dem Einkommen von Mitgliedern einer ländlichen Kommune.

Tatsächlich ist die Industrie gewaltig gewachsen und über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung ist nun in der Produktion, beim Transport, Bau und im Dienstleistungssektor beschäftigt. Bis zu 150 Millionen Bauern wurden in dieser Periode Proletarier. Laut *Monthly Labor Review* (Juli 2005) gab es in China 2002 doppelt so viele Industriearbeiter wie in

den G7-Staaten zusammengenommen. Das ist eine fortschrittliche Entwicklung von großer historischer Bedeutung. Die Entwicklung in China stellt das Wachstum in kapitalistischen Neokolonien weit in den Schatten, ob es die „Tigerstaaten“ wie Indonesien und Südkorea sind oder auch Indien, das etwa zur gleichen Zeit wie China seine Unabhängigkeit errang, aber kapitalistisch blieb. Indiens Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist nur halb so groß wie Chinas, während die Armutsrate Chinas nur die Hälfte Indiens beträgt. Die Unterernährung von Kindern ist in China 75 Prozent niedriger als in Indien. Die Alphabetisierung von Frauen beträgt in China 90 Prozent, das ist fast doppelt so hoch wie in Indien.

China ist heute ein Land, das vor Unzufriedenheit brodelte. Einerseits hat die ökonomische Durchdringung durch die Imperialisten die Kräfte für eine innere Konterrevolution enorm gestärkt. Eine Klasse kapitalistischer Unternehmer ist entstanden mit familiären und finanziellen Verbindungen zur KPCh-Bürokratie wie auch zu den chinesischen Kapitalisten in Taiwan und Hongkong. Eine Schicht von wohlhabenden Managern, Freiberuflern und Technokraten wurde geschaffen, die einen Lebensstil wie im Westen genießen. Auf der anderen Seite betrieben die Beijinger Stalinisten eine Politik auf Kosten bedeutender Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen auf dem Lande und stießen sie ins Elend. Wichtige soziale Errungenschaften wie die Gesundheitsversorgung wurden ausgehöhlt, Millionen Arbeitslose suchen nach neuen Jobs und werden, wenn überhaupt, im Privatsektor zu weitaus schlechteren Bedingungen ohne die Sozialleistungen des Staates beschäftigt. 150 Millionen Wanderarbeiter sind vom Land in die Städte gezogen, wo sie unter schrecklichen Bedingungen, mit wenig politischen Rechten schufteten, oft verachtet von der angestammten städtischen Arbeiterschaft. Als Ergebnis davon gibt es massenhaft Kämpfe: Arbeiter, die gegen Nichtauszahlung von Löhnen, gegen Entlassungen oder Arbeitsbedingungen protestieren; Bauern, die gegen Korruption, illegalen Landklau durch Parteibürokraten oder gegen Umweltverschmutzung protestieren. Wir unterstützen diese Kämpfe. Die herrschende Bürokratie ist ganz klar gespalten zwischen Elementen, die die Wirtschafts„reformen“ unvermindert fortsetzen wollen, denjenigen, die mehr staatliche Interventionen wollen und anderen, die zu einer bürokratisch geplanten Wirtschaft zurückkehren wollen.

Nach Statistiken der Bürokraten gab es allein 2005 offiziell 87000 Proteste. Doch Militanz auf der ökonomischen Ebene ist nicht genug. Die Arbeiterklasse muss den Kampf auf der politischen Ebene aufnehmen. Es bedarf einer revolutionären Avantgardepartei in China, die für eine proletarisch-politische Revolution kämpft. Eine solche Partei würde dafür kämpfen, alle Sektoren der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Landarbeitern und den städtischen Armen zu vereinigen. Wanderarbeiter müssen alle Rechte erhalten, die den gesetzmäßigen Einwohnern zustehen – einschließlich des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Wohnungen und öffentlicher Bildung –, und gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Arbeiter im privaten Sektor dürfen nicht schlechter gestellt sein als Arbeiter im staatlichen Sektor. Die Investitionen der Imperialisten im Privatsektor müssen im Interesse der Arbeiterklasse neu verhandelt werden.

Wie wir in unserem Artikel „Chinas ‚Marktformen‘ – eine trotzkistische Analyse“ (*Spartakist* Nr. 164, Herbst 2006 und Nr. 165, Winter 2006/2007) erklären, erfordert eine wirkliche Verringerung der Kluft zwischen Stadt und Land eine massive Umverteilung und Neuzuweisung wirtschaftlicher Ressourcen. Die Einführung moderner Technologie auf dem Lande erfordert eine qualitativ höhere industrielle Basis, als sie zurzeit existiert. Im Gegenzug würde ein Anwachsen der landwirtschaftlichen Produktivität eine gewal-

tige Ausweitung der Industriearbeitsplätze in den städtischen Gebieten notwendig machen, um die enorme Menge an Arbeitskraft zu absorbieren, die auf dem Land nicht mehr benötigt wird. Das wäre zweifellos ein langwieriger Prozess, vor allem angesichts der noch immer beschränkten Größe und der relativ niedrigen Produktivität von Chinas industrieller Basis.

Dies alles zeigt die strategische Notwendigkeit der Ausweitung der Chinesischen Revolution auf fortgeschrittene kapitalistische Länder wie Japan und die Notwendigkeit einer internationalen Planwirtschaft; denn davon hängen sowohl das Tempo als auch letztendlich die Realisierbarkeit dieser Perspektive überhaupt ab. Ein rotes Arbeiterräte-China wäre ein Leuchtfener für die unterdrückten arbeitenden Massen Asiens und der ganzen Welt. Es würde die Arbeiter Japans radikalisieren. Eine siegreiche proletarisch-politische Revolution wäre ein Todesstreich gegen die Propaganda der Bourgeoisie vom „Tod des Kommunismus“ und würde die gebeutelten Massen der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas wieder aufrichten und die Arbeiter Westeuropas inspirieren.

Protektionistische Hetze gegen China

Es gibt eine zunehmende Kampagne der Bourgeoisie in Deutschland, eine „chinesische Bedrohung“ an die Wand zu malen. In der Ausgabe vom 27. August 2007 hetzt *Der Spiegel* mit dem Leitartikel: „Die gelben Spione – Wie China deutsche Technologie ausspäht“. Der Titel hält, was er verspricht, und hetzt rassistisch und antikommunistisch: „Jeder Student, jeder Geschäftsmann“ aus China wird „als Spitzel, als Denunziant“ dargestellt, „800.000 Spitzel“ weltweit, und „allein in Deutschland studieren mehr als 27.000 Chinesen“. Da wird China beschuldigt, Trojaner in Regierungscomputer geschleust zu haben – ein Vorgehen, das die deutsche Regierung gerade gegen die eigenen Staatsbürger plant!

Der Spiegel entrüstet sich über den chinesischen Arbeiterstaat: „Er raubt dabei nicht nur Regierungsgeheimnisse – das allein wäre schon schlimm genug. Er raubt auch gleich noch das Volksvermögen: deutsches Know-how. Den einzigen nennenswerten Rohstoff, den die Bundesrepublik im internationalen Wettbewerb um Wohlstand zu bieten hat.“ So wird die Lüge verbreitet, Chinas ökonomische Entwicklung bedrohe den Lebensstandard der Arbeiterklasse in Deutschland, und nicht die deutsche Bourgeoisie, die die Ausbeutung hier ständig verschärft. Mit dieser Hetze soll ein Klima geschaffen werden, in dem die Bourgeoisie ihren allseitigen Lohn- und Sozialraub gegen die arbeitende Bevölkerung weiter vorantreiben kann, um mehr Profite zu scheffeln und gegen die imperialistischen Konkurrenten zu expandieren.

Was das „deutsche Know-how“ angeht, so zeigt ein kurzer Blick auf die Geschichte, dass das gar nicht so deutsch ist, wie der chauvinistische *Spiegel* es uns glauben machen möchte. Die industrielle Revolution in Deutschland wurde im 19. Jahrhundert mit Know-how durchgeführt, das samt und sonders von der damals führenden Industriemacht England geklaut worden war. Ob Dampfmaschine, mechanische Textilmaschinen oder Stahlerzeugung – alles wurde bei Be-



Wolfgang Thieme



Links: Chinesische Studenten in Chemnitz gegen die der Spiegel chauvinistisch hetzt und die er pauschal als potenzielle Spione denunziert

triebsbesichtigungen in England ausspioniert und nachgebaut oder durch das Anwerben englischer Fachkräfte ins Land geholt. Und Japan und die anderen kapitalistischen Mächte, die nach England aufstiegen, sind nicht anders vorgegangen.

Grundlegender dienen die ganzen nationalistischen protektionistischen Kampagnen dazu, Arbeiterkämpfe zur Verteidigung von Löhnen und Sozialleistungen abzuwürgen. Dabei stellt die Gewerkschaftsbürokratie den Transmissionsriemen für dieses bürgerliche Programm in die Arbeiterklasse dar. Statt die Arbeiter zur Verteidigung ihrer Interessen im Klassenkampf gegen die Bosse zu mobilisieren, spielen die Gewerkschaftsbürokraten mit ihrem Programm von Klassenzusammenarbeit die Berater der Kapitalisten, wie diese ihren Laden besser führen können.

Während Protektionismus eine mögliche Option für die Bourgeoisie darstellt, ist er tödliches Gift für die Arbeiterklasse. Denn sie wird damit entlang nationaler Linien gespalten und der eigenen Bourgeoisie untergeordnet. Und so stellt die Gewerkschaftsbürokratie die multiethnische deutsche Arbeiterklasse gegen die Arbeiterklassen anderer Länder, z. B. gegen die „Billiglohnkonkurrenz“ aus China oder Osteuropa. Mit Forderungen nach Einfuhrbeschränkungen oder Strafzöllen hält sich die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie sehr bewusst zurück, denn sie teilt zutiefst die nationalistische Logik vom „Standort Deutschland“ und weiß, dass das Wohlergehen der deutschen Industrie vom Export abhängt.

Ein Beispiel ist Hamburg. Die Kampfbereitschaft der Hafenarbeiter gegen das EU-Port-Package wurde unter der Losung „Hafenarbeit für Hafenarbeiter“, die sich direkt gegen Seeleute richtete, von der Gewerkschaftsbürokratie in protektionistische Gleise hinter die „eigenen“ Bosse gelenkt. Hand in Hand damit erklärten die Gewerkschaftsspitzen den Arbeitern bei der Demonstration am 11. Januar 2006: „Wenn sich hier in den Hamburger Hafenunternehmen in Zukunft mächtige Global Player aus Hongkong und Singapur einkaufen können, dann dauert es nicht mehr lange, bis asiatische Sozialstandards mit Tagelöhneri und Mini-Bezahlung, mit Heuern und Feuern hier an Land gebracht werden.“ Was die Ver.di-Bürokraten hier an die Wand malen, dient der nationalistischen Stimmungsmache, mit der sie versuchen, die Arbeiter hinter den „eigenen“ Bossen und deren Regierung zu versammeln. Tatsächlich hat es im Hamburger Hafen seit



kein Bildnachweis



Peter Turnley

Beijing, Mai 1989: Links Demonstration von Arbeitern und Studenten auf dem Tiananmen-Platz. Oben: Demonstranten verbündern sich mit Soldaten, die den Aufstand unterdrücken sollten. Armeeeinheiten gingen auf die Seite der Arbeiter über

Jahrzehnten keinen Streik gegeben, trotz unaufhörlicher Angriffe der deutschen Bosse, und auch der 24-Stunden-Streik am 11. Januar 2006 war so organisiert, dass er den Bossen nicht wehtat. Gegen das Gift nationalistischer Abschottung muss die Arbeiterklasse gewonnen werden für ein klassenkämpferisches Programm auf internationalistischer Basis: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, egal wer sie verrichtet! Ob Seeleute oder Immigranten, die Hafentarbeiter müssen sich mit allen, die im Hafen entladen, verbünden, sie in einer Gewerkschaft organisieren und für vollen Tariflohn für alle kämpfen. Das Gleiche gilt für Hafentrucker und alle anderen, die im Hafen unter Tarif schuften müssen. Hafentarif für Hafentarbeiter! Organisiert die Unorganisierten! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Weg mit dem Arbeitsverbot gegen osteuropäische Arbeiter!

Ein Artikel der IG Metall Wolfsburg vom 21. April 2005 fasst die protektionistischen Rechtfertigungen zusammen, mit denen die Gewerkschaftsbürokraten die Kämpfe gegen die damaligen massiven Angriffe der Bosse auf strategische Teile der Arbeiterklasse wie bei VW und DaimlerChrysler ausverkauften:

„Die Ankündigung der Verlagerung sei längst keine Drohung mehr, sondern Realität. ‚Täglich gehen 1000 Arbeitsplätze in Deutschland verloren‘, rechnet der Gewerkschafter vor... Beschäftigungssicherung heißt aber nicht Beschäftigungsversicherung, schränkt [der 2. Bevollmächtigte der IG Metall Frank] Patta ein: ‚Unsere Prozesse und Strukturen müssen wieder effizienter werden. Nur wenn wir bei Volkswagen wettbewerbsfähige Autos produzieren und verkaufen, bleiben auch unsere Jobs sicher – bis 2011 und darüber hinaus.‘“

Nach Zugeständnissen der Wolfsburger IG Metall an die VW-Bosse wurde nun die Produktion von Modellen aus Brüssel und Südafrika nach Wolfsburg verlagert und mehr als die Hälfte der Stellen in Brüssel gestrichen. Während die IG-Metall-Bürokraten und Betriebsratsfürsten auch gern mal von internationaler Solidarität schwätzen, wurde hier der Kampf der belgischen VW-Arbeiter um ihre Arbeitsplätze für einen weiteren schmutzigen nationalistischen Deal mit den VW-Bossen brutal verraten.

Die Arbeiterklasse in Deutschland muss sich mit dem machtvollen chinesischen Proletariat solidarisieren, auf Grundlage der Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats China gegen den gemeinsamen Klassenfeind: die

imperialistische Bourgeoisie. Nicht nur würde eine Konterrevolution in China noch schlimmeres Elend für die chinesische arbeitende Bevölkerung bedeuten, als es schon in Osteuropa und der Ex-Sowjetunion der Fall ist. Eine Konterrevolution würde die Imperialisten auch zu einer erneuten Angriffswelle gegen die Arbeiterklasse hier ermutigen, genau so, wie es schon nach der Zerstörung von DDR und Sowjetunion der Fall war.

Die konterrevolutionäre Rolle der Sozialdemokratie

Die Unterstützung der eigenen Bourgeoisie durch nationalistischen Protektionismus wird von Gewerkschaftsbürokraten und Sozialdemokratie ergänzt durch das Widerkäuen der „Menschenrechts“-kampagne der Bourgeoisie, die sie um die noch gefährlichere Variante der „Arbeiterrechte“ erweitern. Seit der Oktoberrevolution 1917 hat die Sozialdemokratie im Namen von „Demokratie“ gegen Arbeiterstaaten gehetzt. Das ergibt sich aus dem Charakter von SPD und Linkspartei als *bürgerlichen Arbeiterparteien*, also Parteien, deren Basis in der Arbeiterklasse liegt, vor allem durch ihre Verbindung mit den Gewerkschaften, die jedoch voll und ganz durch Programm und Führung dem Kapitalismus verpflichtet sind. Die Sozialdemokratie basiert auf einer dünnen privilegierten Schicht von Arbeiteraristokraten, die von der Bourgeoisie mit Hilfe von Extraprofiten aus der Ausbeutung der neokolonialen Völker bestochen wird. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, eines imperialistischen Raubkriegs, im August 1914 ging die Sozialdemokratie offen auf die Seite ihrer jeweils „eigenen“ Bourgeoisie über. Sie hetzte die Arbeiter als Kanonenfutter auf ihre Klassenbrüder der jeweils anderen Länder.

Nach dem Krieg erschütterte eine revolutionäre Welle die kapitalistische Welt. Geführt von Lenins und Trotzki's Bolschewiki stürzten die Arbeiter in Russland im Oktober 1917 die Bourgeoisie, zerschlugen deren kapitalistischen Staat und errichteten einen Arbeiterstaat. In Westeuropa gelang es der Sozialdemokratie aufgrund der Unerfahrenheit der jungen, gerade erst gegründeten kommunistischen Parteien, die Herrschaft der Bourgeoisie zu retten. In Deutschland organisierte die SPD die Freikorps und ließ Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden, womit sie die junge KPD köpfte. Während die SPD-Führer Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Gustav Noske die Revolu-

tion im Blut abertausender Arbeiter ertränkte, hetzte der linke Sozialdemokrat Karl Kautsky von der USPD gegen die Diktatur des Proletariats und propagierte die Illusion der „reinen Demokratie“. In *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* von 1918 erklärte Lenin, dass die „Demokratie“ eine Staatsform ist. Und der Staat – im Kern Polizei, Armee und Gerichte – ist nicht neutral. Daher stellt sich für Marxisten immer die Frage: Demokratie – für welche Klasse. Aus der Pariser Kommune 1871 zog Marx die entscheidende Lehre, dass das Proletariat die bürgerliche Staatsmaschine nicht einfach übernehmen kann, sondern sie zerschlagen, „zerbrechen“ und durch einen eigenen Staat ersetzen muss: die Diktatur des Proletariats. Und genau das machten Lenins und Trotzki's Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917.

Die Agentur der SPD für jede Art von verdeckten konterrevolutionären Umtrieben ist die treffend benannte Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Friedrich Ebert war der sozialdemokratische Henker der Novemberrevolution 1918/19, berühmt für seinen Ausspruch 1918: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ Die FES ist eine klassische „Nicht“-regierungsorganisation („N“GO) und eng mit DGB- und SPD-Führung verbunden. Gelegentlich verkauft sie sich als eine Institution der deutschen Arbeiterbewegung. Sie dient aber dem deutschen Imperialismus, dessen Interessen sie in der Welt zu fördern sucht. Über sie liefen die CIA- und andere Gelder, um die Revolution in Portugal 1974 niederzuschlagen. Als linke Aufständische in Lateinamerika an die Macht drängten, mischte die FES kräftig mit, um zu verhindern, dass diese dem kubanischen Weg folgten und den Kapitalismus stürzten. Und sie war an vorderster Front dabei, die Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion zu fördern. Sie ist das Instrument, das den chinesischen Arbeitern die Konterrevolution schmackhaft machen soll im Austausch für ein bisschen Mitbestimmung in den Betrieben und natürlich für „Demokratie“. Dabei nutzt sie die tatsächlichen Konflikte in der chinesischen Gesellschaft und gibt sich gegenüber den Arbeitern das Image, auf ihrer Seite gegen Ausbeutung, fürchterliche Arbeitsbedingungen usw. zu stehen.

Das gleiche betreibt auch die sozialdemokratische DGB-Bürokratie. Die IG Metall Wolfsburg berichtete folgendes über die erste Reise einer offiziellen DGB-Delegation seit der Niederschlagung des Massakers am Tiananmen-Platz

1989:

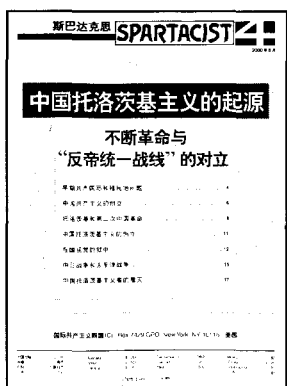
„Der [Allgemeine Chinesische Gewerkschaftsbund] ACGB hat weit über 100 Millionen Mitglieder. Er ist aber keine Gewerkschaft im westlichen Sinne. Dazu fehlen ihm die notwendigen Voraussetzungen wie politische Unabhängigkeit, Gegnerfreiheit und demokratische Strukturen. Die chinesischen Gewerkschaften verstehen sich vielmehr als eine Vorfeldorganisation der Kommunistischen Partei. Trotzdem wollen die deutschen Gewerkschaften mit der chinesischen Organisation in einen kritischen Dialog eintreten. Karl Feldengut [Leiter der Internationalen Abteilung des DGB] formuliert dies nach der Reise so: ‚Wir wollen die wachsenden Wirtschaftskontakte zu China nutzen, um dort für freie Gewerkschaften, Mitbestimmung und Tarifverträge zu werben.‘“ (19. April 2005)

Dass die DGB-Gewerkschaftsbürokraten den chinesischen Gewerkschaftsbund in Sachen „demokratischer Strukturen“ und mangelnder „Gegnerfreiheit“ belehren, ist ja wohl ein schlechter Witz. Der DGB wird bürokratisch durch die Sozialdemokratie – SPD und seit 1990 zunehmend die Linkspartei – kontrolliert, eine Kontrolle, die die Sozialdemokratie mit Säuberungen und Ausschlüssen durchgesetzt hat, bei denen sie Kommunisten und andere linke Gegner bis aufs Messer bekämpft hat. Der Kampf für Gewerkschaften in China, die von der stalinistischen Bürokratie unabhängig sind, muss auf der bedingungslosen militärischen Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaates basieren. Unabhängige Gewerkschaften müssen in unveröhnlicher Feindschaft gegen die Imperialisten und ihre ideologischen Agenturen wie die FES und den ganzen Schwarm anderer konterrevolutionärer „N“GOs stehen. Verteidigung von Arbeiterrechten setzt vor allem die Verteidigung des chinesischen Arbeiterstaates und seiner kollektivierten Wirtschaft voraus.

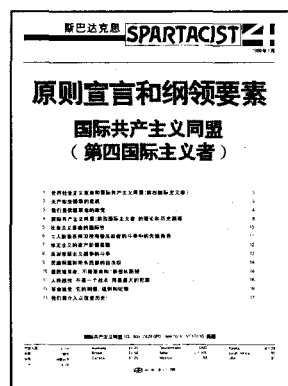
SPD-„Ostpolitik“: Im Namen von „Arbeiterrechten“ für Konterrevolution

Was „freie Gewerkschaften“ angeht, so sollte die polnische Solidarność ein warnendes Beispiel für chinesische Arbeiter und Linke sein. In Polen waren die Bestrebungen der Arbeiterklasse von den Stalinisten immer wieder enttäuscht worden, so dass bis 1980 eine Mehrheit des traditionell prosozialistischen polnischen Proletariats in die Arme der katholischen Kirche getrieben worden war. Solidarność

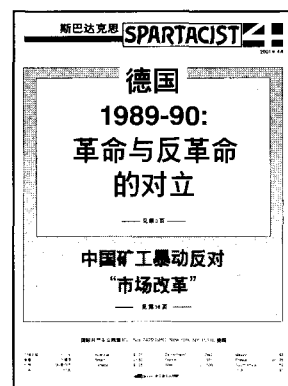
In chinesischer Sprache erhältlich:



Die Ursprünge des chinesischen Trotzismus



Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga



1989/90: Revolution und Konterrevolution in Deutschland



Enthält: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

Zu beziehen über die Verlagsanschrift. Preis jeweils € 1,-



Berlin, 22. September 2007: Spartakisten bei Anti-Repressions-Demo rufen auch zur Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats China auf

festigte sich bis September 1981 um ein Programm für die kapitalistische Konterrevolution – ihre Forderung nach „freien Wahlen“ sollte unter dem Deckmantel parlamentarischer Regierungstätigkeit eine kapitalistische Restauration durchführen. Wir beschrieben damals Solidarność als eine gelbe Gewerkschaft für CIA und Bankiers, von denen sie Millionen Dollar erhielt, und riefen dazu auf: „Stopp die Konterrevolution der Solidarność!“ Wir betonten, dass die polnische Arbeiterklasse eine trotzkistische Partei braucht. Als im Dezember 1981 General Wojciech Jaruzelski den Versuch von Solidarność unterdrückte, die Macht an sich zu reißen, unterstützten wir diese Maßnahme. Gleichzeitig warnten wir, dass die Stalinisten in der Lage wären, den polnischen Arbeiterstaat an den Kapitalismus auszuverkaufen, was sie schließlich 1989/90 auch taten. Die pseudotrotzkistische Linke schwelgte dagegen in „Solidarität mit Solidarność“ und kritisierte die SPD dafür, nicht aggressiv genug zu sein. Heute kann man in Polen die Ergebnisse der Verteidigung von „Arbeiterrechten“ à la SPD sehen: Großteile der polnischen Wirtschaft – Bergbau, Schwer- und Textilindustrie – sind massiv zerstört worden, die Arbeitslosigkeit liegt bei 16 Prozent und es gibt kaum Arbeitslosenhilfe. Frauenrechte wurden zerschlagen und ein reaktionäres klerikales kapitalistisches System wurde errichtet.

Ein gutes Beispiel, wie die Kampagnen für Betriebsräte und Mitbestimmung der Konterrevolution dienen, ist die DDR 1989/90. Wenige Monate nach dem Aufstand auf dem Tiananmen-Platz in Beijing brach das stalinistische Honecker-Regime im Herbst 1989 zusammen. In der DDR begann sich eine proletarisch-politische Revolution zu entwickeln. Wir mobilisierten alle Kräfte unserer Internationale, um mit den ostdeutschen Arbeitern eine revolutionäre Führung aufzubauen. Ohne Wenn und Aber kämpften wir gegen eine kapitalistische Konterrevolution. Wir kämpften für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, d. h. für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie in der DDR und für soziale Revolution in Westdeutschland zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, für ein rotes Rätendeutschland. Wir riefen zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf, um die Arbeiter als Klasse für sich zu organisieren, als Anwärter auf die politische Herrschaft. Gegen Illusionen in eine Reformierung der SED/PDS kämpften wir für den Aufbau einer neuen leninistisch-egalitären Partei. Wir warnten vor der SPD als dem Trojanischen Pferd der Konterrevolution. Ein

detaillierter Bericht findet sich in: „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“, *Spartakist*-Extrablatt, 4. April 2000. Eine Auswertung unserer Intervention gibt es im *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993.

Und auch die SPD intervenierte. Anfang Oktober 1989 gründete sich die SDP, die ostdeutsche Sozialdemokratische Partei, die im Wesentlichen aus evangelischen Pfaffen bestand. Kein Zufall, denn von Anfang an spielte die evangelische Kirche Deutschlands (EKD) eine zentrale Rolle bei der Ausarbeitung und Implementierung der sozialdemokratischen „Ostpolitik“. So forderte die EKD schon 1965 in ihrer „Ostdenkschrift“ die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, um engere Verbindungen nach Osten knüpfen zu können, was mit dem herrschenden offenen Revanchismus brach. Erhard Eppler war ein zentrales Verbindungsglied zwischen evangelischer Kirche und SPD. Anfang der 1980er-Jahre, mit Aufkommen der nationalistischen Friedensbewegung in Westdeutschland, intensivierte die SPD durch die EKD ihre Kontakte zu kleinbürgerlich-pazifistischen Oppositionsgruppen in der DDR.

Gegen unsere Forderung von 1989/90 nach „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ machten Kapitalisten, Sozialdemokraten, stalinistische Kombinatdirektoren und DDR-Oppositionsgruppen wie die Vereinigte Linke (VL) eine Kampagne für Betriebsräte und Mitbestimmung. Wie wir in *Spartakist* Nr. 68 vom 1. März 1990 warnten: „Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi sagte am 7. Januar in einem Referat zum Auftakt der Wahlkampagne, ‚Mitbestimmung der Werktätigen‘ sei im Falle von ‚Joint Ventures‘ notwendig, und Betriebsräte seien eine Form der ‚Demokratisierung der Wirtschaft‘. Im Gegenteil, hier geht es um den Ausverkauf unserer Wirtschaft, unserer VEBs, der Arbeiter, der DDR.“ Den DDR-Arbeitern sollte verschleiert werden, dass sie mit dem Ausverkauf ihrer Betriebe an das westdeutsche Kapital als Klasse entmachtet werden sollten. „Mitbestimmung“ ist eine klassenkollaborationistische Illusion in eine Versöhnung der Interessen der Ausgebeuteten mit ihren Ausbeutern; dies zeigte sich dann nach der Wiedervereinigung, als die DDR-Industrie von der Bourgeoisie mittels der Treuhand zerschlagen wurde. Wir schrieben:

„Aber auf einer Betriebsrätekonferenz, zu der die VL-Initiativgruppe aufgerufen hatte, hatten Berichte über die realen Bedingungen der ‚Mitbestimmung‘ in der Bundesrepublik eine ‚ernüchternde‘ Wirkung, schreibt *Neues Deutschland* (5. Februar [1990]).

So dient der Aufruf zu Betriebsräten oft dazu, ein Programm für die Restauration des Kapitalismus zu verschleiern. Dagegen ruft die Spartakist-Arbeiterpartei auf: ‚Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!‘ In unserem ‚Offenen Brief an alle Kommunisten‘ (*Arprekorr* Nr. 18, 12. Januar) schrieben wir: ‚Die SED-PDS schlägt jetzt vor, Betriebsräte zu bilden, ‚bevor das Kapital kommt‘. (ND vom 11.1.). Die Spartakisten rufen auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um zu verhindern, daß das Kapital kommt!‘“

Das Potenzial für eine proletarisch-politische Revolution in der DDR kam in der von uns initiierten prosozialistischen Einheitsfrontkundgebung gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals von Berlin-Treptow am 3. Januar 1990 zum Ausdruck, die von der SED-PDS aufgegriffen worden war. Dort riefen wir Trotzkisten vor mehr als 250000 Demonstranten zur politischen Revolution auf und warnten vor der SPD als Trojanischem Pferd für die Konterrevolution. Gorbatschow wurde sich der Gefahr einer politischen Revolution bewusst, die sich auch auf die Sowjetunion ausgebreitet hätte. Er sah seine Techtelmechel mit den Imperialisten gefährdet und trieb die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands beschleunigt voran, die er nun mit der CDU des damaligen Kanzlers Helmut Kohl durchzog.

Die SED fügte sich diesem Verrat und wurde unter Modrows „Deutschland einig Vaterland!“ zur sozialdemokratischen PDS. Diese Kapitulation demoralisierte die prosozialistischen Arbeiter, die auf die SED-PDS in der Hoffnung geschaut hatten, sie wäre ein Hindernis für die Konterrevolution. Rückständigere Schichten in der Arbeiterklasse und im DDR-Kleinbürgertum, die den Illusionen von sozialem Wohlstand durch einen Anschluss erlegen waren, wurden ermutigt. So erzielte das von der westdeutschen Bourgeoisie mit Abermillionen DM finanzierte konservative Wahlbündnis bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 einen überwältigenden Wahlsieg, der das Schicksal der DDR besiegelte. Wie wir im Dokument der Zweiten Internationalen IKL-Konferenz schrieben, zeigt die IKL-Intervention in die DDR deutlich, dass unser Programm von politischer Revolution und Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution konkret dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution gegenüberstand (siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993).

1992 verteidigte sich die SPD gegen Vorwürfe aus dem bürgerlichen Lager, nicht antikommunistisch genug gewesen zu sein und die SED hofiert zu haben: „Nein, die Sozialdemokraten haben überhaupt keinen Grund, ihr Licht unter den Scheffel zu stellen. Ihre Ostpolitik war erfolgreich: Sie hat den Gegner SED umarmt, bis er schließlich in der freundlichen Umklammerung erstickte. So nüchtern, bar jeder ideologischen Verklärung, ist das zu sehen“ („Die Neue Gesellschaft“, *Frankfurter Hefte*, 1992). Wahrlich, sie waren und sind ein Trojanisches Pferd für Konterrevolution.

Die aus PDS und WASG geformte Linkspartei tritt in die Fußstapfen ihrer großen Schwester, was „Menschenrechts“-imperialismus und Hetze gegen China angeht. 2005 erklärte die PDS: „Das EU-Waffenembargo gegen die Volksrepublik China sollte nicht aufgehoben werden, sondern zu einem generellen Verbot von Rüstungsexporten ausgeweitet werden“ (*Pressedienst*, 15. April 2005). Damit bezog die PDS eine Seite mit dem Imperialismus, der China bedroht, und stellte sich gegen die Möglichkeit Chinas, sich militärisch zu verteidigen. Hieran kann man sehen, wie Pazifismus immer nur die Arbeiter entwaffnet und nicht die Bourgeoisie: Ein ökonomisch und militärisch rückständiger Arbeiterstaat wird daran gehindert, an modernere Waffen zu kommen, um sich gegen die hoch gerüsteten Imperialisten verteidigen zu können. Das knüpft nahtlos an die Politik von Entwaffnung neokolonialer kapitalistischer Länder an, wie die PDS-Unterstützung für die Hungerblockade gegen den Irak in den 1990er-Jahren, die 1,5 Millionen Irakern das Leben kostete und den US-Krieg und die Besetzung des Irak vorbereitete. Was imperialistische Interventionen angeht, so unterstützt die Linkspartei sie, wenn sie denn nur den Segen der UNO haben.

Pseudolinke im Nachtrab der Sozialdemokratie

Hinter der Sozialdemokratie tragt die Gewerkschaftslinken einher. Und so findet man im Labournet, einem Forum der Gewerkschaftslinken, viele Artikel zu China, die anti-kommunistische „Menschenrechte“ und „Arbeiterrechte“ beschwören. Eine zentrale Rolle spielt hier das „Asienhaus“ in Essen, das diverse Projekte in China betreut, die mit „Demokratie“ und Ökologie zu tun haben. Das Asienhaus wird u. a. vom Evangelischen Entwicklungsdienst, der NRW-Stiftung Umwelt und Entwicklung und der grünen Heinrich-Böll-Stiftung finanziert. Ein mit ihm verbundener Redakteur der *taz* kritisierte auf den Internet-Seiten des Asienhauses die China-Politik Merkels unter der Überschrift „Neue Töne machen noch keine andere Politik“. Das heißt: Merkel ist ihnen noch nicht antikommunistisch genug. Da wird dann der ganze Dreck der imperialistischen Hetzkampagne gegen China aufgetischt: „Hierzulande hat sich Chinas Image



Le Bolchévik

Frankreich, Mai 2007: Cai Chongguo (links) vom von den Imperialisten unterstützten *China Labour Bulletin* auf dem Podium der Lutte Ouvrière Fête

wegen gefährlichen Billigprodukten, ökologischem Raubbau, schamloser Produktpiraterie und frecher Spionage in Regierungscomputern in letzter Zeit rapide verschlechtert.“ Ganz wie im *Spiegel*, wenn auch bereinigt um die zutiefst rassistischen Töne von der „gelben Gefahr“, wird doch eine „Bedrohung“ Deutschlands, ja ganz Europas beschworen:

„Denn der Aufstieg des Reichs der Mitte wird hierzulande immer weniger als Chance und immer stärker als Bedrohung wahrgenommen. Doch das zeigt wie die deutsche Imagekampagne nur die realen Machtverhältnisse. Die Chinesen sind sich ihres weiteren machtpolitischen und wirtschaftlichen Aufstiegs sicher, während die Deutschen um den Klassenerhalt kämpfen und dabei auch noch um die Chinesen werben müssen.“ (3. September 2007)

Das Labournet ist voll mit Links auf Artikel des *China Labour Bulletin* (CLB). Das CLB und sein Gründer Han Dongfang haben direkte Beziehungen zu den europäischen und amerikanischen Imperialisten. Han, nach dem Führer von *Solidarność* auch „chinesischer Lech Walesa“ genannt, ist seit Jahren regelmäßig ein Sprecher für das Washingtoner Radio Free Asia (RFA), zu dem die CLB-Website einen Link anbietet. Das RFA ist die Radiostation der CIA und arbeitet u. a. unter Aufsicht von Condoleezza Rice, die in seinem Aufsichtsrat sitzt. In Europa bietet sich CLB-Sprecher Cai Chongguo den Imperialisten als China-„Spezialist“ an. Die französischen Pseudotrotzkisten von Lutte Ouvrière (LO) luden Cai Chongguo zu ihrer alljährlichen LO-Fête ein, wo Cai in seinen Eröffnungsbemerkungen offen zugab: „Ich spreche drei bis vier Mal pro Woche für die BBC, Radio Free Asia, Radio France Internationale und die Deutsche Welle. Und natürlich auch manchmal für die chinesische Abteilung der Voice of America.“ Zwei Wochen zuvor war Cai von der EU eingeladen worden, in Berlin zum Thema „Arbeitsrecht“ zu sprechen, was nach Protesten der chinesischen Regierung abgesagt wurde. Unsere französischen Genossen der LTF denunzierten LO für ihre Einladung von Cai, womit LO ihre historische Unterstützung für ähnliche konterrevolutionäre Kräfte im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion fortsetzt (siehe *Workers Vanguard* Nr. 896, 3. August 2007).

Am 14. März gab es in Hamburg eine Veranstaltung von Labournet, Asienhaus und die mit der Linkspartei verbundene Gruppe von Gewerkschaftslinken Jour fixe, bei der chinesische Arbeiterinnen über schreckliche Arbeitsbedingungen beim Konzern Gold Peak berichteten, wo sie und andere Arbeiterinnen mit Kadmium vergiftet wurden. Was für Solidarität die Veranstaltung im Sinn hatte, wurde gleich zu Anfang vom Sprecher der Gewerkschaft ver.di



kein Bildnachweis

Guomindang-Führer Chiang Kai-shek (rechts), Schlächter kommunistischer Arbeiter in Shanghai 1927. Pseudotrotzkisten der SAV/CWI „nicht gegen die Legalisierung der GMD“

klargemacht. Er wies auf ihre Geschichte von „erfolgreicher Unterstützung“ für Arbeiterkämpfe hin, und dabei besonders auf ihre Einladung von Vertretern von Solidarność, die sie damals unterstützt haben. Unsere Genossen warnen vor Konterrevolutionären wie Han Dongfang und erklärten, wie die Konterrevolution von Solidarność die polnischen Arbeiter ins Elend gestürzt hat. Das ist es, wozu die Veranstalter den berechtigten Kampf der Gold-Peak-Arbeiterinnen missbrauchen wollten.

Pseudotrotzkisten für Konterrevolution in China

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Pseudotrotzkisten behauptet, dass China kapitalistisch sei. Das ist keine fehlerhafte Analyse, sondern ein antikommunistisches Programm für Konterrevolution. Die Methode ist nicht neu. Schon der zentristische Sozialdemokrat Karl Kautsky bezeichnete die Sowjetunion als „staatskapitalistisch“, um seine antibolschewistische Tiraden zu rechtfertigen. Tony Cliff tischte diese „Theorie“ neu auf, um seine öffentliche Weigerung zu rechtfertigen, den nordkoreanischen deformierten Arbeiterstaat Anfang der 50er-Jahre im Koreakrieg gegen den eigenen britischen Imperialismus zu verteidigen. Dies war eine feige Kapitulation vor der damals regierenden Labour Party, wofür die Cliff-Anhänger aus der Vierten Internationale ausgeschlossen wurden. Wo sich das imaginäre „Dritte Lager“ der Cliff-Anhänger befand, zeigte sich 1991, als sie auf Jelzins Barrikaden standen und seinen konterrevolutionären Putsch bejubelten: „Der Kommunismus ist gescheitert“, deklarieren unsere Zeitungen und Fernsehen. Es ist ein Faktum, das jeden Sozialisten erfreuen sollte“ (*Klassenkampf*, September 1991). Weit davon entfernt, „ein Schritt seitwärts“ zu sein, wie die Cliff-Anhänger bis heute behaupten, war die Konterrevolution in der Sowjetunion ein verheerender Rückschritt. Der ökonomische Zusammenbruch ist beispiellos für eine moderne Gesellschaft. Das Bruttosozialprodukt fiel um mehr als 80 Prozent zwischen 1991 und 1997. Die Lebenserwartung war im Jahr 2000 niedriger als Ende des 19. Jahrhunderts, Arbeitslosigkeit und Elend grassieren. Eine Konterrevolution in China hätte noch verheerendere Auswirkungen als die in der Sowjetunion.

Auch das Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI), in Deutschland die Sozialistische Alternative (SAV), behauptet, dass China kapitalistisch sei:

„In China wurde der Kapitalismus unter der Führung der stalinistischen herrschenden Partei in engem Zusammenspiel mit dem ausländischen Kapitalismus durch den Prozess der Globalisierung wiedererschaffen. Die chine-



Universal

sische Kapitalistenklasse ist extrem abhängig von diesem Staat, hauptsächlich um sich vor der Arbeiterklasse zu schützen. Daher sind demokratische Bestrebungen sowie der Wunsch nach Regimewechsel bei ihr fast nicht vorhanden.“ („China at the crossroads“ [China am Scheideweg], www.chinaworker.tk, 24. Mai 2007)

Laut CWI also hat die stalinistische Bürokratie sich in eine herrschende Klasse verwandelt und der Arbeiterstaat wurde einfach so ein kapitalistischer Staat. Das ist, wie Trotzki schon in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“ 1933 erklärte, das Zurückspulen des reformistischen Films vom friedlichen schrittweisen Über-

gang des Kapitalismus zum Sozialismus, wie es das zutiefst sozialdemokratische Programm des CWI auch tatsächlich vorsieht. Für sie ist „Sozialismus“ die „Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum“ durch eine sozialdemokratische Mehrheit im bürgerlichen Parlament. Tatsächlich müsste eine kapitalistische Konterrevolution auf dem politischen Niveau siegen und den chinesischen Arbeiterstaat zerstören und deswegen ist die imperialistische Bourgeoisie zutiefst feindlich gegen den chinesischen Arbeiterstaat und schreit zusammen mit ihren sozialdemokratischen Handlangern nach „Demokratie“.

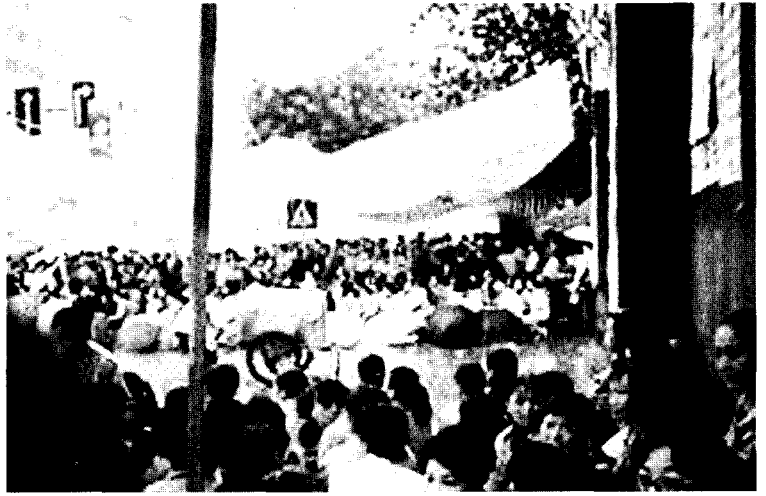
Also ruft das CWI zu „permanenter Revolution“ in China für „demokratische Veränderung“ auf. Dies ist eine Perversivon von Trotzki's Theorie der permanenten Revolution, da es den Klassencharakter des chinesischen Staates verleugnet, um im Namen von „Demokratie“ mit konterrevolutionären Kräften gemeinsame Sache zur Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats zu machen. Dies ist deutlich zu sehen an der CWI-Kritik am CIA-Liebling Han Dongfang. Das CWI wirft Han Illusionen in die Stalinisten vor, da er angeblich den offiziellen Gewerkschaftsbund „zu einem demokratischen kämpferischen Standpunkt“ gewinnen will. Dies sei „völlig unrealistisch“! Demgegenüber tritt das CWI für „unabhängige“ Gewerkschaften ein, so wie sie Solidarność in den 1980er-Jahren mit aufgebaut haben. Ja, das CWI tritt kaum verhüllt für die Legalisierung der völlig konterrevolutionären Guomindang (GMD) ein, die durch die 1949er Revolution vom Festland vertrieben worden war: „Marxisten unterstützen das Recht aller Parteien, außer Faschisten (die Terror gegen die Arbeiterklasse und alle demokratischen Rechte einsetzen), sich unabhängig vom Staat zu organisieren. Dies bedeutet, dass wir nicht gegen die Legalisierung der GMD eintreten, so sehr wir auch ihre arbeiterfeindliche Politik ablehnen.“

Das steht ganz in der Kontinuität des CWI – seiner Unterstützung der Konterrevolution in den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und im degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion. 1991 unterstützte es im Namen von „Demokratie“ Jelzins konterrevolutionären Putsch in der Sowjetunion. Heute bekrittelt es das mit seiner Unterstützung herbeigeführte kapitalistische Russland: „Aber zehn Jahre danach sind Russland und Indonesien kaum blühende Demokratien. Im Gegenteil, beide sind Pseudodemokratien, in denen die wahre Macht bei nicht gewählten Eliten liegt anstatt bei gewählten Politikern.“ Hier verherrlichen diese Parlamentsfetischisten die bürgerliche Demokratie. In ihrem klassisch sozialdemokratischen Weltbild wird „sozialistische Demokratie“ erreicht durch „gewählte

Politiker“, die über eine Mehrheit im bürgerlichen Parlament die „wahre Macht“ gewinnen. Wie Marx und Lenin erklärten, ist jeder Staat ein Instrument der Klassenherrschaft, einschließlich der modernen bürgerlich-parlamentarischen Republik, wo die demokratischen Regierungsformen besonders effektiv die Herrschaft der Bourgeoisie verschleiern. So fragte Lenin Karl Kautsky, wie er auch heute die CWI fragen könnte: „Ist es denkbar, daß der gelehrte Kautsky nie davon gehört hat, wie Börse und Bankiers sich die bürgerlichen Parlamente *um so vollständiger* unterwerfen, *je stärker* die Demokratie entwickelt ist?“ (1918). Es bedarf einer sozialistischen Revolution, die die bürgerliche Staatsmaschinerie zerschlägt und durch die Diktatur des Proletariats ersetzt, eine Tatsache, die das CWI wie Kautsky verabscheut.

Auch rückständigere kapitalistische Staaten mit „Pseudodemokratie“ sind dem CWI immer noch lieber als der deformierte chinesische Arbeiterstaat. So unterstützt das CWI die Unabhängigkeit Taiwans, was es damit abdeckt, dass es Taiwan zu einer eigenen Nation umdichtet. Peter Taaffe erklärt: „Es gibt nun klar ein Bewusstsein einer getrennten Einheit, Taiwan, und ein breites ‚nationales Bewusstsein‘ unter der Mehrheit der Bevölkerung“ („Marxists, Taiwan and the National Question“ [Marxisten, Taiwan und die nationale Frage], 26. August 2005). Taiwan war jahrhundertlang Teil von China. 1949 floh die chinesische Bourgeoisie vor Maos Truppen dorthin, wo sie unter dem Schutz des US-Imperialismus herrschte. Für die Imperialisten, vor allem Japan und die USA, ist Taiwan ein Dolch an der Kehle des chinesischen deformierten Arbeiterstaats und ein Sprungbrett für die Konterrevolution auf dem Festland. Und so rüsten sie es bis an die Zähne auf. In einem militärischen Konflikt zwischen China und Taiwan – der durchaus einen konterrevolutionären imperialistischen Angriff auf China nach sich ziehen könnte – haben wir natürlich eine Seite mit dem deformierten Arbeiterstaat, den wir militärisch bedingungslos verteidigen. Die Beijinger Bürokraten verfolgen die Politik von „einem Land, zwei Systemen“, mit der die Bürokratie der chinesischen Bourgeoisie signalisieren möchte, dass sie ihr Eigentum im Falle einer Wiedervereinigung respektieren würde. Wir kämpfen dagegen für eine revolutionäre Wiedervereinigung von China und Taiwan durch eine proletarisch-politische Revolution auf dem Festland und eine soziale Revolution zum Sturz der chinesischen Bourgeoisie in Taiwan.

Das CWI dagegen bezieht eine Seite mit der taiwanesischen Bourgeoisie und den Imperialisten, die es unterstützt. Der wirkliche Grund ist wieder sozialdemokratische Unterstützung von „Demokratie“: „Dennoch ist das chinesische Regime eine Diktatur. Außerdem, vom Standpunkt der taiwanesischen Massen aus, würden diese sich nicht unter dessen Kontrolle stellen wollen, sondern die demokratischen Rechte bevorzugen, derer sie sich unter einem bürgerlich-demokratischen Regime wie in Taiwan erfreuen, wie begrenzt diese auch sein mögen“ („Marxists, Taiwan and the National Question“). In Deutschland – bis zur kapitalistischen Wiedervereinigung eine Nation, die wie China heute durch eine Klassenlinie gespalten war – argumentierte das CWI 1989/90 genau anders herum. Damals rief es: „Deutschlandpolitik der SPD – Offensive für Einheit und Sozialismus nötig“ (Februar 1990) und erklärte: „Wir unterstützen die Vereinigung jeder Nation – auch der deutschen – als eine historisch fortschrittliche Entwicklung und als ein demokratisches Recht“ (Vorab-Extrablatt, 25. Januar 1990). Eines bleibt in beiden Fällen beim CWI konstant: Es steht immer auf Seiten der Konterrevolution, des „demokratischen“ Kapitalismus gegen die „stalinistische Diktatur“, die in Wirklichkeit eine, allerdings deformierte, Form der Diktatur des



China Labour Bulletin

Arbeiter des Tianwang Textilwerks streikten 2004 fast sieben Wochen lang gegen Privatisierung der Fabrik durch Hongkonger Kapitalisten

Proletariats war.

Das kommt heute sicher nicht gut an, besonders bei ihren ostdeutschen Mitgliedern, die mit ihren Familien direkt die „Wonnen“ kapitalistischer parlamentarischer Demokratie in der Ex-DDR erleben: Deindustrialisierung, 17 Prozent Arbeitslosigkeit, über 1 Million Auswanderer seit 1990, Naziterror auf den Straßen gegen Linke und Immigranten bis hin zu „national befreiten Zonen“ usw. Und so wollen sie heute ihre Unterstützung der Konterrevolution in der DDR 1989/90 rechtfertigen, indem sie sagen, dass die damalige westdeutsche SAV-Führung einen Fehler begangen habe, weil sie im Februar 1990 glaubte, dass „Deutschland nur auf sozialistischer Basis wiedervereint werden könnte“. Dies ist einfach eine Abdeckung, und an ihrer sozialdemokratischen Politik hat sich nichts geändert. Heute sind sie wieder dabei, die Konterrevolution in China zu unterstützen, indem sie den Arbeitern und linken Jugendlichen hier einreden, es gäbe dort nichts zu verteidigen, und Hand in Hand damit schlimmste Versöhnung gegenüber der eigenen „demokratischen“ imperialistischen Bourgeoisie betreiben.

Einerseits haben die Marktformen gewaltige Kräfte in China für eine kapitalistische Konterrevolution herangezüchtet. Demgegenüber ist dort aber auch eins der mächtigsten Industrieproletariate der Welt entstanden, das in zahllosen Kämpfen seine ökonomischen Interessen zu verteidigen versucht. Wie Trotzki erklärte:

„Der Arbeiterstaat muß so aufgefaßt werden, wie er in dem unbarmherzigen Laboratorium der Geschichte entstanden ist und nicht wie ein ‚sozialistischer‘ Professor ihn sich vorstellt, der nachdenklich mit dem Finger in der Nase bohrt. Es ist die Pflicht der Revolutionäre, jede Eroberung der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte entsteht sein mag. Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen.“ („Bilanz der finnischen Ereignisse“, 1940)

Die Frage von Revolution und Konterrevolution in China ist von zentralem Interesse für die Arbeiterklasse in aller Welt. Wir kämpfen für den Aufbau von trotzkistischen Parteien weltweit. Die Arbeiterklasse in Deutschland muss für das Verständnis gewonnen werden, China gegen die eigene Bourgeoisie und deren sozialdemokratische Agenturen zu verteidigen. Das ist ein zentraler Bestandteil davon, die Arbeiter von ihren Illusionen in die bürgerliche Demokratie zu brechen und letztlich für den Sturz des deutschen Imperialismus zu mobilisieren, für die Errichtung eines roten Räte-Deutschlands als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.■

PDC-Presseerklärung...

Fortsetzung von Seite 36

Entscheidung des Dritten US-Bundesberufungsgerichts in Mumias Fall kommen kann, macht das Buch seinen Zweck klar – in seinem Mittelpunkt steht der Ruf nach Hinrichtung dieses unschuldigen Mannes.

Die International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal, Journalists for Mumia und Educators for Mumia unternahmen eine Kampagne, in der sie die *Today-Show* aufforderten, Mumias Unterstützern zu erlauben, Faulkner und Smerconish zu erwidern. Nach dem Protest am 6. Dezember, zu dem von der Free Mumia Abu-Jamal Coalition (NYC) aufgerufen wurde, bemerkte Rachel Wolkenstein, Anwältin des Partisan Defense Committee: „Heute in der *Today-Show* und auf der Straße war klar, dass es zwei deutlich abgegrenzte Seiten gibt: jene, die aufgrund Mumias Unschuld für seine Freiheit kämpfen, und die Kräfte des rassistischen ‚Recht und Ordnung‘, angeführt von der Fraternal Order of Police, die Mumias Hinrichtung erstrebt.“

Wolkenstein, die von 1995 bis 1999 in Mumias Anwaltskanzlei arbeitete, fuhr fort: „Das ist ein Fall eines rassistischen und politischen Komplotts. Über 900 Seiten von FBI/COINTELPRO-Akten zeigen, dass das FBI und die Polizei von Philadelphia es auf Mumia abgesehen hatten, seit er als 15-Jähriger ein Sprecher für die Black Panther Party war. Er wurde verstärkt ins Visier genommen, als er zum Unterstützer der MOVE-Organisation wurde und zum Journalisten, der als ‚Stimme der Entrechteten‘ weithin bekannt war.“

Maureen Faulkner, Daniel Faulkners Witwe, und Michael Smerconish lassen keine Unwahrheit aus in ihrem Versuch, den Weg für einen legalen Lynchmord an Mumia zu ebnet, und zeichnen ein böseartig verlogenes Bild von MOVE, einer von Mumia unterstützten kommuneartigen „Zurück-zur-Natur“-Organisation, als wäre sie ein Haufen „gesetzloser“ und „gefährlicher“ Mörder. Die jahrelange Kampagne staatlichen Terrors gegen MOVE wurde vom Brandbomben-Anschlag auf deren Haus in der Osage Avenue im Mai 1985 gekrönt, bei dem elf Menschen, darunter fünf Kinder, ermordet und ein ganzes schwarzes Viertel zerstört wurden. Die Autoren von *Murdered by Mumia* stellen obszöner Weise MOVE als die Verantwortlichen für diesen rassistischen Massenmord dar, der von der Polizei unter

dem schwarzen Bürgermeister, Wilson Goode von der Demokratischen Partei, ausgeführt und vom FBI unterstützt und begünstigt wurde.

Im Bestreben, jeden einzuschüchtern, der sich für Mumia einsetzen könnte, enthält dieses Buch einen frontalen Angriff auf das Partisan Defense Committee, das sich mit MOVE solidarisierte und seit 20 Jahren für Mumias Freiheit kämpft. Faulkner und Smerconish greifen sogar Stuart Taylor an, einen konservativen Rechtskommentator, der die Fairness von Mumias Prozess vom Jahr 1982 in Frage stellte, dem der als „Henker-Richter“ bekannte Albert Sabo vorsah. Sabo, der auch den Vorsitz in Mumias PCRA-Berufungsverfahren hatte, wurde während des Prozesses von einer Gerichtsstenographin gehört, wie er sagte: „Ich werde denen helfen, den N—r zu braten.“

Smerconish und Faulkner machen kein Geheimnis aus der politischen Natur des Komplotts. Sie geben die Linie der Staatsanwaltschaft wieder, dass Mumias Mitgliedschaft bei den Panthern beweise, dass er schon jahrelang plante, einen Polizisten zu ermorden. Wie Erica Williamson vom PDC bemerkte: „Die rassistischen kapitalistischen Herrscher wollen Mumia tot sehen, weil sie in ihm das Gespenst der schwarzen Revolte erkennen. Der Kampf für Mumias Freiheit ist ein wichtiger Brennpunkt im Kampf, die rassistische Todesstrafe, dieses Erbe der Sklaverei, abzuschaffen.“

Rachel Wolkenstein kommentierte: „Indem dieses Buch als Memoiren verfasst wurde, vermeidet es, die Massen an Beweismaterial für Mumias Unschuld widerlegen zu müssen, die in den Jahren nach seinem Prozess zu Tage gefördert wurden. Tatsächlich kann man dieses Beweismaterial auch nicht widerlegen.“ Mumias ursprünglicher Prozess war gezeichnet von rassistischer Manipulation in der Besetzung der Geschworenen, zügelloser Einschüchterung der Zeugen seitens Polizei und Staatsanwaltschaft, dem Verdecken von Unschuldsbeweisen und dem Fabrizieren von falschen ballistischen und anderen „Belegen“, die angeblich Mumias Schuld beweisen sollten. Dann trat 1999 Arnold Beverly mit einer eidesstattlichen Erklärung hervor, dass er, nicht Mumia, Officer Faulkner erschossen und getötet hat (siehe www.partisandefense.org/pubs/deutsch/unschuldig/ab.html). Jenen, die ihre Proteste auf den Ruf nach einem fairen Prozess für Mumia stützen, sagte Wolkenstein: „Was gibt es in diesem Fall noch einmal zu prozessieren? Mumia hätte nicht

Schließt euch der Kampagne an:

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht!

Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia“, die Spenden werden weitergeleitet.

Organisiert Protestaktionen!

Verabschiedet Anträge mit der Forderung nach Mumias Freiheit in euren Gewerkschaften, Unis oder sonstigen Organisationen. Setzt euch dafür ein, dass eure Gewerkschaft oder Organisation spendet und sich an Demonstrationen und Protesten für Mumia beteiligt. Macht Mumias Fall bekannt, veröffentlicht ihn in Publikationen eurer Gewerkschaft oder anderer Organisationen.

Macht den Fall überall bekannt!

Bestellt die KfsV-Broschüre für € 1,-. Bestellt auch anderes Kampagnenmaterial: den PDC-Button mit der Aufschrift: „Free Mumia Abu-Jamal! Abolish the Racist Death Penalty!“, € 1,- je Button; das PDC-Video (als VHS oder DVD auf Englisch oder Deutsch) *From Death Row, This Is Mumia Abu-Jamal* für € 5,-. Verbreitet das vierseitige Flugblatt *Freiheit für Mumia*, für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare (auch als PDF-Datei in sechs Sprachen auf www.partisandefense.org).



KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin
 Telefon: (030) 443 94 01, Fax: (030) 443 94 02
 E-Mail: kfsv@online.de www.partisandefense.org

Bankverbindung: Werner Brand,
 Commerzbank Berlin,
 Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00

einen einzigen Tag im Gefängnis verbringen dürfen. Es muss Massenproteste geben, die fordern, dass dieser unschuldige Mann freikommt, sofort!“

Beverly sagte in seiner Erklärung aus, dass er und ein anderer Mann angeheuert wurden, um Faulkner umzubringen, der ein Problem für die Unterwelt und korrupte Polizisten darstellte, weil er Bestechungen und Abfindungen aus Prostitution, Glücksspiel und Drogen behinderte. Zur Zeit der Ermordung Faulkners in Center City liefen gegen das Philadelphia Police Department mindestens drei FBI-Ermittlungen in Sachen Korruption und Polizei-Mafia-Verbindungen. Ein Drittel der Polizisten, die in Mumias Fall involviert waren, standen unter Korruptionsverdacht. Wolkenstein bemerkte: „Das unterstreicht, dass die Polizei auf Mumias Tod besteht – nicht nur weil er eine laute Stimme für die Freiheit der Schwarzen war, sondern auch, weil sie so Beweise für ihre eigenen Vergehen begraben können.“ Sie merkte an: „*Murdered by Mumia* enthält nicht ein Wort über diese Ermittlungen.“

Unter denen, die der *Today*-Show schrieben und von ihr forderten, dass sie einen wahrheitsgemäßen Bericht über diesen Fall gebe, war Veronica Jones, eine der Zeuginnen, die von der Polizei eingeschüchtert wurden (<http://i117.photobucket.com/albums/o59/jaysyro/JPGVJONES.jpg>). Jones sagte 1996 in einer PCRA-Berufungsanhörung aus, dass die Polizei sie genötigt hatte, im Prozess von 1982 zu lügen, wo sie verneinte, dass sie jemanden gesehen hatte, der vom Tatort wegrannte. Diese Person konnte nicht Mumia gewesen sein, der sitzend und heftig blutend an einer Bordsteinkante gefunden wurde, nachdem er von der Polizei angeschossen worden war. Der Bezirksstaatsanwalt ließ Jones 1996 auf der Grundlage eines mehrere Jahre alten Haftbefehls wegen eines Bagatelldiebstahls vom Zeugnisstand aus verhaften und in Handschellen wegschleppen.

Jones erwähnte die „Einschüchterungen, Drohungen und Schikanen, die ich seit dem Dezember 1981 erdulden musste“ und schrieb weiter: „Wenn es keinen Anhaltspunkt für die Unschuld von Mr. Jamal, oder dementsprechend aufkommende Fragen, gäbe, kann mir dann bitte jemand erklären, warum man sich so viel Mühe machte mit dem Versuch, mich öffentlich zu diskreditieren und erniedrigen?“ Am Ende ihres Briefes bot Jones noch Folgendes an: „Ich kannte Officer Faulkner und hielt ihn für eine nette Person – mir gegenüber. Er half mir und passte ein paar Mal auf mich auf. Das gesagt, hatte ich also keinerlei Grund, einen Mann zu beschützen, der angeklagt war, ihn ermordet zu haben – einen Mann, den ich nicht einmal kannte, also Mumia Abu-Jamal.“

In einer 2001 an Bundesstaats- und Bundesgerichte eingereichten eidesstattlichen Erklärung zeigte Wolkenstein, dass es keine Beweise gab, dass Mumias Waffe in dieser Nacht abgefeuert wurde. Das Fehlen von Einschusslöchern auf dem Gehweg widerspricht dem Märchen der Polizei, dass Mumia wiederholt abdrückte, als er über Faulkner stand, und ballistische Hinweise deuten auf mehr als einen Schützen (siehe KfsV-Broschüre *Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!*, <http://www.partisandefense.org/pubs/deutsch/unschuldig/rw.html>).

Fotos des Freiberuflers Pedro Polakoff, die vor Kurzem von Michael Schiffmann zutage gefördert wurden, widerlegen das Szenario der Polizei noch mehr (<http://www.abu-jamal-news.com>). Außer dass sie zeigen, dass es keine Einschusslöcher auf dem Gehweg gibt, bestätigen diese Fotos auch, dass ein Taxifahrer, der gegen Mumia aussagte, nicht dort war, wo Polizei und Staatsanwälte behaupteten, dass er gewesen wäre. Sie zeigen auch deutlich Polizisten, die mit Waffen und anderem Beweismaterial herumhantieren, um den Mord Mumia anzuhängen. Polakoffs Fotos wurden am 4. Dezember auf einer Pressekonferenz in Philadelphia ge-

zeigt, von der Reuters berichtete. Matt Lauer zeigte einige von ihnen bei seiner Befragung Faulkners, was Smerconish zu einem Wutanfall trieb.

Am nächsten Tag erschien Faulkner in der *Hardball*-Sendung auf MSNBC, die von Chris Matthews, einem ehemaligen Redenschreiber für die Demokratische Partei, moderiert wird, der sich nicht einmal den Anschein von Unparteilichkeit gab. Matthews wärmte die Behauptung wieder auf, dass „seit 26 Jahren“ weder Mumia noch sein Bruder Billy Cook, der in dieser Nacht am Tatort war, jemals Rechenschaft über das ablegten, was sie gesehen hatten. Doch tatsächlich gaben sowohl Mumia als auch sein Bruder eidesstattliche Erklärungen ab, die wie das Beverly-Geständnis immer wieder vom Staat und den Bundesgerichten unbeachtet gelassen worden sind. Mumia erklärte 2001: „Ich habe den Polizeibeamten Daniel Faulkner nicht erschossen. Ich hatte mit der Ermordung von Officer Faulkner nichts zu tun. Ich bin unschuldig.“ Seine Erklärung beschreibt, wie er von seinem geparkten Taxi in Center City wegrannte, nachdem er Schüsse gehört hatte und andere Leute rennen sah, und seinen taumelnden Bruder auf der Straße erkannte. „[Ich sah], wie sich ein uniformierter Polizist mit einer Waffe in der Hand zu mir umdrehte, ich sah einen Lichtblitz und fiel auf die Knie nieder“ (<http://www.partisandefense.org/pubs/deutsch/unschuldig/maj.html>). Mumia wurde nicht nur angeschossen, sondern auch von Polizisten geschlagen, die ihn tot sehen wollten.

Billy Cook gab 1999 und 2001 eidesstattliche Erklärungen ab: „Mumia Abu-Jamal hat Officer Faulkner nicht erschossen und ich habe Officer Faulkner nicht erschossen“ (<http://www.partisandefense.org/pubs/deutsch/unschuldig/wc.html>). Cook gibt an, dass Kenneth Freeman, ein Fahrgast in Cooks VW, ihm gesagt habe, dass es einen Plan gegeben habe Faulkner umzubringen, und dass Freeman Teil dieses Plans war.

Maureen Faulkner erschien auch in *The O'Reilly Factor* von Fox News am 6. Dezember. Obwohl er zugab, dass er keine Ahnung von dem hat, was in der Nacht der Schießerei passierte, war O'Reilly der Meinung, dass Mumia schuldig sein muss, weil das Komplott gegen ihn von den Gerichten aufrecht erhalten wurde. Er erklärte: „Ich muss mit dem System gehen.“ Gene Herson, Gewerkschaftsverantwortlicher des PDC, antwortete: „Es gibt keine Gerechtigkeit in diesem System für Leute wie Mumia, für Kämpfer für die Freiheit der Schwarzen, für Arbeiter-Aktivisten, für Gegner des kapitalistischen Systems mit seiner Demokratischen und Republikanischen Partei. Die Tatsache, dass Verurteilung und Todesstrafe von einem Gericht nach dem anderen trotz überwältigender Unschuldsbeweise aufrechterhalten wurden, zeigt das.“

Herson hob die Notwendigkeit hervor, die soziale Macht der Arbeiterbewegung, zusammen mit allen Kämpfern gegen rassistische Ungerechtigkeit, für Mumias Sache zu mobilisieren: „Der einzige Druck, der auf die kapitalistischen Herrscher und deren Gerichte wirken wird, ist die Furcht vor den Konsequenzen für den Fall, dass sie Mumia hinrichten oder lebenslang einkertern. Eine Kampagne internationaler Massenproteste, die ganz wesentlich Gewerkschafter mit einschloss, war notwendig, um 1995 der Hand des Henkers Einhalt zu gebieten, als Mumia einem Hinrichtungsbefehl ausgesetzt war.“ Herson verwies auf den Aufruf des PDC und anderer Organisationen für Notfallproteste am Tag nach einer negativen Entscheidung des Dritten Bundesberufungsgerichts und auf einen geplanten nationalen Protest in Philadelphia am dritten Samstag nach einer solchen Entscheidung (<http://www.partisandefense.org/events/index.html>). Er betonte: „Diese Proteste müssen ein Sprungbrett für die Wiederbelebung von Massenprotesten sein mit dem Aufruf: Mumia ist unschuldig – Freiheit jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ ■

USA: Proteste kontern Medienhetze Mumia Abu-Jamal ist unschuldig – Freiheit sofort!

Die nachfolgende Presseerklärung (9. Dezember 2007) vom amerikanischen Partisan Defense Committee wurde vom Komitee für soziale Verteidigung (KfsV) übersetzt. Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands.

„Mumia ist unschuldig! Freiheit jetzt!“ schallten am 6. Dezember die Sprechchöre vor den NBC-Studios in New York, als Maureen Faulkner und der rechte Rundfunksprecher Michael Smerconish in Matt Lauers *Today*-Show auftraten, um die Werbetrommel für ihr Buch *Murdered by Mumia* [Von Mumia ermordet] zu rühren. Das Buch wärmt die Lügen der Polizei und Staatsanwaltschaft



COC Productions

Oben: Mumia Abu-Jamal. Links: New York, 6. Dezember 2007: Demonstration für Mumias Freiheit vor den NBC-Studios

auf, die benutzt wurden, um Mumia fälschlich für die Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner am 9. Dezember 1981 in Philadelphia zu verurteilen. Jetzt, wo jederzeit eine

Fortgesetzt auf Seite 34

Macht euch bereit für Notfallproteste!

Nach der Anhörung vorm Dritten Bundesberufungsgericht am 17. Mai könnte es jederzeit eine Entscheidung geben.

Falls das Gericht die Todesstrafe bestätigt oder Mumias Berufungsantrag auf einen neuen Prozess oder eine neue Anhörung ablehnt, ruft das KfsV zu Protesten auf.

**Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!
Freiheit für Mumia!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Berlin, am Tag nach der Entscheidung

Nähe US-Botschaft (Unter den Linden,
Ecke Neustädtische Kirchstr.)
18 Uhr an Wochentagen, 14 Uhr am Wochenende

Tragt euch in die Notfallmobilisierungsliste ein:
kfsv@online.de, Tel. (030) 4439401

Hamburg, zweiter Tag nach der Entscheidung

Gegenüber dem US-Generalkonsulat (Alsterufer 27/28)
17.30 Uhr an Wochentagen, 12 Uhr am Sonnabend
(Im Falle eines Urteils am Freitag wird der Protest
am folgenden Montag stattfinden.)

Tragt euch in die Notfallmobilisierungsliste ein:
kfsv-hamburg@web.de, Tel. (040) 323644